

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1975

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Landtagswahl am 9. März 1975

- 73 Der Aufsatz enthält neben den endgültigen Angaben über die Stimmen- und Sitzverteilung im 8. rheinland-pfälzischen Landtag auch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.

Berufsbildende Schulen 1974/75

- 83 Die Zahl der Schüler an Berufsschulen ist im Sinken begriffen, während alle anderen Schulformen im berufsbildenden Bereich steigende Schülerzahlen zu verzeichnen haben.

Berufsfach- und Fachschulausbildung

- 87 Ein Erhebungsteil der Volks- und Berufszählung 1970 befaßte sich mit dem Ausbildungsstand der Bevölkerung. Hier nimmt auch die Berufsfach- und Fachschulausbildung einen wichtigen Platz ein.

Weibliche Bevölkerung

- 90 Aus Anlaß des Internationalen Jahres der Frau hat das Statistische Landesamt ein Zahlenbild der weiblichen Bevölkerung von Rheinland-Pfalz zusammengestellt.

Vermögenswirksames Sparen 1971

- 94 Der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand kommt eine große gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Um die Inanspruchnahme des Dritten Vermögensbildungsgesetzes zu erfassen, wurde im April 1972 eine Mikrozensuszusatzbefragung über diesen Fragenkomplex durchgeführt.

Öffentliche Tiefbauaufträge 1974

- 97 Die Höhe der von der öffentlichen Hand vergebenen Tiefbauaufträge steht in engem Zusammenhang mit der konjunkturpolitischen Situation. Angesichts der in der Bundesrepublik 1974 sinkenden Kapazitätsauslastung in einzelnen Wirtschaftsbereichen und zunehmenden Arbeitslosigkeit wurden öffentliche Aufträge, die zuvor gestreckt worden waren, zügiger vergeben.

Anhang

- 25* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
31* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Kreisübersichten 1975

- Teil I: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.
-

Ich bestelle

..... Ex. Heft 6
Gemeinschaftsveröffentlichung

**Das Bruttoinlandsprodukt
der kreisfreien Städte und Landkreise
im Bundesgebiet 1970 und 1972**

Zum Preis von ca. DM 9,--

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz**

— Zentralreferat —

5427 Bad Ems

Mainzer Straße 15/16

.....
Datum

Stempel

Unterschrift

In Kürze erscheint

Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter Heft 6

**Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise
im Bundesgebiet 1970 und 1972**

Umfang etwa 80 Seiten, Format DIN A 4, kartoniert, Preis ca. DM 9,--

Dieser Band bringt Ergebnisse aller Bundesländer für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise nach der ländereinheitlichen Methode des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder".

Bestellungen bitte mittels dieser Bestellkarte direkt an das Statistische Landesamt.

Landtagswahl 1975

Am 9. März waren in Rheinland-Pfalz 2,6 Mill. Wahlberechtigte zur Wahl des 8. Landtags aufgerufen. 80,8% von ihnen beteiligten sich an der Wahl, bei der die CDU 53,9% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen und so die absolute Mehrheit um nahezu 4 Prozentpunkte weiter ausbauen konnte. SPD (38,5%) und F.D.P. (5,6%) mußten Verluste von 2 bzw. 0,3 Punkten hinnehmen. Im 8. Landtag verfügt die CDU über 55, die SPD über 40 und die F.D.P. über 5 Sitze. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 73

Mehr als 140 000 Schüler an berufsbildenden Schulen

An den 146 berufsbildenden Schulen (Verwaltungseinheiten) des Landes Rheinland-Pfalz werden im Schuljahr 1974/75 mehr als 140 000 Schüler unterrichtet; die Schülerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um 1% gesunken. Für die 6 101 Klassen an berufsbildenden Schulen stehen 2 961 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer sowie 2 672 nebenamtliche und nebenberufliche Lehrer zur Verfügung.

Mehr als drei Viertel der Schüler an berufsbildenden Schulen besuchen Berufsschulen, deren 4 858 Klassen durchschnittlich mit 22,7 Schülern besetzt sind. An dieser Schulform ist die Zahl der Schüler rückläufig, die Abnahme gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr beträgt 3,5%. An allen anderen Schulformen im berufsbildenden Bereich sind weiterhin steigende Tendenzen zu beobachten.

In Berufsfachschulen werden 16 706 Schüler in 604 Klassen unterrichtet. Berufsaufbauschulen besuchen in diesem Schuljahr 4 069 Schüler in 170 Klassen. 219 Klassen wurden aus den 5 325 Schülern an Fachoberschulen gebildet, während in den 68 Klassen der beruflichen Gymnasien 1 659 Schüler untergebracht sind. Fachschulen absolvieren 4 416 Schüler in 182 Klassen.

Neben diesen dem Kultusministerium unterstehenden berufsbildenden Schulen gibt es in Rheinland-Pfalz noch 23 Fachschulen für Landwirtschaft sowie 125 Schulen des Gesundheitswesens. An diesen Schulen werden 1 104 bzw. 5 467 Schüler unterrichtet. Für sie sind 55 Klassen an den Fachschulen für Landwirtschaft und 301 Klassen an den Schulen des Gesundheitswesens eingerichtet. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 83

160 000 mit Berufsfach- oder Fachschulausbildung

Von der rheinland-pfälzischen Bevölkerung mit abgeschlossener Ausbildung hatten im Jahre 1970 rund 159 600 Personen eine Berufsfach- oder Fachschule absolviert; davon waren 96 000 männlichen und 64 000 weiblichen Geschlechts. Damit ist die Geschlechterrelation (60 zu 40) etwas ausgeglichener als bei den Hochschulabsolventen (66 zu 34). Wenn im Schnitt 5,6% der Männer und 3,3% der Frauen eine Berufsfach- oder Fachschulausbildung aufzuweisen haben, so errechnen sich für die jungen Altersjahrgänge erheblich höhere Quoten. Die Ausbildungsrate der 30- bis 35jährigen Männer beträgt 11,3% und der 20- bis 25jährigen Frauen 9%. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 87

Zahl der arbeitslosen Berufsschüler gestiegen

Die Zahl der Schüler an Berufsschulen, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, ist im Schuljahr 1974/75 angestiegen. Waren 1973 noch 2,5% der 113 912 Berufsschüler arbeitslos, so sind es im laufenden Schuljahr 4,6% (5 040) der insgesamt 110 608 Schüler. Auffallend hoch ist dabei der Anteil der weiblichen Arbeitslosen. Von den 45 140 Schülerinnen sind in diesem Schuljahr 6,8% (3 083) ohne Beschäftigung, während von den 65 468 Berufsschülern 3% (1 957) keinen Arbeitsvertrag haben. Allerdings war bisher stets ein höherer Anteil weiblicher Arbeitsloser unter den Berufsschülern zu verzeichnen. 1970, als die Zahl der Nichtbeschäftigten mit 1 571 (1,3% aller Berufsschüler) relativ niedrig lag, hatten 2,4% der Schülerinnen keinen Arbeitsplatz.

Auch die Schüler, die das Berufsgrundschuljahr besuchen, in dem sie in Vollzeitunterricht auf ihren Beruf vorbereitet werden, sind Berufsschüler ohne Beschäftigungsvertrag. Ihre Zahl stieg seit 1970, als erstmals in Schulversuchen das Berufsgrundschuljahr eingerichtet wurde, von 462 auf 3 124 (1974). Das sind 2,8% aller Berufsschüler. Auch hier liegt der Anteil der Mädchen mit 5% wesentlich höher als der der Knaben.

Gesunken ist dagegen in den vergangenen Jahren die Zahl der Berufsschüler, die zwar in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, aber keinen Ausbildungsvertrag haben. 1968 waren es noch 13,7% aller Berufsschüler, während 1974/75 nur noch jeder elfte Schüler keinen Ausbildungsvertrag hat. ke

Die Frau im statistischen Zahlenbild

Es dürfte zwar allgemein bekannt sein, daß es in Rheinland-Pfalz - wie in allen Ländern der Bundesrepublik - mehr Frauen als Männer gibt, nicht aber, daß sich das nur durch den hohen weiblichen Bevölkerungsanteil an den älteren Jahrgängen ergibt, während bei den unter 50jährigen das männliche Geschlecht überwiegt. Trotzdem ist noch auf einigen Gebieten des Erwerbslebens und des Bildungsbereiches eine gewisse Unterrepräsentierung der Frauen festzustellen. Die Gründe hierfür sind allerdings teilweise in der besonderen Stellung der Frau in der Gesellschaft (Geburt und Erziehung der Kinder) zu suchen. Ein Zeichen dafür ist die hohe Zahl der Nichterwerbspersonen bei den Frauen über 25 Jahren.

Ein Blick auf einige Berufe zeigt die Abhängigkeit bestimmter Sparten von weiblichen Arbeitskräften: Es sind dies Textilverarbeitung, Handel, Gastronomie und Reinigungsbetriebe. Einen sehr hohen Anteil haben die Frauen traditionsgemäß an sozial- und Krankenpflegerischen Berufen (rund 85%), während bei den Ärzten nur die Kinderärztin mit 42% eine bedeutende Rolle im Vergleich mit ihren männlichen Kollegen spielt.

Im Bildungsbereich ist der Anteil der weiblichen Lehrer an Grund- und Hauptschulen sowie an Sonderschulen überdurchschnittlich. Hier spielt sicher die günstige Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung eine wichtige Rolle. Bei den Studierenden dagegen entspricht die Zahl der weiblichen Personen noch nicht ihrem Anteil an dieser Bevölkerungsgruppe. Auch die bevorzugten Schulabschlüsse sind nicht Abitur und Hochschule, sondern Volksschule und Mittlere Reife.

Mehr über dieses Thema Seite 90

Wachstum des Sozialprodukts 1974 von Preissteigerungen bestimmt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1974 war gekennzeichnet durch eine anhaltende konjunkturelle Abschwächung. Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft mit einer nominalen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von + 7,9% das wirtschaftliche Wachstum des Vorjahres (+ 11,2%) nicht mehr wiederholen. Im Bundesgebiet beziffert sich die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen auf + 7,2%. Unter den Ländern des Bundesgebietes verzeichnete Hamburg mit + 11,1% den höchsten, Baden-Württemberg mit + 5,1% den geringsten Zuwachs, wobei Rheinland-Pfalz unter den Flächenstaaten den vierten Rang einnimmt.

Bereits seit 1970 ist das Wachstum des Sozialprodukts in starkem Maße von Preissteigerungen bestimmt. Gemessen in konstanten Preisen muß für 1974 eine Stagnation des Wirtschaftswachstums in Rheinland-Pfalz (— 0,1%) festgestellt werden. Im Bundesgebiet stellt sich die reale Wachstumsrate aufgrund der relativ guten Entwicklung in Schleswig-Holstein (+ 3,3%), im Saarland (+ 2,8%) und in Nordrhein-Westfalen (+ 1,8%) auf + 0,6%. Negative reale Zuwachsraten weisen auch Bremen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern auf.

Die Aussagekraft der realen Wachstumsraten ist allerdings infolge der 1974 stark divergierenden Entwicklung von Input- und Outputpreisen beeinträchtigt; hierdurch könnten größere Veränderungen in der länderspezifischen Preisentwicklung des Sozialprodukts bewirkt worden sein, die mangels aktueller Vorleistungsquoten und Angaben über den Rohstoffeinsatz zur Zeit nicht ausreichend quantifiziert werden können.

Je Kopf der Wohnbevölkerung wurden in Rheinland-Pfalz nominal 15 116 DM und real 9 307 DM erwirtschaftet. Das Land nimmt damit jeweils den vierten Rang unter den Flächenländern des Bundesgebietes ein.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität - gemessen an der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen - erreichte 1974 in Rheinland-Pfalz + 2,3% und entsprach damit der des Bundesgebietes (+ 2,4%).

Weitere Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1960 bis 1974 enthält der Statistische Bericht P I 1 - 1975/2 „Sozialprodukt 1960 - 1974“, der beim Statistischen Landesamt bestellt werden kann. ge

Mehr als die Hälfte der abhängigen Erwerbstätigen sparte 1971 vermögenswirksam

Eine im April 1972 durchgeführte Mikrozensuszusatzbefragung untersuchte das Sparverhalten der Erwerbstätigen im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes, das 1971 erstmals voll wirksam wurde.

Für die abhängigen Erwerbstätigen unseres Landes ergab sich, daß 53% 1971 vermögenswirksam sparten. Dieser Anteil liegt etwas niedriger als im Bundesgebiet (58%). Eine nähere Betrachtung zeigt die starke Abhängigkeit des Sparverhaltens vom Alter, von der Stellung im Beruf und vom

Nettoeinkommen der Erwerbstätigen. Unterschiedlich ist auch die von den entsprechenden Gruppen gewählte Anlageform der von ihnen erbrachten Leistungen. Generell war mit 59% der Sparvertrag nach dem Sparprämienengesetz die häufigste Form, gefolgt vom Bausparvertrag mit 27%. Von den übrigen Anlageformen, die laut Gesetz begünstigt sind, hatten nur Lebensversicherungen noch eine gewisse Bedeutung.

Von den über 600 000 Erwerbstätigen, die vermögenswirksam sparten, erhielten immerhin 93% von ihrem Arbeitgeber zusätzliche Leistungen, die in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Einzelverträgen vereinbart sind. Von diesem Personenkreis erbrachten dann noch 55% aus ihrem Lohn bzw. Gehalt weitere Beträge, die sie zusammen mit den Arbeitgeberleistungen anlegten. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 94

Tuberkulose weiterhin rückläufig

Am Jahresende 1974 befanden sich in Rheinland-Pfalz 7 083 an aktiver Tuberkulose erkrankte Personen in Betreuung der Tuberkulosefürsorgestellen. Da sind rund 500 Personen weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Damit hat sich das seit zwei Jahrzehnten festzustellende kontinuierliche Absinken des Krankenstandes mit einer Abnahmerate von 6,6% fortgesetzt. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung entfielen auf 100 000 Einwohner 192 Tuberkulosekranke, während es in den Vorjahren noch 205 (1973) und 216 (1972) waren.

Die häufigste tuberkulöse Erkrankungsform ist die Tuberkulose der Atmungsorgane (pulmonale Tuberkulose). Daran litten im Berichtsjahr vier von fünf Erkrankten, was einer Häufigkeits- oder Morbiditätsziffer von 153 auf 100 000 Einwohner entspricht. Annähernd ein Fünftel der dieser Diagnosegruppe zugeordneten 5 628 Patienten hatte einen Prozeß, welcher durch Bakteriennachweis gesichert war. Unter den als extrapulmonale Tuberkulose bezeichneten übrigen Organ-tuberkulosen (1 455) dominierten die des Urogenitaltraktes (618), der peripheren Lymphknoten (244) sowie der Knochen und Gelenke (198). Für die Gruppe der extrapulmonalen Tuberkulose errechnet sich eine Morbiditätsziffer von 39,4.

Als Neuzugänge kamen im Berichtsjahr 2 124 Personen wegen einer tuberkulösen Erkrankung in Betreuung der Tuberkulosefürsorgestellen. Bei annähernd drei Vierteln der Neuerfaßten handelte es sich um Personen mit einer Ersterkrankung, bei stark einem Fünftel um Wiedererkrankungen, während der weitaus geringste Teil (3,6%) als Zuzüge aus anderen Ländern registriert wurde. Den diagnostischen Feststellungen zufolge litten 1 760 (82,9%) der neuerfaßten Erkrankten an Lungentuberkulose und 364 (17,1%) an einer anderen Organtuberkulose. Für die ebenfalls seit Mitte der 50er Jahre rückläufigen Zugänge ergaben sich in den letzten Jahren Morbiditätsziffern von 62 (1972), 59 (1973) und 58 (1974).

Aus der Betreuung der Fürsorgestellen sind im Laufe des Jahres 1974 insgesamt 2 619 Personen ausgeschieden. Das war etwa jeder Dritte der Ende 1973 nachgewiesenen Erkrankten. Es verstarben 371 der erfaßten Personen, jedoch war nur bei 98 die tuberkulöse Erkrankung die unmittelbare Todesursache. zi

Industrieproduktion im Februar 1975 zwar gestiegen, aber noch erheblich unter Vorjahresstand

Im Februar 1975 konnte - gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex - zwar ein spürbarer saisonaler Anstieg der Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie gegenüber dem Vormonat erzielt werden (+ 8,1%), während der Stand des Vorjahresmonats jedoch sichtlich unterschritten wurde (— 7,3%). Für die ersten zwei Monate des Jahres 1975 zusammen ist gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ebenfalls ein spürbarer Rückgang (— 9,2%) zu verzeichnen.

An dem allgemeinen Anstieg der Produktion im Berichtsmonat gegenüber Januar 1975 waren alle Industriehauptgruppen außer der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (— 3,5%) beteiligt, wobei die Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 11,0%) sowie die Verbrauchsgüterindustrien (+ 8,1%) die Spitzenpositionen einnahmen. Im Vergleich zu Februar 1974 sind indessen Veränderungen zwischen + 5,6% im Nahrungs- und Genußmittel- sowie — 13,0% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich zu verzeichnen. Die Verbrauchsgüter- und Investitionsgüterindustrien lagen mit Minderungen um — 6,0 bzw. — 1,6% dazwischen. In der Gliederung nach Industriezweigen zeigen Chemie (— 17,2%), Steine und Erden (— 10,4%), Maschinenbau (— 8,3%) und die Schuhherstellung (— 6,3%) einen ungünstigen Entwicklungsverlauf. pe

Umschlag der Binnenschifffahrt rückläufig

Die allgemein zu beobachtende konjunkturelle Abschwächung im letzten Jahr bekam auch die Binnenschifffahrt, die besonders stark von der Bautätigkeit abhängig ist, deutlich zu spüren. In den rheinland-pfälzischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im vergangenen Jahr 3,3 Mill. t oder 7,7% weniger umgeschlagen als im Vorjahr. Bei einem Rückgang des Umschlags an Steinen und Erden um 16,0% fiel deren Anteil am gesamten Umschlag von 55,6% im Jahre 1973 auf 51,1%. Der Schiffsverkehr auf Rhein und Mosel nahm gleichzeitig um 15,9% ab. Diese Entwicklung vollzog sich bei einem wesentlich höheren Wasserstand als im Vorjahr.

Von den einzelnen Verkehrsbezirken schnitten am schlechtesten die Häfen des nördlichen Mittelrheins (unterhalb Bingen bis Landesgrenze Nordrhein-Westfalen) ab, wo um 7,8% weniger umgeschlagen wurde. Hieran war die Güterteilung Steine und Erden mit — 22,8% bei einer Anteilsverringerung von 70,8 auf 65,6% beteiligt. Im Gegensatz dazu erlebten die Moselhäfen einen erheblichen Anstieg ihres Lösch- und Ladevolumens (+ 22,9%). Etwas über dem Durchschnitt lag hier die Zuwachsrate im Hafen Trier (+ 24,6%), wo im vergangenen Jahr 52,9% des Moselumschlags getätigt wurden. Eine geringe Umschlagssteigerung zeigte sich mit + 0,5% außerdem im Gebiet des Oberrheins (Landesgrenze bis oberhalb Worms), wozu vor allem die Häfen Germersheim (+ 24,6%), Speyer (+ 3,8%) und Ludwigshafen (+ 1,3%) beitrugen, während auch im südlichen Teil des Mittelrheins von Worms bis Bingen erhebliche Umschlagseinbußen (— 12,5%) gemeldet wurden.

kurz + aktuell

Industriellöhne stagnierten im 3. Quartal 1973

Von Juli bis Oktober 1974 hat sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller rheinland-pfälzischen Industriearbeiter einschließlich der im Hoch- und Tiefbau Beschäftigten nur um 2 Pf oder 0,2% auf 9,10 DM erhöht. Im dritten Quartal 1973 waren die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Arbeiter ebenfalls schon nahezu unverändert geblieben, in den vergleichbaren Zeiträumen der Jahre 1972 und 1971 dagegen noch um knapp 1% gestiegen. Von Oktober 1973 bis Oktober 1974 haben sich die Industriellöhne im Gesamtdurchschnitt um 12% verbessert, im Jahr davor um 11,8%.

Die Stundenverdienste der Facharbeiter stiegen von Juli bis Oktober um 3 Pf auf 10,21 DM, die angelernten Arbeiter verdienten im Schnitt 9,34 DM (+ 1 Pf), ungelernte Arbeiter 8,09 DM (— 5 Pf). Fach- (7,30 DM) und ungelernte Arbeiterinnen (6,33 DM) lagen mit — 0,4 bzw. — 0,2% geringfügig unter den entsprechenden Stundenverdiensten vom Juli 1974. Lediglich die angelernten Arbeiterinnen kamen mit 6,88 DM auf ein kleines Plus von 3 Pf. Infolge der durch Kurzarbeit um über eine halbe Stunde auf 42 Stunden zurückgegangenen durchschnittlichen Arbeitszeit verringerten sich auch die durchschnittlichen Wochenlöhne von Juli bis Oktober um 5 auf 384 DM. Männer verdienten im Schnitt 413, Frauen 264 DM in der Woche.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Industrieangestellten haben sich um knapp 1% auf 1 978 DM erhöht. Demgegenüber blieben die Verdienste der technischen Angestellten im Schnitt unverändert. Kurzarbeit führte sogar vereinzelt zu Verdiensteinbußen. Bei den männlichen technischen Angestellten lagen die Gehälter der beiden unteren Leistungsgruppen um 12 bzw. 27 DM unter denen vom Juli 1974. Bei den Frauen waren die Bezüge nur in der mittleren Gruppe etwas niedriger (— 7 DM) als im Juli 1974 (1 979 DM). Weibliche technische Angestellte in verantwortlicher Tätigkeit verdienten durchschnittlich 77 DM mehr als im Juli 1974. hä

Entscheidende Verbesserung der Abwasserstruktur

Von dem in Rheinland-Pfalz ermittelten industriellen Wasseraufkommen bzw. dem Wasserverbrauch entfielen 1971 rund 88% auf die chemische Industrie innerhalb der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (97%). Entsprechend bestreitet die chemische Industrie den Großteil der abgeleiteten Abwassermenge, und zwar zu nahezu 90%. Unter Zugrundelegung der Sachlage, daß hinsichtlich des Abwassers die chemische Industrie in Rheinland-Pfalz fast ausschließlich durch die Werte der BASF bestimmt wird, hat sich durch die Inbetriebnahme der Kläranlage dieses Ludwigshafener Werkes zum Jahresbeginn 1975 die Menge des verschmutzt abgeleiteten Abwassers der gesamten Industrie schlagartig um 92% verringert; innerhalb der chemischen Industrie beträgt die Abnahme sogar 99%. Wurden vor dem Einsatz der Anlage noch 10% aller industriellen Abwässer des Landes in verschmutztem Zustand abgeleitet, hat sich dieser Anteil auf 1,5% reduziert.

Regional betrachtet, entfielen bislang allein auf das Stadtgebiet Ludwigshafen 87% der in Rheinland-Pfalz abzuleitenden industriellen Abwässer und ein etwa gleich hoher Anteil an der nicht gereinigt abgegebenen Abwassermenge. pe

Die Wahl zum 8. Landtag Rheinland-Pfalz am 9. März 1975

Der Landeswahlausschuß hat in seiner Sitzung am 20. März 1975 gemäß § 42 des Landeswahlgesetzes das endgültige Ergebnis, das heißt die Verteilung der Stimmen und Sitze auf die Wahlvorschläge der einzelnen Parteien und Wählervereinigungen, festgestellt. Grundlage der Feststellung waren die Niederschriften der Kreiswahlleiter über die Sitzung der Kreiswahlausschüsse. Dem war eine Überprüfung der Wahlniederschriften der Wahlvorstände der insgesamt 4 217 Stimmbezirke des Landes und der 232 bei den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und den Landräten eingesetzten Briefwahlvorstände vorangegangen.

Die folgenden Ausführungen behandeln neben dem amtlichen Wahlergebnis auch die Ergebnisse der nach § 46 a des Landeswahlgesetzes durchgeführten repräsentativen Wahlstatistik, in deren Rahmen in 85 Stimmbezirken eine Erhebung über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und zehn Altersgruppen (2% der Wahlberechtigten) sowie in 168 Stimmbezirken eine Erhebung über das Wahlverhalten der Männer und Frauen nach fünf Altersgruppen (5% der Wähler) durchgeführt wurde¹⁾. Wegen des Erfordernisses der absoluten Wahrung des Wahlgeheimnisses mußte auf die Einbeziehung der Briefwähler in die Repräsentativstatistik verzichtet werden. Ihre Ergebnisse können daher nur mit den Gesamtergebnissen ohne Briefwahl verglichen werden.

Verhältnisswahl in Wahlkreisen

Die 100 Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl nach den Grund-

sätzen der Verhältniswahl in Wahlkreisen gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten seinen dauernden Wohnsitz im Lande Rheinland-Pfalz hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Neue Wahlkreiseinteilung

Das Land ist in vier Wahlkreise eingeteilt. Von den 100 Abgeordneten sind in den Wahlkreisen 1 und 4 je 26, in den Wahlkreisen 2 und 3 je 24 Abgeordnete zu wählen. Kreiswahlvorschläge derselben Partei oder derselben Wählervereinigung können in den Wahlkreisen 1 und 2 sowie in den Wahlkreisen 3 und 4 miteinander verbunden werden. Wahlkreise, in denen Kreiswahlvorschläge verbunden sind, gelten als ein Verbundwahlkreis, in dem 50 Abgeordnete zu wählen sind. CDU, SPD und F.D.P. hatten jeweils die Verbindung ihrer Kreiswahlvorschläge in den Wahlkreisen 1 und 2 sowie in den Wahlkreisen 3 und 4 erklärt.

Bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1971 war das Land in sechs Wahlkreise, bei den vorangegangenen Landtagswahlen in sieben, bei der ersten Landtagswahl im Jahre 1947 in fünf Wahlkreise eingeteilt.

Sitzverteilung nach d'Hondt

Die Verteilung der Sitze auf die Kreiswahlvorschläge erfolgt für jeden Wahlkreis bzw. Verbund-

¹⁾ Vgl. Statistischer Bericht B VII 2 R-1975. Die Wahl zum 8. Landtag in Rheinland-Pfalz - Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Bad Ems, April 1975.

Landesergebnis der Wahlen 1971 - 1975

	Landtagswahl 1975		Landtagswahl 1971		Bundestagswahl 1972	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 648 336		2 584 585		2 623 690	
Wähler	2 141 144	80,8	2 052 908	79,4	2 404 007	91,6
Ungültige Stimmen	20 663	1,0	26 536	1,3	26 146	1,1
Gültige Stimmen	2 120 481	99,0	2 026 372	98,7	2 377 861	98,9
CDU	1 143 360	53,9	1 012 847	50,0	1 090 339	45,9
SPD	817 018	38,5	821 350	40,5	1 067 953	44,9
F. D. P.	118 762	5,6	120 444	5,9	193 499	8,1
NPD	22 942	1,1	53 882	2,7	18 321	0,8
DKP	11 101	0,5	17 849	0,9	7 749	0,3
Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz	5 280	0,2	-	-	-	-
Wählervereinigung "Kämpft mit der KPD"	2 018	0,1	-	-	-	-

wahlkreis nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt. Die auf eine Verbindung von Kreiswahlvorschlägen fallenden Sitze werden im Höchstzahlverfahren d'Hondt nach dem Verhältnis der auf die beteiligten Kreiswahlvorschläge entfallenden Stimmen weiterverteilt. Bei der Verteilung der Sitze werden nur Kreiswahlvorschläge und verbundene Kreiswahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen berücksichtigt, die mindestens 5% der im Lande abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Gültige Stimmen, die auf Kreiswahlvorschläge oder verbundene Kreiswahlvorschläge von Parteien oder Wählervereinigungen entfallen, die unter diese Sperrklausel fallen, scheiden bei der Berechnung aus.

Durch diese Regelung wurde das bis zu den Landtagswahlen im Jahre 1971 gültige Wahlschlüsselverfahren abgelöst. Der Neuregelung war ein Beschluß des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vorangegangen, wonach der Grundsatz der gleichen Wahl verletzt ist, wenn im Rahmen der Sitzverteilung nach dem Wahlschlüsselverfahren der Wahlschlüssel bei der Zweitverteilung nach Reststimmen eine über die 5%-Sperrklausel hinausreichende absolute Sperrwirkung entfaltet.

Sieben Wahlvorschläge

An der Landtagswahl 1975 haben sich fünf Parteien und zwei Wählervereinigungen beteiligt, nämlich

Christlich Demokratische Union Deutschlands	CDU
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
Freie Demokratische Partei	F.D.P.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD
Deutsche Kommunistische Partei	DKP
Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz	FW
Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD“	

Mit Ausnahme der Freien Wählervereinigung Rheinland-Pfalz, die nur in den Wahlkreisen 1 und 4 Wahlvorschläge eingereicht hatte, beteiligten sich die Parteien und die Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD“ in allen vier Wahlkreisen an der Wahl.

Die fünf Parteien und zwei Wählervereinigungen hatten insgesamt 664 Bewerber und Nachfolger aufgestellt, darunter 88 Frauen. In den Wahlvorschlägen der CDU waren 201 Kandidaten, in denen der SPD 189, der F.D.P. 99, der NPD 44 und der DKP 100 benannt. Die Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz hatte 14, die Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD“ 17 Kandidaten aufgestellt.

Zunahme der Wahlberechtigten

Bei der Wahl zum 8. Landtag von Rheinland-Pfalz waren 2 648 000 Bürger wahlberechtigt, das waren rund 64 000 oder 2,5% mehr als bei der Wahl zum 7. Landtag vor vier Jahren. Etwa 54 000 Wahlberechtigte konnten erstmals an einer Wahl teilnehmen. Die Zahl der Jungwähler, das heißt der Gruppe der 18- bis 21jährigen betrug 162 000 Personen, das waren rund 6% aller Wahlberechtigten. Mehr als 70% der Wahlberechtigten stellten die 21- bis 25jährigen.

Knapp 54% der Wahlberechtigten waren Frauen, gut 46% Männer. Die Relation von Männern und Frauen im wahlfähigen Alter hat sich gegenüber 1971 kaum geändert.

Höchste Wahlbeteiligung seit 1947

Die Wahlbeteiligung lag mit 80,8% um 1,4 Prozentpunkte über der von 1971 und ist die höchste in der Geschichte der rheinland-pfälzischen Landtagswahlen. 2 141 000 Personen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Das waren 4,3% mehr als 1971. Mehr als 507 000 Wahlberechtigte blieben der Wahl fern, das sind mehr als dreimal so viele Wahlberechtigte, wie F.D.P., NPD, DKP und die beiden Wählervereinigungen zusammen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Ein wesentlich höheres Interesse finden allerdings von jeher die Bundestagswahlen bei der Bevölkerung. Bei den letzten im Jahre 1972 wurde mit einer Rekordhöhe von 91,6% eine um nahezu 11 Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung erreicht als bei der diesjährigen Landtagswahl.

Die Wahlbeteiligung hat seit 1951, mit Ausnahme von 1963, ständig zugenommen. Sie ist in ländlichen Gegenden grundsätzlich höher als in städtischen Gebieten. So ist bei der Betrachtung der Beteiligungsquoten im allgemeinen ein Süd-Nord-Gefälle zu beobachten. Die Wahlbeteiligung, die zwischen 87,4% im Landkreis Ludwigshafen und 76,5% im Landkreis Birkenfeld streut, liegt in allen zehn rheinhessen-pfälzischen Landkreisen zum Teil erheblich über dem Landesdurchschnitt. Neben dem Landkreis Ludwigshafen ist die Beteiligung auch in den Landkreisen Pirmasens (85,3%), Landau-Bad Bergzabern (84,4%), Kaiserslautern (83,7%), Bad Dürkheim (83,6%), Gernsheim (83,5%) und Alzey-Worms (83,3%) höher als 83%. Demgegenüber wurde im Norden nur im Rhein-Hunsrück-Kreis (84,1%) und im Landkreis Cochem-Zell (83,4%) eine Wahlbeteiligung von über 83% registriert.

Ein ähnliches Bild zeigt die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten, wo der Landesdurchschnitt nur in Neustadt (84,0%) und in Frankenthal (82,0%) übertroffen wurde. Die Beteiligungsquoten aller rheinhessen-pfälzischen Städte liegen mit Ausnahme von Pirmasens, Kaiserslautern und Zweibrücken deutlich über der von Koblenz (76,5%). In Trier war die Wahlbeteiligung mit 73,4% am niedrigsten.

Die Veränderung der Wahlbeteiligung kann mit der Feststellung charakterisiert werden, daß die Zunahmen dort am größten sind, wo 1971 die Beteiligungsquoten am niedrigsten waren. Eine hiervon abweichende Entwicklung zeigen allerdings einige kreisfreie Städte wie Kaiserslautern und Trier, deren damals bereits erheblich unter dem Durchschnitt liegende Wahlbeteiligung noch unterschritten wurde.

Niedrige Beteiligungsquoten bei den jüngeren Jahrgängen

Die repräsentative Wahlstatistik macht deutlich, daß die hohe Wahlbeteiligung vor allem das Ergebnis wachsenden politischen Interesses der Frau-

en nahezu aller Altersgruppen ist. Im Gegensatz dazu gingen die Beteiligungsquoten bei den Männern fast ausnahmslos zurück. Ansonsten zeigt die Wahlbeteiligung grundsätzlich die schon bei früheren Wahlen beobachteten Abhängigkeiten von Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten. So beteiligen sich im Verhältnis mehr Männer als Frauen an der Wahl. Von den wahlberechtigten Männern gingen am 9. März 80,9%, von den Frauen dagegen nur 79,7% zur Wahl. Gegenüber früheren Wahlen, bei denen die Differenzen 4 und 5 Prozentpunkte betrugen, ist jedoch diesmal der Unterschied mit etwas mehr als 1 Prozentpunkt erheblich geringer. Bei den 25- bis 35jährigen Frauen lag die Wahlbeteiligung sogar höher als bei den gleichaltrigen Männern.

Stärker als durch das Geschlecht werden die Beteiligungsquoten allerdings durch das Alter der Wahlberechtigten beeinflusst. Diese Abhängigkeit wird tendenziell durch eine zunehmende Wahlbeteiligung mit aufsteigender Altersgruppe bis zur Gruppe der 50- bis 60jährigen gekennzeichnet. Danach setzt wiederum eine Abnahme ein, durch die allerdings nie das niedrige Beteiligungsniveau der jüngeren Jahrgänge erreicht wird. Das geringste Interesse an den Landtagswahlen zeigten mit einer Beteiligungsquote von 68,3% die 18- bis 25jährigen; das bedeutet, daß mehr als 30% der Wahlberechtigten dieser Gruppe auf ihr Wahlrecht verzichteten. Die höchste Wahlbeteiligung wurde bei den Männern und Frauen im Alter von 45 bis 60 Jahren mit 87,1% bzw. 84,9% registriert.

Erheblich mehr Briefwähler

Bei den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und den Landräten gingen insgesamt rund 157 000 Wahlbriefe ein, das waren 31 000 mehr als vor vier Jahren. Die erhebliche Zunahme dürfte vor allem auf die wahlrechtliche Neuerung zurückzuführen sein, daß jedem Wahlberechtigten zugleich mit der Wahlbenachrichtigung ein Antrag auf Ausstellung von Briefwahlunterlagen übersandt wird. Der Anteil der wegen verschiedener Mängel zurückgewiesenen Wahlbriefe lag bei 3,1 Prozentpunkten und damit einen halben Prozentpunkt niedriger als 1971. Zur Auszählung gelangten somit nahezu 152 000 Briefwahlstimmen, das sind rund 7% aller abgegebenen Stimmen.

Kontinuierlicher Rückgang der ungültigen Stimmen

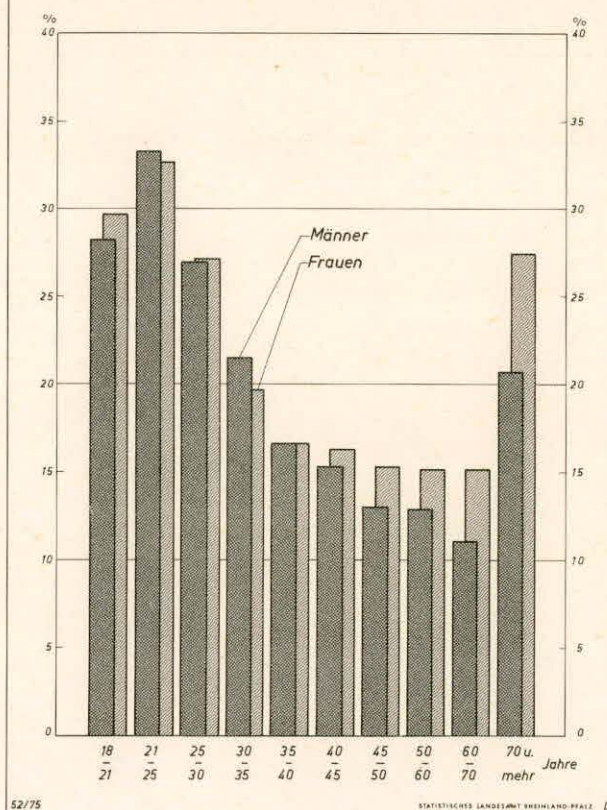
Der Anteil der ungültigen Stimmen ist gegenüber 1971 erneut um 0,3 Punkte zurückgegangen und beträgt nunmehr 1% aller abgegebenen Stimmen. Trotz zunehmender Wahlbeteiligung ist die Zahl der ungültigen Stimmen aber auch absolut von Landtagswahl zu Landtagswahl gesunken und beträgt nun 20 700 gegenüber 26 500 im Jahre 1971. Bei den ersten Landtagswahlen im Jahre 1947 waren noch 137 500 ungültige Stimmen abgegeben worden.

Absolute CDU-Mehrheit ausgebaut

Eindeutiger Gewinner der Landtagswahl ist die CDU, die ihre absolute Mehrheit mit einem Zu-

Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen 1975

Nichtwähler in % der Wahlberechtigten



wachs von 3,9 Punkten auf 53,9% ausbauen konnte. Mit 1 143 360 Stimmen gelang es ihr außerdem, erstmals mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen. Während die CDU rund 130 500 Stimmen hinzugewinnen konnte, mußten die übrigen Parteien durchweg Verluste hinnehmen. So verlor die SPD 4 300 und die F.D.P. 1 700 Wähler. Noch größer waren die Einbußen der beiden nicht im Landtag vertretenen Parteien, von denen die NPD mit 31 000 mehr als die Hälfte der 1971 erhaltenen Stimmen, die DKP 6 700 Stimmen verlor.

Zweitstärkste Partei wurde mit 817 018 Stimmen, das sind 38,5% der gültigen Stimmen, die SPD. Sie blieb damit um 15,4 Punkte hinter der CDU. Das bedeutet den bisher größten Abstand zwischen den beiden großen Parteien. 1971 hatte die Distanz 9,5 Prozentpunkte betragen. Die F.D.P. erhielt 118 800 oder 5,6% der Stimmen und konnte damit die über den Wiedereinzug in den Landtag entscheidende 5%-Hürde überspringen.

Im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl 1972 hat die CDU 8 Prozentpunkte gewonnen, während die SPD 6,4 und die F.D.P. 2,5 Punkte verloren. Der Abstand zwischen den beiden großen Parteien hatte 1972 nur einen Prozentpunkt betragen.

Bei der NPD setzte sich der rückläufige Trend erneut fort. Sie konnte nur noch 23 000 Stimmen (1,1%) auf sich vereinigen. 1971 hatten sich 2,7%, 1967 noch 6,9% der Wähler für die NPD entschie-

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- be- teiligung	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F. D. P.	NPD	DKP	FW	Wvgg. "Kämpft mit der KPD"
		%	Anzahl	%						
Land										
Rheinland-Pfalz	L 1975	80,8	2 120 481	53,9	38,5	5,6	1,1	0,5	0,2	0,1
	L 1971	79,4	2 026 372	50,0	40,5	5,9	2,7	0,9	-	-
	B 1972	91,6	2 377 861	45,9	44,9	8,1	0,8	0,3	-	-
Wahlkreise										
Wahlkreis 1	L 1975	80,7	566 964	56,8	37,0	4,8	0,6	0,4	0,3	0,1
	L 1971	79,2	537 117	53,8	39,2	5,2	1,2	0,6	-	-
	B 1972	91,7	635 548	48,4	43,3	7,6	0,4	0,3	-	-
Wahlkreis 2	L 1975	79,9	502 703	60,5	32,3	5,8	0,9	0,4	-	0,1
	L 1971	77,1	472 633	56,8	34,2	6,3	2,1	0,7	-	-
	B 1972	91,1	568 032	52,7	38,7	7,7	0,6	0,3	-	-
Wahlkreis 3	L 1975	81,1	501 845	47,9	44,1	6,1	1,1	0,7	-	0,1
	L 1971	80,9	489 968	42,7	47,1	6,1	2,9	1,2	-	-
	B 1972	92,3	566 825	39,4	50,1	9,4	0,8	0,4	-	-
Wahlkreis 4	L 1975	81,7	548 969	50,4	40,7	5,8	1,8	0,6	0,6	0,1
	L 1971	80,5	526 654	46,8	41,5	6,3	4,5	1,0	-	-
	B 1972	91,4	607 456	42,8	47,5	7,9	1,4	0,3	-	-
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	L 1975	82,0	24 804	47,2	45,8	5,1	0,9	0,8	-	0,1
	L 1971	82,5	23 372	42,8	48,9	4,6	2,4	1,2	-	-
	B 1972	93,1	27 280	38,0	53,4	7,5	0,7	0,5	-	-
Kaiserslautern	L 1975	75,0	55 894	45,4	46,4	5,4	1,8	0,6	0,2	0,1
	L 1971	75,9	54 994	39,0	49,0	6,0	4,8	1,2	-	-
	B 1972	88,7	65 251	37,3	51,6	9,0	1,6	0,4	-	-
Koblenz	L 1975	76,5	67 790	53,7	39,3	5,6	0,6	0,5	0,2	0,1
	L 1971	75,7	66 471	50,7	42,1	5,4	1,1	0,7	-	-
	B 1972	89,6	79 241	45,2	45,3	8,8	0,3	0,3	-	-
Landau i. d. Pfalz	L 1975	78,9	21 864	52,7	37,2	7,3	1,7	0,5	0,6	0,1
	L 1971	78,6	21 448	49,0	38,7	7,9	3,7	0,7	-	-
	B 1972	89,4	24 751	44,1	44,3	10,3	1,0	0,2	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	L 1975	80,0	94 374	43,2	50,6	4,3	0,9	1,0	-	0,1
	L 1971	78,4	95 190	38,8	53,3	4,3	1,9	1,6	-	-
	B 1972	90,9	109 286	35,0	55,9	7,8	0,6	0,6	-	-
Mainz	L 1975	77,6	93 074	49,4	41,8	7,1	0,7	0,9	-	0,1
	L 1971	80,4	94 519	42,9	47,2	6,6	1,9	1,4	-	-
	B 1972	92,6	110 449	39,7	46,7	12,6	0,5	0,5	-	-
Neustadt a. d. Weinstr.	L 1975	84,0	32 370	55,6	35,3	6,0	1,6	1,0	0,4	0,1
	L 1971	84,1	32 028	53,8	37,2	5,1	2,7	1,2	-	-
	B 1972	92,6	35 423	45,3	44,6	8,6	1,1	0,5	-	-
Pirmasens	L 1975	75,8	31 432	52,0	40,6	3,6	2,1	1,3	0,2	0,0
	L 1971	74,7	31 587	45,2	42,1	4,9	5,3	2,5	-	-
	B 1972	88,0	37 239	42,0	49,0	6,9	1,6	0,6	-	-
Speyer	L 1975	77,7	24 200	51,5	40,8	5,5	1,1	1,0	-	0,1
	L 1971	79,3	23 404	48,1	43,0	5,2	2,1	1,6	-	-
	B 1972	90,8	27 358	41,9	48,9	8,0	0,7	0,6	-	-
Trier	L 1975	73,4	55 024	58,5	35,5	4,6	0,7	0,5	-	0,2
	L 1971	73,8	55 213	53,8	38,8	5,1	1,5	0,9	-	-
	B 1972	88,8	67 016	47,0	45,2	7,1	0,4	0,3	-	-
Worms	L 1975	78,2	43 822	44,4	47,6	5,6	1,4	0,9	-	0,1
	L 1971	78,8	43 950	39,9	49,5	5,7	3,2	1,7	-	-
	B 1972	91,2	51 127	35,8	54,1	8,7	0,9	0,5	-	-
Zweibrücken	L 1975	74,2	20 343	43,9	45,5	5,7	2,3	0,5	2,0	0,1
	L 1971	76,1	20 888	38,1	48,1	7,5	5,3	1,0	-	-
	B 1972	89,9	24 799	34,7	53,9	9,2	1,8	0,4	-	-
Landkreise										
Ahrweiler	L 1975	81,0	63 044	72,5	22,7	3,8	0,4	0,2	0,2	0,1
	L 1971	77,8	57 408	69,3	25,5	3,7	1,0	0,4	-	-
	B 1972	91,6	70 150	64,8	28,6	6,0	0,3	0,2	-	-
Altenkirchen (Ww.)	L 1975	82,1	70 932	57,0	35,9	6,2	0,5	0,3	0,2	0,1
	L 1971	81,5	68 632	54,5	37,0	6,8	1,1	0,6	-	-
	B 1972	92,5	79 380	48,3	42,0	9,2	0,3	0,2	-	-

Wahlkreise und Verwaltungsbezirke 1971 - 1975

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- be- teiligung	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F. D. P.	NPD	DKP	FW	Wvgg. "Kämpft mit der KPD"
		%	Anzahl	%						
noch: Landkreise										
Alzey-Worms	L 1975	83,3	57 326	43,3	46,1	8,0	2,0	0,4	-	0,1
	L 1971	81,4	54 712	36,5	47,0	8,6	7,1	0,8	-	-
	B 1972	92,7	63 200	37,1	51,4	9,9	1,4	0,2	-	-
Bad Dürkheim	L 1975	83,6	69 915	48,6	43,2	5,6	1,6	0,5	0,5	0,1
	L 1971	82,5	66 934	44,6	45,1	5,6	3,8	0,9	-	-
	B 1972	92,4	76 409	40,9	49,7	7,9	1,2	0,3	-	-
Bad Kreuznach	L 1975	81,0	86 385	45,5	45,2	7,7	1,0	0,5	-	0,1
	L 1971	80,4	84 288	40,7	48,6	7,7	2,4	0,7	-	-
	B 1972	92,1	98 084	39,8	49,3	10,0	0,6	0,3	-	-
Bernkastel-Wittlich	L 1975	79,4	62 500	68,7	23,6	6,0	1,3	0,3	-	0,1
	L 1971	75,2	57 729	65,4	24,7	6,2	3,1	0,6	-	-
	B 1972	89,7	69 967	61,5	30,7	6,6	0,9	0,3	-	-
Birkenfeld	L 1975	76,5	51 716	42,6	48,6	7,0	1,0	0,7	-	0,2
	L 1971	72,9	48 592	37,4	50,9	7,8	2,7	1,2	-	-
	B 1972	90,2	60 462	36,7	52,1	10,0	0,7	0,5	-	-
Bitburg-Prüm	L 1975	78,8	52 223	72,7	21,7	4,3	0,8	0,3	-	0,2
	L 1971	75,2	48 282	69,9	22,7	5,1	1,9	0,5	-	-
	B 1972	89,7	58 787	64,3	29,3	5,6	0,5	0,2	-	-
Cochem-Zell	L 1975	83,4	38 903	75,2	20,1	3,6	0,7	0,3	-	0,2
	L 1971	77,1	35 149	71,7	22,5	3,6	1,7	0,5	-	-
	B 1972	92,8	43 047	68,3	26,3	4,7	0,4	0,2	-	-
Daun	L 1975	81,7	33 408	76,4	19,4	3,3	0,6	0,3	-	0,1
	L 1971	77,8	30 623	74,3	20,4	3,6	1,4	0,3	-	-
	B 1972	91,3	36 854	68,0	26,3	5,0	0,4	0,2	-	-
Donnersbergkreis	L 1975	82,8	39 248	39,6	48,3	8,0	3,2	0,5	0,3	0,1
	L 1971	80,5	37 335	35,3	50,3	7,1	6,5	0,8	-	-
	B 1972	91,3	42 896	34,2	55,1	8,4	1,9	0,3	-	-
Germersheim	L 1975	83,5	53 546	55,9	34,0	7,5	1,0	0,4	1,1	0,1
	L 1971	83,6	49 704	55,3	34,0	7,6	2,5	0,6	-	-
	B 1972	92,4	56 845	48,6	42,2	8,1	0,9	0,2	-	-
Kaiserslautern	L 1975	83,7	57 934	49,6	42,4	4,8	1,9	0,4	0,7	0,1
	L 1971	82,2	54 576	46,1	42,4	5,1	5,6	0,8	-	-
	B 1972	91,8	62 371	43,1	48,0	6,9	1,7	0,3	-	-
Kusel	L 1975	81,6	47 031	36,6	54,5	4,9	2,1	0,9	0,9	0,1
	L 1971	78,1	44 001	32,5	54,0	5,5	6,5	1,7	-	-
	B 1972	91,0	52 034	30,4	60,3	6,9	1,8	0,5	-	-
Landau-Bad Bergzabern	L 1975	84,4	57 576	57,6	32,2	7,0	1,6	0,4	1,0	0,1
	L 1971	82,7	55 093	55,8	31,3	8,6	3,7	0,6	-	-
	B 1972	93,0	62 540	51,0	38,7	8,9	1,1	0,3	-	-
Ludwigshafen	L 1975	87,4	74 589	53,0	40,8	4,5	1,1	0,6	-	0,1
	L 1971	86,3	69 089	49,2	43,5	4,1	2,2	1,0	-	-
	B 1972	94,0	78 164	44,1	48,5	6,4	0,7	0,4	-	-
Mainz-Bingen	L 1975	82,0	89 656	51,0	39,8	7,7	0,9	0,5	-	0,1
	L 1971	80,9	85 732	45,4	42,6	8,4	3,0	0,6	-	-
	B 1972	92,8	99 961	43,1	45,1	10,8	0,8	0,3	-	-
Mayen-Koblenz	L 1975	81,1	110 051	57,4	38,0	3,3	0,5	0,4	0,4	0,1
	L 1971	79,0	102 647	54,8	40,3	3,2	1,1	0,7	-	-
	B 1972	91,7	122 320	49,2	44,8	5,4	0,3	0,3	-	-
Neuwied	L 1975	81,4	90 294	53,5	40,2	5,0	0,5	0,4	0,2	0,1
	L 1971	78,9	83 698	50,3	42,1	5,5	1,3	0,8	-	-
	B 1972	92,3	100 382	44,5	46,4	8,5	0,3	0,3	-	-
Pirmasens	L 1975	85,3	61 816	61,4	31,7	4,4	1,6	0,4	0,4	0,1
	L 1971	82,7	58 066	58,9	31,1	5,5	3,8	0,7	-	-
	B 1972	93,3	66 898	54,3	38,3	6,1	1,1	0,2	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	L 1975	84,1	53 324	54,9	34,3	9,8	0,7	0,3	-	0,1
	L 1971	81,4	49 612	52,7	33,7	11,7	1,5	0,4	-	-
	B 1972	92,7	57 914	49,1	37,3	13,0	0,4	0,2	-	-
Rhein-Lahn-Kreis	L 1975	80,2	69 558	46,7	45,5	5,8	0,8	0,4	0,7	0,1
	L 1971	78,5	67 714	42,9	47,9	6,7	1,9	0,5	-	-
	B 1972	91,3	79 210	38,3	51,9	9,0	0,6	0,2	-	-
Trier-Saarburg	L 1975	82,1	69 220	65,8	29,2	3,5	0,9	0,4	-	0,1
	L 1971	79,4	63 145	64,4	29,1	4,0	1,9	0,6	-	-
	B 1972	92,7	75 901	56,7	37,5	5,1	0,5	0,3	-	-
Westerwaldkreis	L 1975	82,1	95 295	58,4	35,5	4,8	0,5	0,3	0,3	0,1
	L 1971	82,0	90 547	56,0	36,9	5,3	1,2	0,6	-	-
	B 1972	92,7	104 865	50,3	41,6	7,3	0,4	0,3	-	-

den. Bedeutungslos blieben auch die DKP (11 000 Stimmen, 0,5%), die Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz (5 000 Stimmen, 0,2%) und die Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD“ (2 000 Stimmen, 0,1%). Der Anteil der übrigen Gruppierungen beträgt damit knapp 2%. Das ist der niedrigste Wert bei allen bisherigen Wahlen.

CDU-Mehrheiten in allen vier Wahlkreisen

Wegen ihres Einflusses auf die Sitzverteilung sind die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen von besonderem Interesse. Die Wahlentscheidung von 1975 zeigt in allen vier Wahlkreisen im Vergleich zu den auf die neue Wahlkreiseinteilung umgerechneten Ergebnissen von 1971 als übereinstimmende

Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1971 - 1975
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Land Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Landtagswahl 1975			Landtagswahl 1971			Bundestagswahl 1972 (Zweitstimmen)		
	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung
Land									
Rheinland-Pfalz	CDU	53,9	15,4	CDU	50,0	9,5	CDU	45,9	1,0
Wahlkreise									
Wahlkreis 1	CDU	56,8	19,8	CDU	53,8	14,6	CDU	48,4	5,1
Wahlkreis 2	CDU	60,5	28,2	CDU	56,8	22,6	CDU	52,7	14,0
Wahlkreis 3	CDU	47,9	3,8	SPD	47,1	4,4	SPD	50,1	10,7
Wahlkreis 4	CDU	50,4	9,7	CDU	46,8	5,3	SPD	47,5	4,7
Regierungsbezirke									
Koblenz	CDU	55,4	17,7	CDU	52,0	12,2	CDU	47,7	4,3
Trier	CDU	67,6	41,1	CDU	64,6	36,7	CDU	58,5	23,8
Rheinhausen-Pfalz	CDU	49,2	6,9	CDU	44,8	0,6	SPD	48,8	7,7
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	CDU	47,2	1,4	SPD	48,9	6,1	SPD	53,4	15,4
Kaiserslautern	SPD	46,4	1,0	SPD	49,0	10,0	SPD	51,6	14,3
Koblenz	CDU	53,7	14,4	CDU	50,7	8,6	SPD	45,3	0,1
Landau i. d. Pfalz	CDU	52,7	15,5	CDU	49,0	10,3	SPD	44,3	0,2
Ludwigshafen a. Rhein	SPD	50,6	7,4	SPD	53,3	14,5	SPD	55,9	20,9
Mainz	CDU	49,4	7,6	SPD	47,2	4,3	SPD	46,7	7,0
Neustadt a. d. Weinstr.	CDU	55,6	20,3	CDU	53,8	16,6	CDU	45,3	0,7
Pirmasens	CDU	52,0	11,4	CDU	45,2	3,1	SPD	49,0	7,0
Speyer	CDU	51,5	10,7	CDU	48,1	5,1	SPD	48,9	7,0
Trier	CDU	58,5	23,0	CDU	53,8	15,0	CDU	47,0	1,8
Worms	SPD	47,6	3,2	SPD	49,5	9,6	SPD	54,1	18,3
Zweibrücken	SPD	45,5	1,6	SPD	48,1	10,0	SPD	53,9	19,2
Landkreise									
Ahrweiler	CDU	72,5	49,8	CDU	69,3	43,8	CDU	64,8	36,2
Altenkirchen (Ww.)	CDU	57,0	21,1	CDU	54,5	17,5	CDU	48,3	6,3
Alzey-Worms	SPD	46,1	2,8	SPD	47,0	10,5	SPD	51,4	14,3
Bad Dürkheim	CDU	48,6	5,4	SPD	45,1	0,5	SPD	49,7	8,8
Bad Kreuznach	CDU	45,5	0,3	SPD	48,6	7,9	SPD	49,3	9,5
Bernkastel-Wittlich	CDU	68,7	45,1	CDU	65,4	40,7	CDU	61,5	30,8
Birkenfeld	SPD	48,6	6,0	SPD	50,9	13,5	SPD	52,1	15,4
Bitburg-Prüm	CDU	72,7	51,0	CDU	69,9	47,2	CDU	64,3	35,0
Cochem-Zell	CDU	75,2	55,1	CDU	71,7	49,2	CDU	68,3	42,0
Daun	CDU	76,4	57,0	CDU	74,3	53,9	CDU	68,0	41,7
Donnersbergkreis	SPD	48,3	8,7	SPD	50,3	15,0	SPD	55,1	20,9
Germersheim	CDU	55,9	21,9	CDU	55,3	21,3	CDU	48,6	6,4
Kaiserslautern	CDU	49,6	7,2	CDU	46,1	3,7	SPD	48,0	4,9
Kusel	SPD	54,5	17,9	SPD	54,0	21,5	SPD	60,3	29,9
Landau-Bad Bergzabern	CDU	57,6	25,4	CDU	55,8	24,5	CDU	51,0	12,3
Ludwigshafen	CDU	53,0	12,2	CDU	49,2	5,7	SPD	48,5	4,4
Mainz-Bingen	CDU	51,0	11,2	CDU	45,4	2,8	SPD	45,1	2,0
Mayen-Koblenz	CDU	57,4	19,4	CDU	54,8	14,5	CDU	49,2	4,4
Neuwied	CDU	53,5	13,3	CDU	50,3	8,2	SPD	46,4	1,9
Pirmasens	CDU	61,4	29,7	CDU	58,9	27,8	CDU	54,3	16,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	54,9	20,6	CDU	52,7	19,0	CDU	49,1	11,8
Rhein-Lahn-Kreis	CDU	46,7	1,2	SPD	47,9	5,0	SPD	51,9	13,6
Trier-Saarburg	CDU	65,8	36,6	CDU	64,4	35,3	CDU	56,7	19,2
Westerwaldkreis	CDU	58,4	22,9	CDU	56,0	19,1	CDU	50,3	8,7
Große kreisangehörige Städte									
Andernach	CDU	52,2	8,5	CDU	50,2	5,1	SPD	49,0	4,7
Bad Kreuznach	CDU	47,7	6,3	SPD	47,2	5,9	SPD	48,2	8,8
Bingen	CDU	55,5	17,7	CDU	51,4	11,5	CDU	48,5	6,4
Idar-Oberstein	SPD	50,0	8,1	SPD	53,1	17,1	SPD	54,1	18,3
Ingelheim am Rhein	CDU	49,8	9,5	CDU	44,2	1,5	SPD	44,9	4,1
Lahnstein	CDU	51,6	10,2	CDU	50,1	7,0	SPD	49,2	6,0
Mayen	CDU	51,7	8,3	SPD	48,3	1,9	SPD	48,7	3,4
Neuwied	SPD	48,6	3,8	SPD	50,6	9,5	SPD	54,5	18,8

Tendenz Stimmengewinne der CDU und Stimmenverluste aller übrigen Parteien.

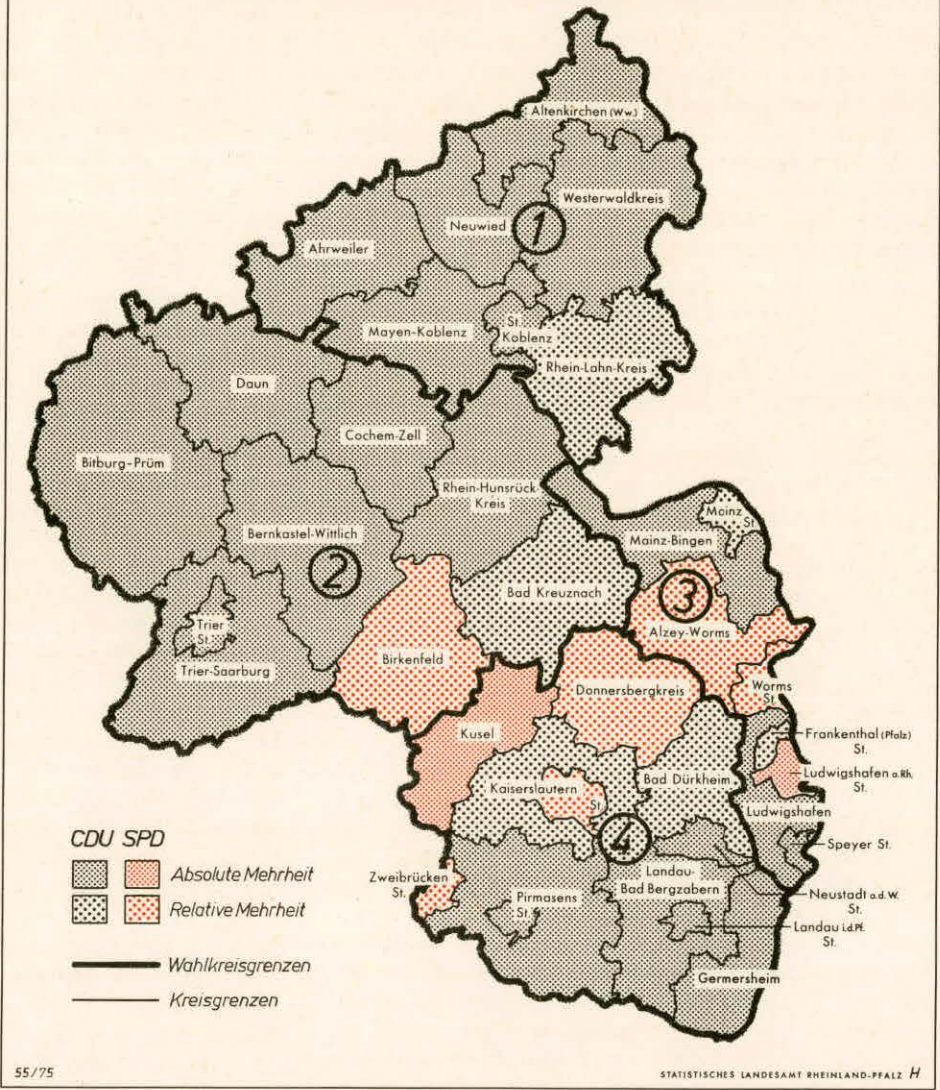
Die CDU konnte in den Wahlkreisen 1 (Koblenz) und 2 (Trier), wo sie von jeher eine dominierende Stellung einnahm und über die absolute Mehrheit der Wählerstimmen verfügte, ihre Anteile noch um 3 bzw. 3,7 Punkte vergrößern. Im Wahlkreis 4 (Westpfalz) gewann sie 3,6 Punkte hinzu und wandelte ihre bisherige relative Mehrheit in eine absolute um. Die Stimmenanteile in den drei genannten Wahlkreisen betragen nun 56,8%, 60,5% und 50,4%. Ihren relativ größten Stimmengewinn erreichte die CDU mit 5,2 Punkten allerdings im Wahlkreis 3 (Rheinhausen-Vorderpfalz), wo die bisherige relative Mehrheit der SPD gebrochen wurde und nunmehr die CDU mit 47,9% über eine Stimmenmehrheit verfügt. In diesem Wahlkreis verlor die SPD 3 Prozentpunkte und fiel auf 44,1% zurück. Unter einem Prozentpunkt und damit am geringsten lagen die Verluste der SPD im Wahlkreis 4, in dem sie 40,7% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Auch

in den Wahlkreisen 1 und 2 hielten sich die Verluste mit 2,2 und 1,9 Punkten in Grenzen; die SPD-Anteile liegen dort bei 37 bzw. 32,3%. Die F.D.P. konnte ihren Stimmenanteil von 6,1% im Wahlkreis 3 halten, verlor in den Wahlkreisen 2 und 4 jeweils einen halben Prozentpunkt und liegt mit jeweils 5,8% nur knapp über der 5%-Marke. Im Wahlkreis 1 dagegen, wo sie schon bisher am schlechtesten abgeschnitten hatte, ging ihr Anteil um 0,4 Prozentpunkte auf 4,8% und damit unter 5% zurück.

Deutliches CDU-Übergewicht auch in den Verwaltungskreisen

Die Betrachtung des Wahlergebnisses nach Verwaltungskreisen verdeutlicht noch die dominierende Stellung der CDU in Rheinland-Pfalz. Während die CDU in 22 der 36 kreisfreien Städte und Landkreise die absolute Mehrheit der Stimmen, in 6 weiteren die relative Mehrheit auf sich vereinigen konnte, erreichte die SPD nur in 2 Verwaltungskreisen die

Mehrheitsverhältnisse in den Verwaltungskreisen bei der Landtagswahl am 9. März 1975



absolute, in 6 die relative Mehrheit. Die SPD erzielte ihr bestes Ergebnis mit 54,5% im Landkreis Kusel. Bessere Ergebnisse, die zwischen 76,4 und 54,9% schwanken, erzielte die CDU in 15 Verwaltungskreisen; 11 von ihnen liegen im nördlichen bzw. nordwestlichen Teil des Landes, 4, nämlich die Landkreise Pirmasens, Landau-Bad Bergzabern, Germersheim und die Stadt Neustadt in der südlichen Pfalz. Die Verwaltungskreise, in denen die SPD die Stimmenmehrheiten erzielt hat, finden sich ausnahmslos im südlichen Landesteil.

Die getrennte Betrachtung der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt ein CDU-Übergewicht in 8 der 12 Städte und in 20 der 24 Landkreise. Zu absoluten CDU-Mehrheiten kam es in 6 Städten und 16 Landkreisen. Die SPD errang die absolute Mehrheit in der Stadt Ludwigshafen, die relative Mehrheit in den Städten Worms, Kaiserslautern und Zweibrücken; neben der absoluten Mehrheit im Landkreis Kusel die relative Mehrheit in den Landkreisen Birkenfeld, im Donnersbergkreis und im

Landkreis Alzey-Worms. Die F.D.P. errang mit 9,8% den höchsten Anteil im Rhein-Hunsrück-Kreis. Sie erreichte in 12 Verwaltungskreisen Ergebnisse, die über dem Landesdurchschnitt lagen, blieb aber in 14 Verwaltungskreisen unter 5%.

Insgesamt erzielte die CDU mit einem Stimmengewinn von 4,8 Prozentpunkten in den kreisfreien Städten einen größeren Zuwachs als in den Landkreisen (+ 3,5 Prozentpunkte). Erstmals bei Landtagswahlen konnte sie mit 49,4% in den kreisfreien Städten die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen; der Anteil liegt noch um 3,1 Punkte über dem der letzten Stadtratswahlen.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse der beiden letzten Landtagswahlen in den Verwaltungskreisen zeigt, daß die CDU 1975 ihren stärksten Stimmenzuwachs dort erringen konnte, wo sie 1971 unterdurchschnittlich stark vertreten war. Gleichzeitig aber gelang es ihr, den Stimmenanteil in ihren Hochburgen weiter auszubauen. Die SPD schnitt dort am besten ab, wo sie auch 1971 ihre besten Ergebnisse erzielt hatte; ihre schlechtesten Ergebnisse stammen aus den CDU-Hochburgen. Im Vergleich zu 1971 hat die SPD insgesamt gesehen dort überdurchschnittlich verloren, wo sie damals hohe Anteile hatte. In Gebieten, in denen sie 1971 niedrige Anteile hatte, büßte sie dagegen nur wenig ein oder konnte sich sogar geringfügig verbessern. Auch für die F.D.P. gilt, daß ihre Verluste dort höher sind, wo sie 1971 relativ stark vertreten war. Betrachtet man die Ergebnisse nach den soziostrukturellen Merkmalen der Verwaltungskreise¹⁾, so erhält die CDU ihre großen Anteile in den eher katholischen Gebieten; ihr Anteil ist hier in ländlichen Gebieten höher als in den Städten mit hohen Anteilen von Beamten und Angestellten. Der Stimmenzuwachs der CDU ist in katholisch-ländlichen Gebieten etwa 3 Prozentpunkte und somit deutlich geringer als in evangelisch-ländlichen. Ähnlich, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in ruralen ist die Entwicklung in den urbanen Gebieten; der CDU-Zuwachs ist in katholisch-städtischen knapp einen Punkt niedriger als in evangelisch-städtischen. SPD und F.D.P. erzielten größere Stimmenanteile in eher protestantischen Gebieten. Während die SPD-Anteile in den Städten mit hohen Anteilen von Beamten, Angestellten und Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe höher sind als auf dem Land, finden sich höhere F.D.P.-Anteile in durch Selbständige geprägten Sozialstrukturen. Die Restbestände der NPD finden sich vorwiegend in ländlichen Gebieten.

Fast 60% der Briefwahlstimmen für die CDU

Das Briefwahlergebnis weicht wie schon bei früheren Wahlen erheblich vom Landesergebnis ohne Briefwahl ab. So entfielen 59,9% der gültigen Briefwahlstimmen auf die CDU. Während die CDU damit um 6,4 Punkte über dem Landesergebnis ohne Briefwahl liegt, bleibt die SPD mit 33,1% um 5,4 Punkte dahinter zurück. Die F.D.P. ist bei Brief- und bei Urnenwählern nahezu gleichstark vertreten.

¹⁾ Vgl. Statistischer Bericht B VII 2-S. Die Landtagswahlkreise - Zusammensetzung und Struktur, Bad Ems, November 1974.

CDU für Wähler und Wählerinnen aller Altersgruppen attraktiver als 1971

Im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik wurde das Wahlverhalten der Männer und Frauen nach fünf Altersgruppen untersucht. In die Erhebung waren 99 600 der 2 141 000 Wähler einbezogen; das entspricht einem Auswahlsatz von 4,7%. Mit einer Gesamtstimmenverteilung von 53,6% für die CDU, 38,9% für die SPD, 5,5% für die F.D.P., 1,2% für die NPD, 0,5% für die DKP, 0,2% für die Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz und 0,1% für die Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD“ weicht das Repräsentativergebnis nur unwesentlich vom Landesergebnis ohne Briefwahl ab. Da NPD, DKP und die beiden Wählervereinigungen nur gering repräsentiert sind und der Stichprobenfehler bei tieferer Gliederung der Ergebnisse möglicherweise erheblich ist, beschränkt sich die folgende Kommentierung auf die drei im Landtag vertretenen Parteien.

Als wichtigstes Resultat der repräsentativen Untersuchung ist zunächst festzustellen, daß die CDU mit einer einzigen Ausnahme bei den Wählern und Wählerinnen aller Altersgruppen ihre Stimmenanteile erheblich vergrößern konnte. Ihre Stimmengewinne gegenüber 1971 hat die CDU vor allem den Männern zu verdanken; hier liegt der Stimmenzuwachs mit nahezu 6 Prozentpunkten erheblich über den Stimmengewinnen bei den Frauen (2,4 Punkte). Demgegenüber konnte die SPD in keiner Altersgruppe, weder bei den Wählern noch bei den Wählerinnen, ihre Stimmenanteile von 1971 erreichen; sie erlitt bei den Männern stärkere Einbußen als bei den Frauen.

Ihre Stellung als mit Abstand stärkste Partei verdankt die CDU vor allem den Frauen, die sich zu 56% für sie entschieden. Die Distanz zwischen dem CDU- und dem SPD-Anteil beträgt bei den Wählerinnen nahezu 19 Prozentpunkte. Aber auch bei den Männern konnte die CDU ihren Vorsprung gegenüber der SPD von 2 Prozentpunkten auf 10 Punkte ausbauen und verfügt mit einem Anteil von 51% nunmehr auch hier über die absolute Mehrheit. 1967 hatte sich mit 41,2% die Mehrheit der Männer für die SPD entschieden; der Abstand zur CDU betrug 2,2 Punkte. Die F.D.P. ist bei Männern und Frauen gleichstark vertreten.

Vergleicht man die Stimmenverteilung der Wähler und Wählerinnen nach fünf Altersgruppen, so fällt auf, daß die CDU bei der Landtagswahl 1975 in allen Altersgruppen höhere Stimmenanteile als die SPD erringen konnte. War die SPD 1967 noch von allen Altersgruppen der Männer unter 60 Jahren bevorzugt worden und hatte sie bei den über 60-jährigen nahezu den gleichen Anteil wie die CDU, so wurde bereits 1971 nur noch bei den 18- bis 25-jährigen ein knapper Vorsprung der SPD um einen Prozentpunkt registriert.

1975 ist bei den 18- bis 25-jährigen Männern der Stimmenvorsprung der CDU gegenüber der SPD mit 4,4 Punkten am geringsten, nur in dieser Altersgruppe wird von der CDU mit einem Anteil von 48,4% der Stimmen die 50%-Grenze unter-

Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1971 - 1975

Altersgruppe	Wahl	Wahl- betei- ligung	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf								Von 100 Stimmen waren ungültig
			CDU	SPD	F.D.P.	NPD	DKP	FW	Wvgg. "Kämpft mit der KPD"		
Insgesamt											
18 - 25 Jahre	L 1975	68,3	49,5	43,2	5,0	0,9	0,8	0,3	0,4	0,9	
	L 1971	68,9	47,2	44,2	4,9	2,4	1,2	-	-	0,9	
	B 1972	86,8	38,4	52,5	8,1	0,5	0,6	-	-	0,8	
25 - 35 Jahre	L 1975	76,5	53,6	39,8	5,2	0,8	0,5	0,2	0,1	0,8	
	L 1971	76,8	49,5	42,8	5,1	2,0	0,6	-	-	0,9	
	B 1972	91,2	42,9	47,7	8,6	0,6	0,3	-	-	0,7	
35 - 45 Jahre	L 1975	83,7	53,8	38,7	5,8	1,1	0,4	0,2	0,1	1,1	
	L 1971	83,3	48,1	42,1	5,9	3,0	0,9	-	-	1,3	
	B 1972	94,1	44,1	47,0	7,8	0,9	0,3	-	-	1,0	
45 - 60 Jahre	L 1975	85,8	53,2	38,5	5,8	1,5	0,6	0,3	0,0	1,1	
	L 1971	85,2	49,7	39,5	6,3	3,6	0,9	-	-	1,6	
	B 1972	95,3	47,0	43,3	8,2	1,1	0,3	-	-	1,0	
60 und mehr Jahre	L 1975	81,9	55,7	37,0	5,4	1,2	0,5	0,1	0,1	0,9	
	L 1971	80,5	52,0	38,4	6,1	2,6	0,9	-	-	1,4	
	B 1972	91,5	50,9	40,9	7,0	0,8	0,4	-	-	1,6	
Insgesamt	L 1975	80,3	53,6	38,9	5,5	1,2	0,5	0,2	0,1	1,0	
	L 1971	79,9	49,7	40,8	5,8	2,8	0,9	-	-	1,3	
	B 1972	92,2	45,7	45,3	7,8	0,8	0,4	-	-	1,1	
Männer											
18 - 25 Jahre	L 1975	68,4	48,4	44,0	4,7	1,1	1,0	0,3	0,5	0,8	
	L 1971	70,8	44,7	45,7	4,8	3,1	1,7	-	-	0,9	
	B 1972	87,0	38,1	52,3	8,1	0,6	0,9	-	-	0,7	
25 - 35 Jahre	L 1975	76,0	51,3	41,6	5,2	1,1	0,6	0,2	0,1	0,7	
	L 1971	76,4	46,0	45,1	5,3	2,7	0,8	-	-	1,0	
	B 1972	90,7	41,4	48,7	8,8	0,8	0,3	-	-	0,6	
35 - 45 Jahre	L 1975	83,9	51,6	40,4	5,7	1,5	0,5	0,2	0,1	1,1	
	L 1971	84,4	44,6	44,1	6,3	3,8	1,3	-	-	1,4	
	B 1972	94,2	42,6	47,6	8,3	1,1	0,4	-	-	0,9	
45 - 60 Jahre	L 1975	87,1	50,5	40,2	5,6	2,4	1,0	0,3	0,1	1,1	
	L 1971	88,2	44,7	42,1	6,6	5,3	1,3	-	-	1,7	
	B 1972	95,8	44,9	44,0	9,0	1,6	0,5	-	-	0,9	
60 und mehr Jahre	L 1975	84,9	52,0	39,1	5,9	1,9	0,8	0,2	0,1	1,1	
	L 1971	85,5	46,4	41,1	7,1	3,9	1,5	-	-	1,6	
	B 1972	93,9	47,8	42,3	7,9	1,3	0,7	-	-	1,4	
Zusammen	L 1975	80,9	51,0	40,7	5,5	1,7	0,8	0,2	0,1	1,0	
	L 1971	81,8	45,3	43,3	6,2	3,9	1,3	-	-	1,4	
	B 1972	92,7	43,5	46,4	8,4	1,1	0,5	-	-	0,9	
Frauen											
18 - 25 Jahre	L 1975	68,3	50,7	42,3	5,4	0,7	0,6	0,2	0,2	1,0	
	L 1971	66,7	50,0	42,6	5,1	1,7	0,7	-	-	0,9	
	B 1972	86,6	38,6	52,8	8,0	0,3	0,3	-	-	0,9	
25 - 35 Jahre	L 1975	77,0	56,0	37,9	5,2	0,4	0,3	0,1	-	1,0	
	L 1971	77,3	53,1	40,3	4,9	1,3	0,4	-	-	0,9	
	B 1972	91,7	44,3	46,7	8,4	0,4	0,2	-	-	0,8	
35 - 45 Jahre	L 1975	83,5	56,1	36,8	5,9	0,7	0,2	0,2	0,0	1,2	
	L 1971	82,2	51,8	40,0	5,4	2,3	0,6	-	-	1,2	
	B 1972	93,9	45,7	46,3	7,3	0,6	0,1	-	-	1,0	
45 - 60 Jahre	L 1975	84,9	55,5	37,1	5,9	0,9	0,4	0,2	0,0	1,1	
	L 1971	82,9	53,5	37,5	6,1	2,3	0,6	-	-	1,5	
	B 1972	94,9	48,7	42,8	7,6	0,7	0,2	-	-	1,0	
60 und mehr Jahre	L 1975	79,7	58,4	35,5	5,1	0,6	0,3	0,1	0,0	0,9	
	L 1971	76,7	56,4	36,3	5,3	1,5	0,5	-	-	1,3	
	B 1972	89,9	53,1	39,9	6,3	0,5	0,2	-	-	1,9	
Zusammen	L 1975	79,7	56,0	37,2	5,5	0,7	0,3	0,2	0,0	1,0	
	L 1971	78,1	53,6	38,6	5,4	1,8	0,5	-	-	1,2	
	B 1972	91,7	47,6	44,3	7,3	0,5	0,2	-	-	1,2	

schritten. In dieser Gruppe erzielte die SPD mit 44% auch ihren größten Stimmenanteil. Bei den 25- bis 35jährigen Männern beträgt der CDU-Vorsprung 9,7, bei den 35- bis 45jährigen 11,2 und bei den 45- bis 60jährigen 10,3 Prozentpunkte, um schließlich bei den über 60jährigen auf rund 13 Punkte anzuwachsen. In der zuletzt genannten Altersgruppe erreichte die CDU mit 52% auch ihren höchsten Stimmenanteil bei den Männern.

Auch bei den Frauen errang die CDU mit 58,4% ihren größten Stimmenanteil bei den 60- und mehrjährigen; die Distanz zur SPD beträgt hier fast 23 Punkte. Am geringsten ist hier der Abstand zwischen den beiden großen Parteien mit 8,4 Prozentpunkten bei den 18- bis 25jährigen. In dieser Altersgruppe erhielt die SPD mit 42,3% ihren größten Stimmenanteil bei den Wählerinnen. In den dazwischenliegenden Altersgruppen bewegen sich die Distanzen zwischen 18 und 19 Punkten.

Die bei Männern und Frauen insgesamt erreichten Anteile überschritt die CDU bei den Wählern und Wählerinnen der Altersgruppen von 25 bis 35, von 35 bis 45 und von 60 und mehr Jahren, während die SPD bei Männern und Frauen im Alter von 18 bis 25 und bei den 25- bis 35jährigen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte.

Die F.D.P. erreichte ihre geringsten Stimmenanteile bei den Wählern und Wählerinnen zwischen 18 und 35 Jahren, ihre höchsten Anteile (5,9%) bei den über 60jährigen Männern und bei den 35- bis 60jährigen Frauen.

Aus den unterschiedlichen Stimmenanteilen, welche die Parteien bei den Wählern und bei den Wählerinnen erhalten haben, läßt sich nicht ohne weiteres schließen, mit welchem Prozentsatz die Männer bzw. die Frauen am jeweiligen Stimmenergebnis be-

teiligt sind. Die Wähler setzen sich nämlich zu 52,8% aus Frauen und nur zu 47,2% aus Männern zusammen; das heißt auf 100 männliche Wähler treffen 112 Wählerinnen. Nach den absoluten Stimmzahlen haben daher alle drei im Landtag vertretenen Parteien von den Frauen mehr Stimmen erhalten als von den Männern. Unter den CDU-Wählern sind die Frauen besonders stark vertreten; auf 100 Wähler treffen hier 123 Wählerinnen. Bei der SPD-Wählerschaft lautet die Geschlechterrelation 100 zu 103, was eine unterdurchschnittliche Repräsentation der Frauen bedeutet. Bei der F.D.P. kamen auf 100 Wähler knapp 112 Wählerinnen. Die übrigen Parteien und Wählergruppen wurden überwiegend von Männern gewählt.

CDU nunmehr 55 von 100 Sitzen

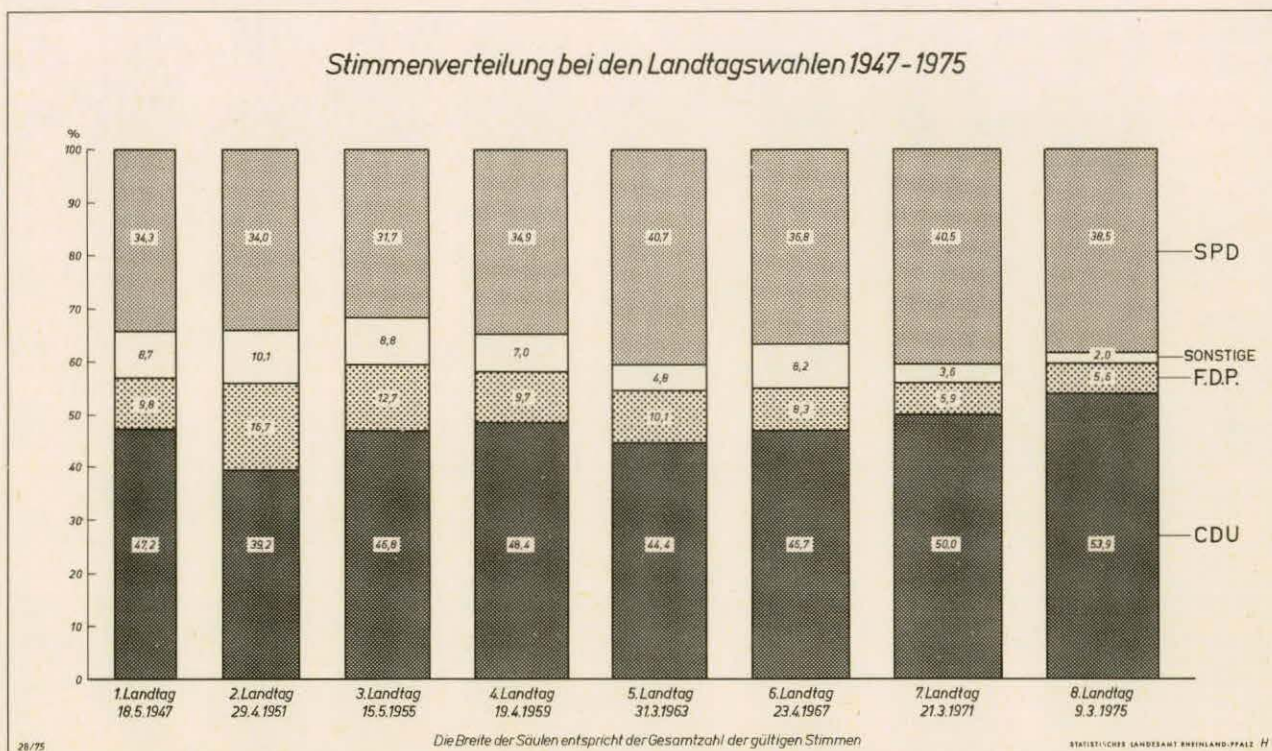
Im 8. Landtag von Rheinland-Pfalz verfügt die CDU über 55, die SPD über 40 und die F.D.P. über 5 Sitze. Gegenüber der Zusammensetzung des letzten Landtags konnte sich die CDU um 3 Sitze verbessern und damit ihre absolute Mehrheit ausbauen. Demgegenüber verlor die SPD 2 Sitze und die F.D.P. 1 Sitz. Die übrigen Parteien und Wählervereinigungen scheiterten an der 5%-Klausel und wurden bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt.

27 neue Abgeordnete

Von den 100 Abgeordneten ziehen 27 zum erstenmal in den Landtag ein. 14 von ihnen gehören der CDU, 12 der SPD und 1 der F.D.P. an. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten erhöht sich von 7 auf 8. 6 Frauen gehören der CDU, 2 der SPD an.

Durchschnittsalter der Abgeordneten 46 Jahre

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten des 8. rheinland-pfälzischen Landtags liegt bei 46 Jahren



und blieb damit gegenüber dem 7. Landtag unverändert. Mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren sind die Abgeordneten der CDU die jüngsten. Es folgen die Abgeordneten der SPD mit einem Altersdurchschnitt von 46 Jahren; die F.D.P.-Abgeordneten sind im Durchschnitt 54 Jahre alt. Den jüngsten Abgeordneten entsendet mit 26 Jahren die CDU. Der Alterspräsident ist 64 Jahre und gehört der F.D.P. an. Die 100 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Altersgruppen: jünger als 30 Jahre sind 2 Abgeordnete, 19 Abgeordnete befinden sich im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, 48 Abgeordnete zwischen 40 und 50 Jahren, 24 Abgeordnete zwischen 50 und 60, über 60 Jahre sind 7 Abgeordnete alt.

Stärkste Gruppe aus dem öffentlichen Dienst

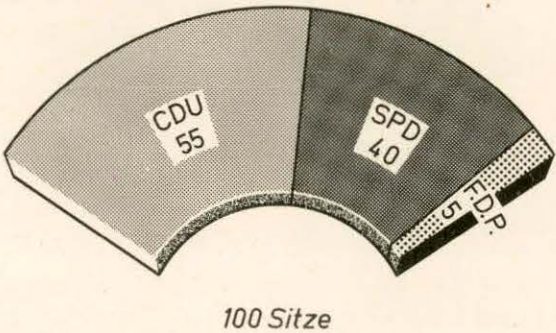
In der beruflichen Zusammensetzung des Landtags dominieren die Abgeordneten aus dem öffent-

Mandatsverteilung nach Wahlkreisen 1971 und 1975

Wahlkreis	Sitze insgesamt	1975			1971 ¹⁾		
		CDU	SPD	F.D.P.	CDU	SPD	F.D.P.
1	26	15	10	1	15	11	1
2	24	15	8	1	14	8	1
3	24	12	11	1	11	12	1
4	26	13	11	2	13	11	2
Zusammen	100	55	40	5	53	42	5
Tatsächliche Sitzverteilung im 7. Landtag					52	42	6

1) Umgerechnete Ergebnisse unter Zugrundelegung von Listenverbindungen aller Parteien in den Wahlkreisen 1 und 2, 3 und 4.

Sitzverteilung im 8. Landtag



56/75

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ L

lichen Dienst. Ihre Zahl hat sich von 56 auf 57 erhöht; 34 von ihnen gehören der CDU, 20 der SPD und 3 der F.D.P. an. Von ihnen sind 41 Staatsbeamte, 12 Kommunalbeamte und 4 sonstige Bedienstete des öffentlichen Dienstes. Die Zahl der aus den freien Berufen kommenden Abgeordneten hat sich von 19 auf 20 erhöht; unter ihnen befinden sich 4 landwirtschaftliche Betriebsinhaber, 5 selbständige Kaufleute, 1 Handwerker und 10 freiberuflich Tätige. Nicht aus dem öffentlichen Dienst kommen 12 Arbeitnehmer; 8 Abgeordnete sind hauptamtliche Geschäftsführer bzw. Beschäftigte von Parteien oder Gewerkschaften. Von den weiblichen Abgeordneten sind 3 Hausfrauen, 3 freiberuflich tätig und 2 kommen aus dem öffentlichen Dienst.

Dr. M. Unglaub

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 1974/75

Die Diskussion über das deutsche Bildungswesen, die sich in den vergangenen Jahren auf allgemeinbildende Schulen und Hochschulen konzentrierte, hat sich in der letzten Zeit stärker auf den Bereich der berufsbildenden Schulen verlagert. Fehlende Ausbildungsplätze und die dadurch bedingte zunehmende Arbeitslosigkeit der Jugendlichen hat die Ausbildung im beruflichen Sektor in den Vordergrund gedrängt. Gesucht werden nunmehr Ausbildungsformen, in denen die berufsbildende gleichrangig neben der allgemeinbildenden Ausbildung der Jugendlichen steht.

In Rheinland-Pfalz ist hierzu mit dem „Aktionsprogramm für eine bessere berufliche Bildung“ vom Juli 1973 ein erster Schritt getan. Darin angestrebte Maßnahmen, wie etwa die Einführung des Berufsgrundschuljahres und des Berufsgrundbildungsjahres, sind im Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz), das am 1. Januar 1975 in Kraft trat, bereits verankert worden.

Entsprechend diesem neuen Schulgesetz sollen die berufsbildenden Schulen durch ein differenziertes An-

gebot von Lernschwerpunkten den Eintritt in eine qualifizierte Berufstätigkeit oder in weiterführende Bildungsgänge ermöglichen. Die berufsbildenden Schulen sind in Schulformen gegliedert; in Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und Fachschulen werden unterschiedliche Bildungsziele verfolgt. Zu einer berufsbildenden Schule als Verwaltungseinheit sind meist mehrere dieser Schulformen zusammengeschlossen. Es handelt sich dabei um Verbundschulen.

Die berufsbildenden Schulen werden jährlich zum 20. September statistisch erfaßt. Eine Sonderstellung nehmen hier allerdings die Fachschulen für Landwirtschaft ein, die dem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz unterstehen, und die Schulen des Gesundheitswesens, die dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport zugeordnet sind. Diese Schulen werden mit dem Stichtag 15. November erfaßt, da hier der Schulbetrieb vielfach erst zu einem späteren Termin aufgenommen wird. Die Daten über diese Schulen werden daher auch getrennt von den Zahlen über die dem Kultusministerium unterstehenden berufsbildenden Schulen ausgewiesen.

Schuljahr	Berufsschulen und Sonderberufsschulen		Berufsfachschulen		Berufsaufbauschulen		Fachoberschulen		Berufliche Gymnasien		Fachschulen ¹⁾	
	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler
1970/71	78	116 921	179	12 764	52	3 521	33	1 856	8	776	189	9 617
1971/72	78	115 757	162	13 114	56	3 514	47	3 118	9	993	186	9 310
1972/73	77	114 705	166	14 320	58	3 635	60	4 223	11	1 196	187	9 343
1973/74	88	113 912	169	15 380	60	3 863	65	5 098	12	1 419	203	10 517
1974/75	88	110 035	181	16 706	66	4 069	69	5 325	14	1 659	209	10 987

1) Einschl. Fachschulen für Landwirtschaft und Schulen des Gesundheitswesens.

Fast 3 000 hauptamtliche Lehrer an berufsbildenden Schulen

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen aus der Erhebung im Herbst 1974 über das Schuljahr 1974/75 gibt es in Rheinland-Pfalz in diesem Schuljahr 146 berufsbildende Schulen (Verwaltungseinheiten), die dem Kultusministerium unterstehen, an denen 142 210 Schüler unterrichtet werden. Die Schülerzahl sank damit geringfügig um rund 1%. Von den Schülern sind nahezu zwei Drittel männlichen Geschlechts. Die Auszubildenden sind in 6 101 Klassen untergebracht, durchschnittlich 23,3 Schüler in einer Klasse.

Lehrer, die an einer berufsbildenden Schule unterrichten, werden meist in allen an dieser Schule vorhandenen Schulformen eingesetzt, so daß sie den einzelnen Schulformen nicht zurechenbar sind. Allerdings lassen sich die von ihnen erteilten Unterrichtsstunden wieder den Schulformen zuordnen. An den berufsbildenden Schulen des Landes unterrichten im laufenden Schuljahr 2 961 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer, wobei die Lehrerinnen weniger als ein Drittel ausmachen. Von den Lehrern sind 2 741 Vollzeitlehrer, 220 sind teilzeitbe-

Die Schüler an den berufsbildenden Schulen werden darüber hinaus noch von 2 672 nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrern unterwiesen. Hierzu zählen die Lehrkräfte, die an einer anderen Schule planmäßig eingesetzt sind, pensionierte Lehrer, die nur einige Stunden unterrichten, sowie Personen, die zwar keine Lehramtsprüfung ablegten, aber einen Lehrauftrag erhielten, beispielsweise Geistliche, Ingenieure oder Handwerksmeister. Zur Unterrichtung eingesetzt sind außerdem 290 männliche sowie 75 weibliche Studienreferendare, die im Rahmen ihrer Ausbildung durchschnittlich 8,5 Stunden unterrichten.

22,7 Schüler in einer Berufsschulklasse

Den größten Komplex innerhalb des Bereichs der berufsbildenden Schulen stellen die Berufsschulen dar. Die Berufsschule schließt sich als Pflichtschule an die neunjährige Vollzeitschulpflicht der allgemeinbildenden Schulen an und dauert normalerweise drei Jahre. Sie führt die Schüler zusammen mit der betrieblichen Ausbildung zu berufsqualifizierenden Abschlüssen. Die Grundbildung im ersten Schuljahr soll dabei entweder in Vollzeitunterricht im Berufsgrundschuljahr oder in Teilzeitunterricht im Berufsgrundbildungsjahr erfolgen.

In den 88 Berufsschulen des Landes werden im Schuljahr 1974/75 in 4 858 Klassen mehr als 110 000 Schüler unterrichtet. 9 dieser Schulen sind Sonderberufsschulen, die 667 Schüler unterweisen. Die Berufsschulen besuchen etwa eineinhalbmals so viele Jungen wie Mädchen. Die Schülerzahlen an diesen Schulen sind rückläufig. Bis 1966 war die Zahl der Schüler auf 129 000 angestiegen, sie nimmt seither aber kontinuierlich ab, während in allen anderen Schulformen des berufsbildenden Bereichs weiterhin steigende Tendenzen bei den Schülerzahlen festzustellen sind.

Die Klassen der Berufsschulen sind durchschnittlich mit 22,7 Schülern besetzt. Vor zehn Jahren saßen noch 24,5 Schüler in einer Klasse. Außer den Klassen des Berufsgrundschuljahres werden alle Klassen an Berufsschulen in Teilzeit unterrichtet. Daraus ergibt sich ein relativ niedriger Satz von durchschnittlich 8 Wochenstunden je Klasse.

Aus Berufsschulen entlassen wurden am Ende des vergangenen Schuljahres 1973/74 mit einem Abschlußzeugnis 29 182 Schüler. Daneben verließen weitere 4 945 Schüler mit einem Abgangszeugnis,

Klassen-Schüler-Relation an berufsbildenden Schulen nach Schulformen 1970 - 1974

Jahr	Berufs- und Sonderberufsschulen	Berufsfachschulen	Berufsaufbauschulen	Fachoberschulen	Berufliche Gymnasien	Fachschulen ¹⁾
1970	22,9	27,7	22,3	22,6	25,0	17,2
1971	22,6	27,5	22,2	23,8	24,8	18,2
1972	22,8	28,1	23,2	25,0	24,9	17,9
1973	22,9	27,6	23,6	25,0	24,9	19,9
1974	22,7	27,7	23,9	24,3	24,4	20,4

1) Einschl. Fachschulen für Landwirtschaft und Schulen des Gesundheitswesens.

schäftigt. Die vollzeitbeschäftigten Lehrer unterrichten durchschnittlich 21,9 Stunden, von einem Teilzeitlehrer werden wöchentlich im Schnitt 12,3 Stunden Unterricht erteilt. Daneben leisten die hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer wöchentlich noch 3 188 Mehrarbeitsstunden.

also ohne das Ausbildungsziel erreicht zu haben, die Berufsschulen des Landes. Aus dem Berufsgrundschuljahr gingen 1 826 Schüler ab.

Mehr Mädchen als Jungen an Berufsfachschulen

Die Berufsfachschulen sind Wahlschulen, die als berufsvorbereitende Schulen in Vollzeitunterricht zu beruflichen Qualifikationen oder Teilqualifikationen führen. Berufsfachschulen gibt es für den gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen und landwirtschaftlichen Bereich. Bis zu Beginn des Schuljahres 1974/75 fielen auch die beruflichen Gymnasien unter diese Schulform. Nach dem neuen Schulgesetz werden sie jedoch getrennt ausgewiesen.

Im Schuljahr 1974/75 gibt es in Rheinland-Pfalz 181 Berufsfachschulen. Den größten Teil dieser Schulen bilden die zweijährigen kaufmännischen mit 64 und die zweijährigen hauswirtschaftlich-sozialpflegerischen Berufsfachschulen mit 45 Schulen. An den Berufsfachschulen werden 16 706 Schüler unterrichtet, wobei die Schülerinnen überwiegen. In den 604 Klassen sitzen durchschnittlich 27,7 Schüler. Eine Klasse erhält pro Woche im Schnitt 34,2 Stunden Unterricht.

Mit einem Abschlußzeugnis wurden im vorangegangenen Schuljahr aus Berufsfachschulen 6 408 Schüler entlassen. Ohne Erreichung des Ausbildungszieles verließen 626 Schüler mit einem Abgangszeugnis die Berufsfachschulen des Landes.

1 610 Schüler bestanden Fachschulreifeprüfung

Neben oder nach der Berufsschule kann die Berufsaufbauschule als Wahlschule besucht werden. Sie vermittelt in Teilzeitunterricht in drei Jahren, in Vollzeitunterricht in einem Jahr einen qualifizierten Sekundarabschluß I, welcher der früheren Mittleren Reife gleichzusetzen ist. Diese Fachschulreife verlangt jedoch, anders als bei Realschulabgängen, den Nachweis einer praktischen Ausbildung. Bei den Berufsaufbauschulen gibt es gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftlich-sozialpflegerische und landwirtschaftliche Schulen sowie eine Polizeischule.

Zum 20. September 1974 wurden in Rheinland-Pfalz 66 Berufsaufbauschulen gezählt, ihre Zahl nahm damit um 6 Schulen zu. Die Schülerzahl stieg um 5,3% auf 4 069 an, wobei der Anteil der Mädchen niedriger als ein Fünftel ist. Die Schüler sind in 170 Klassen untergebracht, so daß durchschnittlich 23,9 Schüler in einer Klasse sitzen. 1964 lag diese Relation noch bei 25,3, vor vier Jahren allerdings

Berufsfachschulen im Schuljahr 1974/75

Schulgliederung	Schulen	Klassen	Schüler	
			insgesamt	weiblich
Berufsfachschulen				
Gewerbliche dreijährig	1	10	160	7
Höhere gewerblich, zweijährig	2	8	119	99
Gewerbliche zweijährig und geringer	41	76	1 799	20
Höhere kaufmännische	5	17	457	233
Kaufmännische	67	321	9 808	5 545
Fremdsprachenschulen	7	34	393	348
Höhere hausw. -sozialpfleg.	2	2	24	24
Hauswirtschaftl. -sozialpfleg.	45	121	3 516	3 456
Kinderpflegeschulen	10	13	374	374
Landwirtschaftliche	1	2	56	4
Insgesamt	181	604	16 706	10 110

nur bei 22,2. Da ein Drittel der Klassen an Berufsaufbauschulen in Teilzeit unterrichtet wird, liegt die Zahl der durchschnittlichen Wochenstunden pro Klasse mit 18,8 sehr niedrig.

Die Fachschulreifeprüfung bestanden im Winterhalbjahr 1973/74 insgesamt 369 Schüler, im darauffolgenden Sommerhalbjahr 1 241 Schüler. Nicht bestanden haben im gesamten Jahr 1973/74 rund 8% der Schüler, die die Prüfung ablegten. 3,4% der Mädchen und 9,6% der Jungen, die sich für dieses Examen meldeten, bestanden es nicht.

Rapide Entwicklung bei Fachoberschulen

Mit dem qualifizierten Sekundarabschluß I der Berufsaufbauschule oder der Realschulen können Schüler an einer Fachoberchule die Fachhochschulreife erlangen. Dabei kann die Ausbildung entweder neben oder nach einem berufsqualifizierenden Bildungsgang erfolgen. Fachoberschulen gibt es in Rheinland-Pfalz für die Fachgebiete Ingenieurwesen, Wirtschaft, Sozialwesen und Sozialpädagogik sowie Landwirtschaft.

Die Zahl der Fachoberschulen hat sich seit der Einrichtung dieser Schulen 1969 rapide entwickelt. Im Schuljahr 1974/75 gibt es bereits 69 solche Schulen, 1970 waren es erst halb so viel. Die Schülerzahl stieg seither um fast das Dreifache; sie beträgt jetzt 5 325 Schüler, die in 219 Klassen unterrichtet werden. Auch in dieser Schulform dominiert das männliche Geschlecht, die Schülerinnen machen nur etwas mehr als ein Viertel der Schülerzahl aus. Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse liegt bei 24,3 und ist damit wieder im Sinken begriffen. Nach Einrichtung dieser Schulform 1969 hatte sie bei 19,8 gelegen und war bis 1973 auf 25,0 angestiegen.

Mit bestandener Abschlußprüfung verließen im Schuljahr 1973/74 über 2 700 Schüler die Fachoberschulen, mehr als die Hälfte davon kam aus dem Fachgebiet Ingenieurwesen. Nach nicht bestandener Abschlußprüfung bzw. vor Erreichen des Examens verließen 347 (12,7%) Schüler die Fachoberschulen des Landes.

14 berufliche Gymnasien in Rheinland-Pfalz

An den beruflichen Gymnasien - Wirtschaftsgymnasien und technischen Gymnasien - können die Schüler die allgemeine Hochschulreife in Rheinland-Pfalz erlangen und damit an allen Hochschulen des Landes, aber nicht an allen Hochschulen der Bundesrepublik

Sonderberufsschulen im Schuljahr 1974/75

Schulform	Schulen	Klassen	Schüler		
			insgesamt	männlich	weiblich
Sonderberufsschulen für					
Lernbehinderte	2	17	220	30	190
Geistigbehinderte	1	1	32	-	32
Körperbehinderte	1	4	52	48	4
Verhaltensbehinderte	2	25	277	245	32
Hörgeschädigte	2	14	62	36	26
Blinde u. Sehbehinderte	1	3	24	8	16
Insgesamt	9	64	667	367	300

Schulgliederung	Schulen	Klassen	Schüler	
			ins- gesamt	weib- lich
Berufsaufbauschulen	66	170	4 069	746
Gewerblich	39	94	2 205	104
Kaufmännisch	15	37	761	292
Hauswirtschaftl. -sozialpfl.	10	14	377	347
Landwirtschaftlich	1	1	36	3
Polizeischule	1	24	690	-
Fachoberschulen für	69	219	5 325	1 399
Ingenieurwesen	33	116	2 842	147
Wirtschaft	19	49	1 122	288
Sozialwesen, Sozialpädagogik	16	48	1 206	941
Landwirtschaft	1	6	155	23
Berufliche Gymnasien	14	68	1 659	589
Wirtschaftsgymnasien	11	59	1 445	570
Technische Gymnasien	3	9	214	19

studieren. Die beruflichen Gymnasien setzen als gymnasiale Oberstufe neben der Allgemeinbildung auch berufsbezogene Lernschwerpunkte.

In diesem Schuljahr hat Rheinland-Pfalz 11 Wirtschaftsgymnasien und 3 technische Gymnasien. An ihnen werden 1 659 Schüler in 68 Klassen unterrichtet. In einer Klasse sitzen 24,4 Schüler. Pro Klasse werden 33,6 Wochenstunden Unterricht erteilt. Aus beruflichen Gymnasien wurden im vorangegangenen Schuljahr 443 Schüler entlassen, etwa vier Fünftel davon mit bestandener Abschlußprüfung.

Zwei Drittel der Fachschulen private Ausbildungsstätten

Zur beruflichen Weiterbildung können nach einer beruflichen Erstqualifikation an den Fachschulen des Landes berufliche Spezialisierung und theoretische Untermauerung des Fachwissens erlangt werden. Der in Vollzeitunterricht durchgeführte Bildungsgang dauert in der Regel ein bis zwei Jahre, bei Teilzeitunterricht zwei bis drei Jahre. Die Fachschulen sind entsprechend den differenzierten Anforderungen in den einzelnen Berufen in ihrer Form sehr unterschiedlich.

Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz 61 Fachschulen, wobei die Fachschulen für Landwirtschaft und Gesundheitswesen unberücksichtigt sind. Zwei Drittel der Schulen sind Privatschulen, während in den anderen Schulformen des berufsbildenden Bereichs immer die öffentlichen Schulen überwiegen. In 182 Fachschulklassen werden 4 416 Schüler unterrichtet. Dabei sind die Schülerinnen etwas in der Überzahl, was vor allem aus ihrer starken Präferenz für die Fachschulen für Sozialpädagogik resultiert. Die Fachschulklassen sind mit durchschnittlich 24,3 Schülern besetzt, eine Klasse wird im Schnitt 34,3 Stunden je Woche unterrichtet.

23 Fachschulen für Landwirtschaft

Neben den Fachschulen, die dem Kultusministerium unterstehen, bestehen in Rheinland-Pfalz noch 23 Fachschulen für Landwirtschaft, Weinbau, Gartenbau und ländliche Hauswirtschaft sowie eine Landesforstschule. An diesen Schulen werden 1 104 Schüler - etwa ein Viertel davon weiblichen Geschlechts - unterrichtet. In den 55 Klassen dieser Schulen sitzen durchschnittlich 20,1 Schüler.

Unterrichtet werden die Schüler der Fachschulen für Landwirtschaft von 141 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrern, gut ein Viertel davon sind teilzeitbeschäftigte Lehrer. Daneben unterrichten noch 65 nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte sowie 3 Studienreferendare. Durchschnittlich werden einer Klasse pro Woche 36,5 Unterrichtsstunden erteilt.

Zahl der Bewerbungen für Schulen des Gesundheitswesens größer als Aufnahmekapazität

In Rheinland-Pfalz gibt es 125 Schulen des Gesundheitswesens, die unter Aufsicht des Kultusministeriums stehen. Etwa die Hälfte davon sind Krankenpflegeschulen, fast ein Viertel Krankenpflegehelferinnenschulen. An den überwiegend privat geführten Schulen des Gesundheitswesens werden in 301 Klassen 5 467 Schüler unterrichtet, weniger als ein Fünftel davon sind männlichen Geschlechts. Die Zahl der Schüler hat gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen, rund 11% mehr Schüler werden ausgebildet. Pro Jahr können nur etwa 3 300 Schüler aufgenommen werden, während die Zahl der Bewerbungen zweieinhalb mal höher war als die Aufnahmekapazität.

Die Abschlußprüfung hatten mit Erfolg 2 096 Schüler im vorangegangenen Schuljahr bestanden. An den Schulen des Gesundheitswesens werden die Schüler überwiegend von nebenberuflichen Lehrkräften unterwiesen, von Ärzten, Unterrichtsschwestern und Gymnastikern. Mit 1 421 ist ihre Zahl sechsmal größer als die der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer. Außerdem unterrichten noch 154 nebenamtliche Lehrer von berufs- oder allgemeinbildenden Schulen.

Fachschulen im Schuljahr 1974/75

Schulgliederung	Schulen	Klassen	Schüler	
			ins- gesamt	weib- lich
Fachschulen für				
Maschinentechnik	13	34	807	8
Elektrotechnik	6	13	279	-
Bautechnik	3	12	323	7
Keramotechnik	1	1	22	-
Keramikgestaltung	1	3	37	27
Karosserie- u. Fahrzeugtechnik	1	4	91	-
Chemie	2	7	143	19
Physik	1	4	39	6
Schuhtechnik	1	2	69	5
Dachdeckerhandwerk	1	3	91	1
Wirtschaft	2	4	128	37
Lebensmitteleinzelhandel	1	2	55	11
Schuhhandel	1	2	39	10
Sozialpädagogik	18	72	1 929	1 846
Erziehungshelfer	3	12	236	190
Altenpflege/Familienpflege	4	4	72	58
Sonst. hauswirtschaftl. /sozial- pfl. /sozialpädagog.	2	3	56	48
Zusammen	61	182	4 416	2 273
Fachschule für				
Landwirtschaft, Weinbau, Gartenbau und ländliche Hauswirtschaft	22	53	1 051	266
Landesforstschule	1	2	53	-
Zusammen	23	55	1 104	266
Schulen des Gesundheitswesens	125	301	5 467	4 476
Fachschulen insgesamt	209	538	10 987	7 015

Neben diesen den Fachschulen zurechenbaren Gesundheitsschulen wurden im Schuljahr 1974/75 erstmals die meist einer Krankenanstalt angeschlossenen Pflegevorschulen statistisch erfaßt. In Rheinland-Pfalz gibt es 20 dieser vorwiegend privaten Schulen. Diese Ausbildungsstätten werden nach dem Abschluß der Hauptschule besucht. Sie bereiten auf Berufe des Gesundheitswesens vor. In zweijährigem Vollzeitunterricht werden in 40 Klassen 700 Schülerinnen und 7 Schüler unterrichtet.

Pro Ausbildungsjahr können nur 350 Schüler aufgenommen werden, es gehen jedoch jedes Jahr rund viermal soviel Bewerbungen für diese Schulen ein.

Für den Unterricht eingesetzt sind an diesen Schulen mehr nebenamtliche Lehrpersonen von allgemein- und berufsbildenden Schulen (96) als nebenberufliche Lehrkräfte (70). Außerdem unterrichten noch 22 hauptberufliche Lehrer.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Bevölkerung mit abgeschlossener Ausbildung an Berufsfach- oder Fachschulen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Höherer Anteil der jüngeren Generation

Von der Bevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz, die am Erhebungstichtag die schulische Ausbildung abgeschlossen hatte, gaben 159 600 Personen den Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule an. Das entspricht einem Anteil von 6%. Jeder 17. Bürger mit abgeschlossener Ausbildung hatte sich somit dieser berufsbezogenen Form schulischer Ausbildung unterzogen. Der Kreis der Absolventen von Berufsfach- und Fachschulen ist wesentlich heterogener als der Kreis der Personen mit abgeschlossener Hochschulausbildung. So zählt das junge Mädchen, das nach der Hauptschule eine Handels- oder Haushaltungsschule durchlaufen hat, ebenso dazu wie die Absolventen einer höheren Fachschule, eines Schultyps also, der seit 1971 zum Hochschulbereich gehört.

Unter den Berufsfach-/Fachschulabsolventen sind 64 000 Frauen und 96 000 Männer. Zwar dominieren die Männer erheblich, aber die Geschlechterrelation ist mit 60 zu 40 doch etwas ausgeglichener als mit 66 zu 34 bei den Hochschulabsolventen.

Diese summarische Aussage gilt jedoch nicht für alle Altersgruppen gleichermaßen. In den Altersgruppen der unter 20 und der 20 bis 25 Jahre alten Absolventen überwiegen mit Anteilen von 63 bzw. 55% die Frauen. Das ist ebenso eine Folge der in der Regel kürzeren Ausbildungszeiten der Frauen an den allgemeinbildenden Schulen wie des Wehrdienstes der Männer. Auch unter den 25- bis 30-jährigen liegt mit 41% der Frauenanteil noch überdurchschnittlich hoch; in den älteren Jahrgängen sinkt der Frauenanteil sukzessive ab. Unter der 40- bis 45jährigen Bevölkerung mit Berufsfach- und Fachschulabschluß ist nur noch ein Drittel weiblichen Geschlechts. Wenn von der Altersgruppe der 45jährigen ab der Trend unterbrochen wird und die Anteilsquoten der Frauen wieder ansteigen, so ist das eine Auswirkung des Frauenüberschusses infolge der Kriegsverluste und der längeren Lebenserwartung der Frauen.

Im Schnitt haben 5,6% der Männer und 3,3% der Frauen eine Berufsfach- oder Fachschulausbildung aufzuweisen. Die Anteilssätze der verschiedenen Altersstufen zeigen eine erhebliche Schwankungs-

breite. Bei den Männern reicht sie von 11,3% bei den 30- bis 35jährigen bis zu 3,3% bei den über 70jährigen. Wenn mit zunehmendem Alter der Anteil der Berufsfach- und Fachschulabsolventen an der männlichen Bevölkerung insgesamt kontinuierlich sinkt, so ist das ein Hinweis darauf, daß die Männer der älteren Jahrgänge die Vervollkommenung der Ausbildung durch den Besuch einer berufsvorbereitenden, berufsausbildenden oder berufsfortbildenden Schule nicht in dem Maße anstreben, wie die der jüngeren Generation oder umgekehrt ist es ein Anzeichen dafür, daß die Ausbildungsintensität auf diesem Sektor in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen hat.

Dieser steigenden Ausbildungsrate der Männer in bezug auf Fach- und Berufsfachschulen steht eine relativ konstante in bezug auf das Hochschulstudium gegenüber. So errechnet sich für die 30 bis 35 Jahre alten Männer mit abgeschlossenem Hochschulstudium ebenso ein Anteil von 4,5% der männlichen Bevölkerung insgesamt wie für die über 70jährigen. Die unterschiedliche Entwicklung mag darauf zurückzuführen sein, daß im Hinblick auf den technischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte für die technischen sowie für viele handwerkliche Berufe die Ausbildungsanforderungen gestiegen sind. Wo für den selbständigen Handwerker, beispielsweise den Elektriker oder den Rundfunkmechaniker, früher die handwerkliche Lehre und schließlich die Meisterprüfung genügte, zwingt die Entwicklung heute oftmals zu einer weitergehenden Ausbildung, etwa als Elektro- oder Rundfunkingenieur. Demgegenüber ist der Ausbildungsgang in den akademischen Berufen seit Generationen im wesentlichen der gleiche. Sicher aber kommt hinzu, daß eine größere Bildungsbereitschaft und der erleichterte Zugang zu den Ausbildungsstätten breiteren Schichten der Bevölkerung eine weiterführende Berufsfach- oder Fachschulausbildung ermöglicht, als das vor Generationen der Fall gewesen ist.

Bei den Frauen mit abgeschlossener Berufsfach- oder Fachschulausbildung ist das Entsprechende zu beobachten. Hier schwankt der Anteil an der gesamten weiblichen Bevölkerung der jeweiligen Al-

tersgruppe zwischen 9,0% bei den 20- bis 25jährigen und 1,4% bei den über 70jährigen, weil die Quote mit zunehmendem Alter der Frauen kontinuierlich zurückgeht. Aber auch bei ihnen ist die Schwankungsbreite wesentlich ausgeprägter als bei den Frauen mit abgeschlossener Hochschulausbildung. Dabei hat die Ausbildungsintensität insbesondere hinsichtlich der Ausbildungsgänge zugenommen, die auf Berufe in Handel und Verkehr sowie im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich vorbereiten.

Männer bevorzugen Hauptfachrichtungen Industrie und Handwerk

Die Aufgliederung der Berufsfach- und Fachschulabsolventen nach den Hauptfachrichtungen zeigt bei den Männern eine starke Konzentration auf die Disziplin „Industrie und Handwerk“. Ihr waren alle Abschlüsse des Fachschulbereichs zuzuordnen, die sich auf eine handwerklich-technische Ausbildung (z. B. Bergbau, Stein-Keramik, Hoch- und Tiefbau, Maschinenbau, Optik, Feinmechanik, Elektrotechnik, Druck, Grafik, Textil- und Leder-

herstellung und -verarbeitung) bezogen. 38% der männlichen Absolventen erzielten den Abschluß in dieser Hauptfachrichtung. Weitere 19% der Männer haben ihre Ausbildung in Fachschulen des Bank- und Versicherungswesens, in Handelsschulen oder in Ausbildungsstätten absolviert, die sich dem Land-, Wasser-, Flug- und Nachrichtenverkehr widmen. 17% erreichten ihren Abschluß in Fach- oder Berufsfachschulen der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Weinbaues, der Holzwirtschaft und der Nahrungs- und Genußmittelherstellung. In diesen Bereich fallen auch die Meisterschulen für Fleischer, Bäcker, Müller und Molkereifachleute. Mit einem Anteil von 12% kommt auch der Fachrichtung „Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft“ eine nicht unerhebliche Bedeutung zu. Da die Verwaltungslehrgänge der Beamten des öffentlichen Dienstes nicht als Fachschulausbildung gelten, wird die Mehrzahl der hier ausgewiesenen Personen als Absolventen von Fachschulen der Wirtschaft, der Finanzen, der Rechtspflege sowie von Fachschulen der Bundeswehr, der Polizei, der Bundesbahn und Bundespost anzusehen sein. Auf diese vier Haupt-

Deutsche Personen mit höchstem Abschluß an einer Berufsfach-/Fachschule nach Hauptfachrichtungen, Geburtsjahrgruppen und Religionszugehörigkeit 1970

Hauptfachrichtung	Religions- zuge- hörigkeit	Insgesamt		Geburtsjahrgruppe					
				1950	1940	1930	1920	1910	
		1 000		1941	1931	1921	1911	1901	%
Pflanzenbau, Tierwirtschaft, Ernährung	katholisch	10,1	47,6	46,3	49,1	48,9	44,8	47,8	
	evangelisch	10,2	48,1	48,8	47,4	48,9	51,7	47,8	
	sonstige	0,9	4,2	4,9	3,5	2,1	3,4	4,3	
	zusammen	21,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Industrie und Handwerk	katholisch	19,6	48,3	46,7	51,1	47,1	47,9	40,5	
	evangelisch	18,8	46,3	49,3	44,6	46,0	41,7	54,8	
	sonstige	2,2	5,4	4,0	4,3	6,9	10,4	4,8	
	zusammen	40,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Naturwissenschaft und Technik	katholisch	2,8	43,8	45,0	45,0	46,2	33,3	50,0	
	evangelisch	3,1	48,4	50,0	50,0	46,2	50,0	50,0	
	sonstige	0,5	7,8	5,0	5,0	7,7	16,7	.	
	zusammen	6,3	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Handel und Verkehr	katholisch	18,0	53,9	58,0	55,7	51,6	48,8	48,3	
	evangelisch	14,0	41,9	38,6	41,8	42,2	44,2	44,8	
	sonstige	1,4	4,2	3,4	2,5	6,3	7,0	6,9	
	zusammen	33,4	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Gastronomie und private Dienstleistungen	katholisch	3,5	52,2	50,0	58,8	50,0	44,4	75,0	
	evangelisch	3,0	44,8	45,0	35,3	41,7	55,6	25,0	
	sonstige	0,2	3,0	5,0	5,9	8,3	.	.	
	zusammen	6,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	katholisch	8,9	53,9	53,7	55,6	54,3	51,7	47,1	
	evangelisch	7,0	42,4	41,5	41,7	42,9	44,8	41,2	
	sonstige	0,6	3,6	4,9	2,8	2,9	3,4	11,8	
	zusammen	16,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Gesundheitswesen und Sozialpflege	katholisch	13,0	58,6	58,0	56,8	55,3	55,6	64,0	
	evangelisch	8,3	37,4	38,0	40,9	40,4	38,9	32,0	
	sonstige	0,9	4,1	4,0	2,3	4,3	5,6	4,0	
	zusammen	22,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Erziehung, Bildungswesen, Theologie	katholisch	3,9	50,0	52,6	50,0	50,0	45,5	40,0	
	evangelisch	3,6	46,2	42,1	43,8	43,8	45,5	50,0	
	sonstige	0,3	3,8	5,3	6,3	6,3	.	.	
	zusammen	7,8	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Geisteswissenschaft, Kunst	katholisch	2,3	48,9	45,5	50,0	50,0	40,0	40,0	
	evangelisch	2,1	44,7	45,5	41,7	40,0	40,0	60,0	
	sonstige	0,3	6,4	9,1	.	10,0	20,0	.	
	zusammen	4,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Insgesamt	katholisch	82,1	51,4	52,5	53,0	50,6	48,4	48,7	
	evangelisch	70,2	44,0	43,2	43,6	44,5	45,1	44,9	
	sonstige	7,3	4,6	4,4	3,4	4,8	6,5	6,3	
	zusammen	159,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

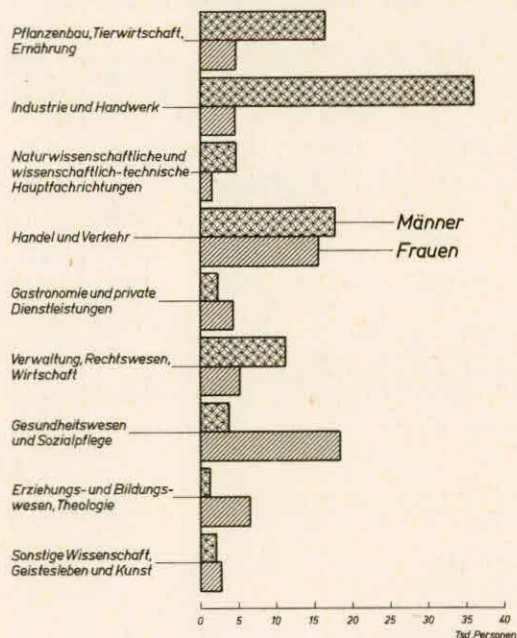
richtungen beziehen sich 86% der an Berufsfach- und Fachschulen erzielten Abschlüsse der Männer.

Bei den weiblichen Absolventen ist die Konzentration auf einige wenige Fachrichtungen nicht so ausgeprägt wie bei den Männern. Hier stehen mit 29% an erster Stelle die Fachrichtungen, deren Schulen auf soziale und pflegerische Berufe vorbereiten. Jede vierte Frau mit Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule beendete ihre Ausbildung an einer Schule, die der Fachrichtung Handel und Verkehr zuzurechnen ist. Die Mehrzahl von ihnen wird eine Handelsschule absolviert haben. 10% der Frauen gaben einen Abschluß in der Fachrichtung Erziehung, Bildungswesen, Theologie an. Hierunter fallen u. a. ausgebildete Kindergärtnerinnen, Sozialpädagoginnen, technische Lehrerinnen, soweit sie keine akademische Ausbildung benötigten, Katechetinnen, Erzieherinnen. Weitere 36% der Abschlüsse verteilen sich auf die übrigen Fachrichtungen. Einen Einblick in generationsspezifische Veränderungen hinsichtlich der Wahl der Ausbildungsfächer erhält man durch die Differenzierung der Berufsfach- und Fachschulabsolventen nach dem Alter. Allerdings werden signifikante Abweichungen erst über längere Zeiträume hinweg sichtbar. Deshalb wurden die Altersgruppen in die drei Kategorien bis zu 30 Jahre, von 30 bis 50 Jahre und über 50 Jahre zusammengefaßt.

Bei den Männern ist die augenfälligste Verlagerung die von den einschlägigen Ausbildungsgängen der Land- und Forstwirtschaft sowie den handwerklichen Berufen auf dem Ernährungssektor hin zu entsprechenden Abschlüssen in der Fachrichtung Handel und Verkehr. So haben von den über 50jährigen Männern 20%, von den bis zu 30 Jahre alten nur noch 14% einen Abschluß in der Hauptfachrichtung Pflanzenbau, Tierwirtschaft, Ernährung angegeben. Fast jeder vierte Berufsfach-/Fachschulabsolvent unter 30, aber nur jeder sechste über 50 Jahren hat demgegenüber seine Ausbildung in einer Sparte abgeschlossen, die dem Handel und Verkehr zuzurechnen ist. Abschlüsse auf dem Gebiet Naturwissenschaft und Technik sind mit einem Anteil von 7,7% unter den bis zu 30 Jahre alten Männern mehr als doppelt so stark vertreten wie unter den über 50 Jahre alten, während umgekehrt eine Abnahme der relativen Zahl von Erwerbstätigen zu beobachten ist, die ihre Fachschulabschlüsse in Richtungen erzielten, welche auf Berufe in Verwaltung, Rechtswesen und Wirtschaft vorbereiten.

Bei den Frauen zeichnet sich im langfristigen Vergleich eine deutliche Verlagerung von den pflegerischen, sozialen und erzieherischen Ausbildungsgängen zu denen ab, die zu Handels-, Verkehrs- und Verwaltungsberufen legitimieren. So haben 37% der Frauen von mehr als 50, aber nur 23% der Frauen unter 30 Jahren ihren Fachschulabschluß in der Fachrichtung Gesundheitswesen und Sozialpflege erzielt. Auch die Anteile der Abschlüsse auf dem Gebiet Erziehung, Bildungswesen, Theologie sind rückläufig (von 13,2 auf 9%). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der starke Run auf

**Personen
mit höchstem Abschluß an einer berufsbildenden Schule
nach Hauptfachrichtungen 1970**



22/75

STATISTISCHES LANDESBÜRO BREITLAND-ITALIE H

Ausbildungsgänge für sozialpädagogische Berufe, der bei den ganz jungen Leuten zu beobachten ist, auf diese Zahlen noch nicht durchschlägt. 38% der jungen Frauen, aber nur 27% der über 50 Jahre alten, erzielten demgegenüber Berufsfach- und Fachschulabschlüsse, die auf Handels-, Verkehrs- und Verwaltungsberufe vorbereiten.

Zunehmende Ausbildungsintensität der Katholiken

Die Verteilung der Berufsfach- und Fachschulabsolventen auf die konfessionellen Gruppen ist dem Konfessionsproporz der Bevölkerung viel stärker angenähert als das bei den Hochschulabsolventen zutrifft. 51,4% waren Angehörige der römisch-katholischen Kirche, 44,0% gehörten evangelischen Kirchen an und 4,6% waren gemeinschaftslos oder sonstigen Bekenntnisses. Nach der konfessionellen Verteilung der Gesamtbevölkerung (55,7 zu 40,7 zu 3,6) bezieht sich in diesem Ausbildungsgang der Rückstand der Katholiken nur auf 4,3 Prozentpunkte, während der Ausbildungsvorsprung der Evangelischen und Sonstigen mit 3,3 bzw. 1,0 Prozentpunkten verhältnismäßig begrenzt ist. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich die jüngeren Jahrgänge der katholischen Bevölkerung mit abgeschlossener Ausbildung in erheblich stärkerem Maße qualifizierten Ausbildungsgängen der Berufsfach- und Fachschulen unterwerfen, als das bei den älteren der Fall war. Rund 53% der 20- bis 40jährigen, aber nur 48% der 50- bis 60jährigen Absolventen waren katholisch. Demgegenüber sind die Anteilswerte evangelischer und sonstiger Absolventen vergleichbaren Alters leicht rückläufig.

Deutsche Personen mit höchstem Abschluß
an einer Berufsfach-/Fachschule nach Hauptfachrichtungen,
Geschlecht und Altersgruppen 1970

Hauptfachrichtung	Geschlecht	Insgesamt		Im Alter von ... Jahren		
				bis 30	30 – 50	50 und mehr
		1 000	%	%	%	%
Pflanzenbau, Tierwirtschaft, Ernährung	männl.	16,5	17,2	14,4	16,9	19,8
	weibl.	4,7	7,4	7,6	8,3	5,4
	zus.	21,1	13,2	11,0	14,0	14,2
Industrie und Handwerk	männl.	36,1	37,7	33,2	42,3	33,5
	weibl.	4,6	7,2	5,7	8,3	7,8
	zus.	40,6	25,5	19,3	30,2	23,7
Naturwissenschaft und Technik	männl.	4,7	4,9	7,7	5,2	3,0
	weibl.	1,6	2,5	3,8	3,4	1,2
	zus.	6,3	4,0	5,5	4,2	2,1
Handel und Verkehr	männl.	17,8	18,6	24,0	16,3	17,9
	weibl.	15,5	24,4	28,0	24,5	19,2
	zus.	33,4	21,0	26,4	19,3	18,4
Gastronomie und private Dienstleistungen	männl.	2,3	2,4	2,9	2,3	2,3
	weibl.	4,4	6,9	8,5	6,4	6,0
	zus.	6,7	4,2	5,7	3,6	3,7
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	männl.	11,3	11,8	11,5	10,5	14,4
	weibl.	5,2	8,2	10,0	7,2	7,8
	zus.	16,5	10,4	10,7	9,4	11,6
Gesundheitswesen und Sozialpflege	männl.	3,7	3,9	4,3	3,3	4,9
	weibl.	18,4	28,9	22,7	28,7	36,5
	zus.	22,2	13,9	13,6	12,1	17,0
Erziehung, Bildungswesen, Theologie	männl.	1,3	1,4	1,0	1,2	1,5
	weibl.	6,5	10,2	9,0	9,1	13,2
	zus.	7,8	4,9	5,0	4,0	6,3
Geisteswissenschaft, Kunst	männl.	2,0	2,1	1,0	2,1	2,7
	weibl.	2,7	4,2	4,7	4,2	3,0
	zus.	4,7	3,0	2,9	3,0	3,0
Insgesamt	männl.	95,8	100,0	100,0	100,0	100,0
	weibl.	63,8	100,0	100,0	100,0	100,0
	insg.	159,6	100,0	100,0	100,0	100,0

Die erheblich gesteigerte Ausbildungsintensität der katholischen Bevölkerung drückt sich besonders deutlich in der nach Altersgruppen gegliederten Absolventenquote aus. Zwar bleiben die Absolventenquoten der Katholiken in allen Altersgruppen

unter den für die evangelische Bevölkerung ausgewiesenen Werten; in den jungen bis hin zu den mittleren Jahrgängen übertreffen sie aber diejenigen der Bevölkerung sonstigen Bekenntnisses. Im Alter von 25 bis 35 Jahren hat etwa jeder zehnte Katholik die Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule absolviert. Damit erreichten die Katholiken fast die für die Evangelischen ausgewiesene Quote (11%). Unter den 55- bis 65jährigen ist es nur jeder 20., unter den 65- bis 75jährigen sogar nur jeder 25. Katholik, der einen solchen Schulabschluß nachweisen kann.

Interessant ist die Tatsache, daß die katholischen Absolventen im Vergleich zu den übrigen auch in diesen Ausbildungsgängen eine deutliche Konzentration auf einige wenige Fachbereiche zeigen. Stellt man die Fachschulabsolventen in den einzelnen Fachrichtungen nach der Religionszugehörigkeit dar, so gibt es nur eine Fachrichtung - Gesundheitswesen und Sozialpflege -, in der die Katholiken über ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung (55,7%) hinaus an der Zahl der Absolventen (58,6%) beteiligt sind. In allen anderen Fachrichtungen, am stärksten in den Disziplinen Naturwissenschaft und Technik sowie Landwirtschaft, Tierwirtschaft, Ernährung, Industrie und Handwerk, sind sie unterrepräsentiert. Im Gegensatz dazu findet sich eine Unterrepräsentanz evangelischer Absolventen nur in der Sparte Gesundheitswesen und Sozialpflege. Im übrigen sind naturgemäß die evangelischen Absolventen dort relativ am zahlreichsten vertreten, wo die Katholiken unterrepräsentiert sind. Die Anteile der Berufsfach- und Fachschulabsolventen sonstigen Bekenntnisses überschreiten den Bevölkerungsanteil dieser Gruppe nennenswert nur in den Fachrichtungen Naturwissenschaft, Technik und Geisteswissenschaft, Kunst.

Dr. G. Nellesen-Schumacher

Weibliche Bevölkerung

Das Jahr 1975 ist zum Internationalen Jahr der Frau erklärt worden. Im Nachtrag zu den beiden Aufsätzen im Märzheft dieser Reihe über die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern und über die Geburtenhäufigkeit nimmt das Statistische Landesamt dies zum Anlaß, einige besonders interessante statistische Informationen über die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft vorzulegen.

Bevölkerungsstruktur

Die Frauen stellen in Rheinland-Pfalz mit gut 52% immer noch den größeren Teil der Wohnbevölkerung. Die Gründe dafür zeigen sich bei einer genaueren Betrachtung der einzelnen Altersgruppen. Durch die höhere Lebenserwartung der Frauen und durch die starken Verluste der männlichen Generation in den Kriegen, stiegen die Anteile der Frauen an der Bevölkerung in den Altersjahren über 50 auf Werte von 59% bis hin zu 66% bei der höchsten Gruppe. Bei der unter 50 Jahre alten Be-

völkerung dagegen beträgt der weibliche Bevölkerungsanteil weniger als die Hälfte. Die eben genannten Gründe sind auch für ihren hohen Anteil von fast 85% an den verwitweten Personen verantwortlich. Daraus ergibt sich, daß drei Viertel der bei der Volkszählung 1970 festgestellten Einpersonenhaushalte von Frauen gebildet werden, und daß der Anteil der Frauen an den Personen in Altenwohn- und Altenpflegeheimen mit 80% unverhältnismäßig hoch ist.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigt allerdings, daß dieses Mißverhältnis bei einem normalen Entwicklungsverlauf abgebaut wird, weil der geringeren weiblichen Sterblichkeit eine noch geringere Zunahme bei den Lebendgeborenen gegenübersteht.

Beteiligung am Erwerbsleben

Im heutigen Erwerbsleben stellen die Frauen einen Arbeitskräftefaktor dar, der nicht mehr weg-

Die weibliche Bevölkerung in Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Ins-gesamt		Weiblich	Berichtsmerkmal	Ins-gesamt		Weiblich
	Anzahl				Anzahl		
Bevölkerungsstruktur				Erwerbstätigkeit			
Wohnbevölkerung am 30.6.1974	3 695 709	1 925 919	52,1	Erwerbstätige im April 1974 ¹⁾	1 590 000	577 000	36,3
Wohnbevölkerung am 31.12.1973	3 700 787	1 927 836	52,1	nach Wirtschaftsbereichen			
davon				Land- und Forstwirtschaft	151 000	85 000	56,3
deutsche Bevölkerung	3 555 673	1 870 899	52,6	Produzierendes Gewerbe	714 000	163 000	22,8
nichtdeutsche Bevölkerung	145 114	56 937	39,2	Handel und Verkehr	282 000	117 000	41,5
Gesamtbevölkerung am 31.12.1973				Dienstleistungen	443 000	212 000	47,9
nach Altersgruppen				nach der Stellung im Beruf			
unter 15 Jahre	851 734	415 142	48,7	Selbständige	164 000	38 000	23,2
15 - 25 "	549 275	264 935	48,2	Mithelfende Familienangehörige	115 000	100 000	87,0
25 - 35 "	461 680	222 635	48,2	Beamte, Angestellte u. kaufm. Lehrlinge	612 000	263 000	43,0
35 - 50 "	735 692	365 492	49,7	Arbeiter und gewerbliche Lehrlinge	699 000	176 000	25,2
50 - 65 "	586 417	344 054	58,7	Erwerbspersonen im April 1974 ¹⁾	1 613 000	585 000	36,3
65 - 75 "	352 705	208 194	59,0	nach Altersgruppen			
75 - 85 "	140 504	92 291	65,7	unter 25 Jahre	388 000	169 000	43,6
85 und mehr "	22 780	15 093	66,3	25 - 35 "	331 000	112 000	33,8
nach dem Familienstand				35 - 45 "	370 000	113 000	30,5
ledig	1 471 982	697 488	47,4	45 - 55 "	312 000	113 000	36,2
verheiratet	1 853 411	927 661	50,1	55 - 65 "	159 000	53 000	33,3
verwitwet	315 073	266 230	84,5	65 und mehr "	53 000	25 000	47,2
geschieden	60 291	36 457	60,5	Nichterwerbspersonen im April 1974 ¹⁾	2 084 000	1 341 000	64,3
Deutsche Bevölkerung am 31.12.1973				nach Altersgruppen			
nach Altersgruppen				unter 25 Jahre	979 000	488 000	49,8
unter 15 Jahre	819 544	399 584	48,8	25 - 35 "	120 000	111 000	92,5
15 - 25 "	519 771	250 819	48,3	35 - 45 "	132 000	127 000	96,2
25 - 35 "	419 552	208 511	49,7	45 - 55 "	158 000	145 000	91,8
35 - 50 "	705 782	356 925	50,6	55 - 65 "	215 000	166 000	77,2
50 - 65 "	577 968	341 131	59,0	65 und mehr "	480 000	304 000	63,3
65 - 75 "	350 703	207 163	59,1	Tätige Inhaber in nichtlandwirtschaft-			
75 - 85 "	139 711	91 752	65,7	lichen Arbeitsstätten am 27.5.1970	130 174	35 892	27,6
85 und mehr "	22 642	15 014	66,3	darunter im/in			
nach dem Familienstand				verarbeitenden Gewerbe	30 163	4 665	15,5
ledig	1 404 985	671 362	47,8	Handel	45 135	17 392	38,5
verheiratet	1 780 324	899 940	50,5	Dienstleistungen i. e. S.	35 533	12 526	35,3
verwitwet	312 742	264 339	84,5	Wohnbevölkerung am 27.5.1970	3 645 437	1 907 225	52,3
geschieden	57 622	35 258	61,2	davon Personen mit überwiegendem			
Lebendgeborene 1973	37 000	17 948	48,5	Lebensunterhalt			
Deutsche	33 587	16 251	48,4	aus eigener Erwerbstätigkeit	1 380 917	443 398	32,1
Nichtdeutsche	3 413	1 697	49,7	aus Rente, Pension, Arbeitslosengeld,			
Gestorbene 1973	44 186	21 831	49,4	eigenem Vermögen und dgl.	592 479	337 155	56,9
Deutsche	43 737	21 692	49,6	durch Angehörige	1 672 041	1 126 672	67,4
Nichtdeutsche	449	139	31,0	Berufsauspender am 27.5.1970	540 056	131 366	24,3
Zugezogene über die Landesgrenze 1973	125 566	50 308	40,1	davon standen im Alter von			
Deutsche	75 587	34 380	45,5	unter 25 Jahre	151 977	65 990	43,4
Nichtdeutsche	49 979	15 928	31,9	25 - 45 "	259 767	41 863	16,1
Fortgezogene über die Landesgrenze				45 - 65 "	125 433	22 965	18,3
1973	107 965	43 162	40,0	65 und mehr "	2 879	548	19,0
Deutsche	73 485	33 284	45,3	Ausgewählte Berufe und Beschäftigtengruppen			
Nichtdeutsche	34 480	9 878	28,6	Deutsche Erwerbstätige am 27.5.1970	1 463 900	508 000	34,7
Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß				in ausgewählten Berufen ²⁾			
1973	- 7 186	- 3 883	54,0	Zahntechniker	600	200	33,3
Deutsche	- 10 150	- 5 441	53,6	Augenoptiker	500	100	20,0
Nichtdeutsche	2 964	1 558	52,6	Textilhersteller	1 600	1 100	68,8
Wanderungsgewinn 1973	17 601	7 146	40,6	Textilverarbeiter	19 300	16 500	85,5
Deutsche	2 102	1 096	52,1	Köche	13 400	9 700	72,4
Nichtdeutsche	15 499	6 050	39,0	Tabakwarenmacher	500	300	60,0
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (-)				Warenprüfer, Versandfertigmacher	18 200	10 200	56,0
1973	10 415	3 263	31,3	Ingenieure	18 100	500	2,8
Deutsche	- 8 048	- 4 345	-54,0	Techniker	25 300	1 400	5,5
Nichtdeutsche	18 463	7 608	41,2	Technische Sonderfachkräfte	12 800	3 700	28,9
Nichtdeutsche Bevölkerung				Verkäufer	59 000	48 600	82,4
am 27.5.1970				Drogisten	1 700	1 000	58,8
nach ausgewählten Staatsangehörig-				Tankwarte	3 100	600	19,4
keiten				Handelsvertreter	8 600	1 100	12,8
Italien	21 700	8 000	36,9	Bank- und Versicherungskaufleute	22 900	8 100	35,4
Großbritannien	900	400	44,4	Fremdenverkehrsfachleute	400	300	75,0
Niederlande	2 000	1 000	50,0	Werbefachleute	1 300	200	15,4
Frankreich	4 500	2 200	48,9	Makler, Grundstücksverwalter	500	200	40,0
Griechenland	6 700	2 300	34,3	Berufe des Nachrichtenverkehrs	11 600	4 500	38,8
Jugoslawien	8 700	2 400	27,6	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	3 000	1 100	36,7
Österreich	3 700	1 600	43,2	Buchhalter	15 900	9 400	59,1
Portugal	2 100	800	38,1	Kassierer	2 700	1 500	55,6
Spanien	6 400	2 200	34,4	Datenverarbeitungsfachleute	2 600	400	15,4
Türkei	12 600	4 300	34,1	Bürofach-, Bürohilfskräfte	145 600	73 600	50,5
Einpersonenhaushalte am 27.5.1970	237 959	179 318	75,4	Publizisten	1 100	300	27,3
Personen in Anstalten am 27.5.1970	82 714	38 312	46,3	Künstler und zugeordnete Berufe	6 800	1 700	25,0
darunter in Altenheimen, -wohnheimen				Medizinallaboranten	1 700	1 600	94,1
und -pflegeheimen	11 880	9 496	79,9	Sozialpflegerische Berufe	8 600	7 200	83,7
				Friseure	13 700	9 700	70,8
				Kellner, Stewards	6 800	5 400	79,4
				Reinigungsberufe	29 300	24 300	82,9

1) Ergebnisse des Mikrozensus. - 2) Aus dem repräsentativen Teil der Volks- und Berufszählung.

Berichtsmerkmal	Ins- gesamt	Weiblich		Berichtsmerkmal	Ins- gesamt	Weiblich	
	Anzahl	%			Anzahl	%	
Familienarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1972/73	225 400	114 500	50,8	Angestellte	2 263	2 144	94,7
Berufe des Gesundheitswesens am 31.12.1973				Arbeiter	2 755	2 610	94,7
Fachärzte	2 523	403	16,0	Vollbeschäftigte Bedienstete der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	44 980	15 328	34,1
darunter Ärzte bzw. Fachärzte für				davon			
Allgemeinmedizin	258	46	17,8	Beamte	6 844	366	5,3
Chirurgie	301	16	5,3	davon im			
Frauenheilkunde, Geburtshilfe	250	42	16,8	höheren Dienst	699	22	3,1
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	132	12	9,1	gehobenen Dienst	4 060	238	5,9
Innere Medizin	620	88	14,2	mittleren und einfachen Dienst	2 085	106	5,1
Kinderheilkunde	184	78	42,4	Angestellte	24 358	12 126	49,8
Lungen- und Bronchialheilkunde	61	7	11,5	davon im			
Neurologie und Psychiatrie	121	21	17,4	höheren Dienst	966	154	15,9
Ärzte ohne anerkannte Facharztstätigkeit	3 031	571	18,8	gehobenen Dienst	4 073	734	18,0
Ärzte insgesamt	5 554	974	17,5	mittleren und einfachen Dienst	19 319	11 238	58,2
darunter Ausländer	425	26	6,1	Arbeiter	13 778	2 836	20,6
Ärzte in freier Praxis	2 880	493	17,1	Teilzeitbeschäftigte Bedienstete ³⁾ der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	7 269	6 431	88,5
Krankenhausärzte	2 125	383	18,0	davon			
Zahnärzte	1 517	209	13,8	Beamte	33	33	100,0
Apotheker	1 217	498	40,9	Angestellte	2 096	1 990	94,9
Krankenpflegepersonen	12 013	10 431	86,8	Arbeiter	5 140	4 408	85,8
darunter Ausländer ¹⁾	856	765	89,4	Vollbeschäftigte Bedienstete des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	126 882	42 314	33,4
Krankengymnasten	205	200	97,6	davon			
Beschäftigungstherapeuten, Orthoptisten, Logopäden	37	35	94,6	Beamte und Richter	55 475	13 133	23,7
Medizinisch-technische Assistenten	897	874	97,4	Angestellte	49 222	24 522	49,8
Beschäftigte der Industrie am 30.9.1972 ²⁾ in ausgewählten Industriegruppen	406 714	112 825	27,7	Arbeiter	22 185	4 659	21,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	130 735	21 160	16,2	Verdienststruktur ⁴⁾			
Industrie der Steine und Erden	25 080	2 172	8,7	Vollbeschäftigte Arbeiter	320 914	58 090	18,1
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	6 644	420	6,3	Teilzeitbeschäftigte Arbeiter	13 037	11 312	86,8
Gießereiindustrie	7 037	638	9,1	Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter	333 951	69 402	20,8
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	71 993	15 267	21,2	Vollbeschäftigte Arbeiter im Alter von unter 18 Jahre	8 593	4 740	55,2
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	5 007	386	7,7	im Alter von 18 und mehr Jahre	312 321	53 350	17,1
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	8 340	1 314	15,8	Gewerbliche Lehrlinge	21 093	1 213	5,8
Investitionsgüterindustrien	129 458	28 846	22,3	Vollbeschäftigte Arbeiter nach Leistungsgruppen			
Stahl- und Leichtmetallbau	6 938	559	8,1	Facharbeiter	155 625	5 259	3,4
Maschinenbau; Büromaschinen und Datenverarbeitung	47 979	7 544	15,7	angelernete Arbeiter	105 137	25 587	24,3
Straßenfahrzeugbau	22 843	3 681	16,1	Hilfsarbeiter	60 152	27 244	45,3
Elektrotechnische Industrie	20 832	8 822	42,3	nach Altersgruppen unter 21 Jahre	29 172	11 826	40,5
Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	20 611	6 206	30,1	21 - 25 "	30 415	7 592	25,0
Stahlblechwarenindustrie	7 581	1 319	17,4	25 - 30 "	32 514	4 503	13,8
Verbrauchsgüterindustrien	124 034	56 346	45,4	30 - 35 "	46 558	5 140	11,0
Feinkeramische Industrie	7 552	2 641	35,0	35 - 40 "	46 676	5 650	12,1
Glasindustrie	8 737	1 792	20,5	40 - 45 "	42 427	6 078	14,3
Holz verarbeitende Industrie	16 218	3 648	22,5	45 - 50 "	33 354	6 521	19,6
Papier u. Pappe verarbeitende Industrie	6 891	2 872	41,7	50 - 55 "	24 954	5 744	23,0
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	9 235	2 652	28,7	55 - 60 "	18 061	3 351	18,6
Kunststoff verarbeitende Industrie	14 009	4 034	28,8	60 - 65 "	14 464	1 373	9,5
Leder verarbeitende Industrie	4 964	2 856	57,5	65 und mehr "	2 319	(312)	(13,5)
Schuhindustrie	27 283	16 558	60,7	nach Bruttomonatsverdienstklassen			
Textilindustrie	12 472	6 815	54,6	unter 1 000 DM	43 242	33 272	76,9
Bekleidungsindustrie	12 641	10 868	86,0	1 000 - 1 500 "	133 379	23 686	17,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	22 326	6 455	28,9	1 500 - 2 000 "	112 126	1 097	1,0
Ernährungsindustrie	21 162	5 879	27,8	2 000 - 2 500 "	27 265	(25)	(0,1)
Brauereien und Mälzereien	4 890	447	9,1	2 500 und mehr "	4 902	(10)	(0,2)
Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30.6.1974				Vollbeschäftigte Angestellte	173 441	61 959	35,7
Vollbeschäftigte Bedienstete des Landes insgesamt	81 902	26 986	33,0	Teilzeitbeschäftigte Angestellte	18 726	18 020	96,2
davon				Voll- und teilzeitbeschäftigte Angestellte	192 167	79 979	41,6
Beamte und Richter	48 631	12 767	26,3	Vollbeschäftigte Angestellte nach Leistungsgruppen			
davon im				Leistungsgruppe I b	8 261	442	5,4
höheren Dienst	15 418	3 083	20,0	Leistungsgruppe II	30 596	3 191	10,4
gehobenen Dienst	21 397	9 141	42,7	Leistungsgruppe III	77 271	20 980	27,2
mittleren und einfachen Dienst	11 816	543	4,6	Leistungsgruppe IV	45 302	29 729	65,6
Angestellte	24 864	12 396	49,9	Leistungsgruppe V	10 259	7 597	74,1
davon im				nach Beschäftigungsarten			
höheren Dienst	1 805	349	19,3	kaufmännische Angestellte	123 833	59 372	47,9
gehobenen Dienst	6 290	2 201	35,0	technische Angestellte	31 871	2 371	7,4
mittleren und einfachen Dienst	16 769	9 846	58,7	Meister	15 985	(196)	(1,2)
Arbeiter	8 407	1 823	21,7	nach Altersgruppen unter 21 Jahre	21 616	17 434	80,7
Teilzeitbeschäftigte Bedienstete ²⁾ des Landes insgesamt	6 083	5 809	95,5	21 - 25 "	22 416	14 016	62,5
davon				25 - 30 "	20 565	7 317	35,6
Beamte und Richter	1 065	1 055	99,1	30 - 35 "	25 285	5 089	20,1
				35 - 40 "	20 366	3 760	18,5
				40 - 45 "	16 812	3 210	19,1

1) Nur in Krankenhäusern Tätige. - 2) Einschl. Bergbau - 3) Mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden - 4) Hochgerechnete Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Oktober 1972.

noch: Die weibliche Bevölkerung in Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Ins-gesamt		Weiblich		Berichtsmerkmal	Ins-gesamt		Weiblich	
	Anzahl		%			Anzahl		%	
45 - 50 Jahre	16 762	4 853	29,0		Von der Bevölkerung am 27. 5. 1970				
50 - 55 "	13 084	3 484	26,6		waren noch in Schulausbildung	610 430	288 899	47,3	
55 - 60 J "	8 035	1 995	24,8		waren noch nicht in Schulausbildung	399 981	194 602	48,7	
60 - 65 "	5 934	638	10,8		Ausbildungspendler ⁶⁾ am 27. 5. 1970	135 400	62 917	46,5	
65 und mehr "	814	(143)	(17,6)						
nach Bruttononatsverdienstklassen					Wahlberechtigte, Wähler und Gewählte				
unter 1 000 DM	31 371	26 747	85,3		Landtagswahl am 9. März 1975 ⁷⁾				
1 000 - 1 500 "	45 493	24 864	54,7		Wahlberechtigte	2 648 300	1 419 900	53,6	
1 500 - 2 000 "	45 657	8 109	17,8		davon waren				
2 000 - 2 500 "	28 423	1 705	6,0		18 - 25 Jahre	384 600	184 400	47,9	
2 500 und mehr "	22 497	534	2,4		25 - 35 "	417 300	203 900	48,9	
					35 - 45 "	467 100	228 100	48,8	
					45 - 60 "	615 400	346 100	56,2	
					60 und mehr "	763 900	457 400	59,9	
Arbeitsmarktlage ¹⁾					Wähler	1 989 300	1 051 200	52,8	
Arbeitslose Juni 1973	9 318	4 813	51,7		davon waren				
Dezember 1973	30 683	9 942	32,4		18 - 25 Jahre	243 000	116 900	48,1	
Februar 1974	38 087	12 879	33,8		25 - 35 "	302 100	146 800	48,6	
Juni 1974	27 005	11 594	42,9		35 - 45 "	391 500	189 300	48,4	
Dezember 1974	59 932	20 143	33,6		45 - 60 "	490 100	270 200	55,1	
Februar 1975	73 345	22 998	31,4		60 und mehr "	562 600	328 000	58,3	
Kurzarbeiter Juni 1973	1 069	678	63,4		Wähler der Parteien (gültige Stimmen)	1 969 300	1 040 500	52,8	
Dezember 1973	9 286	4 830	52,0		davon wählten				
Februar 1974	19 355	7 477	38,6		CDU	1 056 400	583 000	55,2	
Juni 1974	9 693	3 182	32,8		SPD	765 500	387 500	50,6	
Dezember 1974	27 232	7 321	26,9		FDP	108 400	57 200	52,8	
Februar 1975	42 904	11 006	25,7		Sonstige	39 000	12 800	32,8	
Gesuchte Arbeitskräfte (offene Stellen)					Abgeordnete im Rheinland-pfälzischen				
Juni 1973	35 528	13 054	36,7		Landtag	100	8	8,0	
Dezember 1973	13 995	5 166	36,9		Zum Vergleich:				
Februar 1974	15 929	6 246	39,2		Abgeordnete im Deutschen Bundestag				
Juni 1974	17 236	7 542	43,8		(einschl. der Abgeordneten aus				
Dezember 1974	8 479	4 121	48,6		West-Berlin)	518	35	6,8	
Februar 1975	11 778	5 622	47,7		darunter Abgeordnete aus				
					Rheinland-Pfalz	31	2	6,5	
Unterricht und Bildung					Strafverfolgung				
Lehrer ²⁾ am 5. bzw. 20. 9. 1973					Rechtskräftig Abgeurteilte 1973	43 237	6 003	13,9	
an Grund- und Hauptschulen	15 592	9 104	58,4		Rechtskräftig Verurteilte 1973	38 128	5 305	13,9	
an Sonderschulen	1 607	987	61,4		darunter				
an Realschulen	2 057	943	45,8		Jugendliche	3 688	595	16,1	
an Gymnasien	5 108	1 660	32,5		Heranwachsende	5 627	608	10,8	
an Gesamtschulen	29	12	41,4		Erwachsene	28 813	4 102	14,2	
an berufsbildenden Schulen ³⁾	3 011	1 018	33,8		Ausländer	3 077	402	13,1	
Schüler am 5. bzw. 20. 9. 1973					Vorbestrafte	10 923	642	5,9	
an Grund- und Hauptschulen	416 587	202 996	48,7		Verurteilte 1973 nach ausgewählten				
darunter ausländische Schüler	9 171	4 361	47,6		Straftaten				
an Sonderschulen	16 632	6 796	40,9		Diebstahl und Unterschlagung	8 041	2 474	30,8	
an Realschulen	51 862	27 649	53,3		Betrug und Untreue	1 558	316	20,3	
an Gymnasien	108 514 ⁴⁾	51 113 ⁴⁾	47,1		Vergehen im Straßenverkehr	17 796	1 341	7,5	
an Gesamtschulen	377	162	43,0		Verletzung der Unterhaltspflicht	629	52	8,3	
an berufsbildenden Schulen ³⁾	150 189	65 430	43,6		Urkundenfälschung	440	98	22,3	
Schüler an Gymnasien, die am Ende					Hausfriedensbruch	179	15	8,4	
des Schuljahres 1973/74 die Reife-	6 918	3 031	43,8		Leichte und gefährl. Körperverletzung	1 340	63	4,7	
prüfung ablegten					Vergehen gegen das Ausländergesetz	579	183	31,6	
Studenten an den wissenschaftlichen					Strafgefangene und Verwahrte in Straf-				
Hochschulen im Sommersemester					vollzugsanstalten am 31. 3. 1974	2 060	11	0,5	
1974 insgesamt ³⁾	22 568	9 072	40,2		Sozialhilfe				
darunter studierten/waren					Sozialhilfeempfänger 1973	90 329	57 591	63,8	
Rechtswissenschaft	1 597	342	21,4		darunter (Fälle)				
Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften	1 503	333	22,2		Empfänger laufender Hilfe zum				
Geistes- und Sprachwissenschaften	3 497	1 878	53,7		Lebensunterhalt	45 660	30 521	66,8	
Naturwissenschaften	2 091	370	17,7		Empfänger von Hilfe in besonderen				
Ingenieurwissenschaften	442	17	3,8		Lebenslagen	56 851	35 664	62,7	
Medizinische Wissenschaften	2 755	768	27,9		Empfänger in Anstalten	23 316	14 315	61,4	
Lehramtsanwärter	9 865	5 205	52,8		Sonstige Daten				
Nichtdeutsche Studenten an den					An nichtnatürlichen Todesursachen				
wissenschaftlichen Hochschulen					Gestorbene 1973	3 222	1 286	39,9	
im Sommersemester 1974	1 239	468	37,8		darunter infolge von				
Studenten an den Fachhochschulen im					Kraftfahrzeugunfällen im Verkehr	1 057	257	24,3	
Sommersemester 1974 insgesamt ⁵⁾	6 405	1 525	23,8		Selbstmord oder Selbstbeschädigung	726	271	37,3	
darunter studierten					Personen, die 1973 eine Prüfung zur				
Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften	2 222	181	8,1		Erlangung der allgemeinen Fahr-				
Ingenieurwissenschaften	4 183	1 344	32,1		erlaubnis ablegten ⁶⁾	115 658	47 559	41,1	
Nichtdeutsche Studenten an den					darunter haben nicht bestanden	31 097	13 280	42,7	
Fachhochschulen im Sommer-					Personen, denen 1973 die Fahrerlaubnis				
semester 1974	362	57	15,7		(Klassen 1 - 5) erteilt wurde ⁸⁾	102 135	34 890	34,2	
Bevölkerung am 27. 5. 1970 nach dem					Personen, denen 1973 die Fahrerlaubnis				
höchsten Schulabschluß	2 635 026	1 423 724	54,0		(Klassen 1 - 5) entzogen wurde ⁸⁾	7 046	153	2,2	
Volksschule	2 175 466	1 220 384	56,1		Mitglieder von Turn- und Sport-				
Mittlere Reife	155 812	94 648	60,7		vereinen 1973	755 143	195 514	25,9	
Abitur	33 008	13 244	40,1						
Berufsfach- / Fachschule	186 174	73 782	39,6						
Ingenieurschule	20 251	355	1,8						
Hochschule	64 315	21 311	33,1						

1) Quelle: Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz. - 2) Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer. - 3) Stichtag bei landwirtschaftlichen Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens 15. 11. 1973. - 4) Vorläufige Zahlen. - 5) Deutsche und Ausländer. - 6) Schüler und Studierende. - 7) Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik ohne Briefwahl. - 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

zudenken ist. So ergab die Mikrozensusbefragung im April 1974 einen Anteil von 36% Frauen an den Erwerbstätigen. Differenzierungen zeigen die Aufgliederungen nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf. So sind die vielen weiblichen mithelfenden Familienmitglieder (87%) in erster Linie in der Landwirtschaft beschäftigt, wodurch dort der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen mit 56% sehr hoch ist. Die niedrige Zahl von 23% weiblichen Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe zeigt sich auch daran, daß nur ein Viertel aller Arbeiter und gewerblichen Lehrlinge Frauen sind. Mit 43% dagegen sind die weiblichen Arbeitskräfte bei der Gruppe der Beamten und Angestellten verhältnismäßig stark vertreten. Einen bedeutenden Anteil (48%) haben Frauen auch am Dienstleistungsbereich.

Daß die Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben deutlich vom Alter mitbestimmt wird, ist wegen ihrer besonderen Stellung in der Gesellschaft (Geburt und Erziehung der Kinder) einleuchtend. Als weiterer Faktor treten noch die früher schlechteren Ausbildungsmöglichkeiten für einen Beruf, vor allem bei älteren Frauen, hinzu. So sind die Hälfte der unter 25jährigen Nichterwerbspersonen Frauen, bei den folgenden Gruppen dagegen liegt deren Anteil teilweise über 90%.

Deutliche Schwerpunkte der Beschäftigung von Frauen zeigen bestimmte Berufsgruppen, wie aus dem repräsentativen Teil der Volks- und Berufszählung 1970 hervorgeht. So sind bei den textilverarbeitenden Berufen rund 86% und bei Verkäufern 82% weiblichen Geschlechts. Sehr hohe Anteile werden auch in sozial- und krankenflegerischen Berufen verzeichnet, nicht dagegen bei Fachärzten, wo allein die Kinderärztin mit 42% eine bedeutende Stellung gegenüber ihren männlichen Kollegen einnimmt.

Die bei Frauen aus familiären Gründen sehr beliebte Teilzeitarbeit hat natürlich auch Auswir-

kungen auf die Verdienststruktur. Das erklärt teilweise, daß bei Arbeitern mit Bruttomonatsverdiensten unter 1 000 DM mehr als drei Viertel Frauen sind, bei Angestellten sogar 85%.

Bildungswesen und Rechtspflege

Ein Blick auf das Bildungswesen macht die starke Abhängigkeit mancher Schulzweige von weiblichen Lehrern deutlich. So sind an Grund- und Hauptschulen 58%, an Sonderschulen sogar 61% des Lehrpersonals Frauen.

Bei den Schülern an Gymnasien und bei den Studenten dagegen nehmen Frauen noch nicht den Rang ein, der ihnen aufgrund ihres Anteils an der Bevölkerung zukäme. Nur bei den Studierenden der Geistes- und Sprachwissenschaften sowie bei Lehramtsanwärtern liegt der Anteil weiblicher Personen über 50%. Auch die Aufgliederung der Bevölkerung nach dem höchsten Schulabschluß weist eine deutliche Unterrepräsentierung der Frauen bei den höherwertigen Abschlüssen Abitur und Hochschule auf.

Gering ist die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an Straftaten. So waren im Jahre 1973 nur 14% der rechtskräftig Verurteilten Frauen, bei den bereits Vorbestraften sogar nur 6%. Nach den begangenen Straftaten geordnet, sind nur Diebstahl und Unterschlagung (31%), Vergehen gegen das Ausländergesetz (32%) sowie Urkundenfälschung (22%) von einer gewissen Bedeutung. Dagegen ist die Beteiligung der Frauen an Körperverletzungsdelikten mit knapp 5% sehr gering. Daß nur sehr wenig Frauen wegen Vergehen im Straßenverkehr verurteilt werden, hat seine Hauptursache wohl in der allgemein niedrigeren Teilnahme der Frauen am Straßenverkehrsgeschehen, obwohl immerhin ein Drittel der 1973 erteilten Fahrerlaubnisscheine an sie ging.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Vermögenswirksames Sparen 1971

Der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand kommt eine große gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Um dies zu fördern, stehen dem Staat mehrere Möglichkeiten offen. Eine davon stellt das „Dritte Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer“ vom 27. Juni 1970 (BGBl. I S. 930) dar, das allgemein unter dem Namen „624-DM-Gesetz“ bekannt ist.

Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeiter und Angestellte, einschließlich der zur Berufsausbildung Beschäftigten und der Heimarbeiter, weiterhin Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit. Unter vermögenswirksamen Leistungen versteht man Leistungen, die der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer erbringt. Es kann dies in den folgenden Anlageformen geschehen:

- 1) Sparbeiträge des Arbeitnehmers in der Anlage nach dem Sparprämiengesetz
- 2) Aufwendungen des Arbeitnehmers, die nach dem Wohnungsbauprämiengesetz angelegt werden

- 3) Aufwendungen zum Bau, Erwerb oder Erweiterung eines Wohngebäudes oder einer Eigentumswohnung usw.
- 4) Aufwendungen des Arbeitnehmers für den Erwerb eigener Aktien des Arbeitgebers und zur Begründung von Darlehensforderungen gegen den Arbeitgeber
- 5) Beiträge des Arbeitnehmers zu Kapitalversicherungen (Erlebens- oder Todesfall).

In den vorliegenden Fällen erhält jeder abhängige Beschäftigte, sofern sein Einkommen bestimmte Grenzen nicht überschreitet, vom Arbeitgeber eine Sparzulage ausbezahlt. Hinzu kommen noch Prämien als zusätzliche staatliche Sparanreize.

Eine weitere Voraussetzung für die Anerkennung als vermögenswirksame Leistung nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz ist eine bestimmte Form der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Abhängige Erwerbstätige nach Nettoeinkommensgruppen und Anlageformen 1971

Nettoeinkommens- gruppe	Insgesamt	Sparer im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes					Nicht-Sparer
		zusammen	Anlageform				
			Sparvertrag nach dem Sparprämien- gesetz	Bauspar- vertrag	Übrige Anlage- formen		
1 000		% 1)	% 2)			% 1)	
unter 800 DM	531	185	35	66	21	14	65
800 - 1 000 "	263	158	60	58	26	16	40
1 000 - 1 200 "	188	129	69	57	27	16	31
1 200 - 1 400 "	109	77	71	60	27	13	29
1 400 - 1 600 "	60	44	73	52	36	(11)	27
1 600 - 1 800 "	34	25	74	48	40	(.)	(26)
1 800 und mehr "	58	41	71	46	41	(14)	29
Ohne Angabe	27	(7)	(26)	(.)	(.)	(.)	74
Insgesamt	1 268	666	53	59	27	14	47

1) Anteil an abhängigen Erwerbstätigen, - 2) Anteil an Sparern.

So können die Leistungen in Betriebsvereinbarungen, in Tarifverträgen und in Einzelverträgen mit den Arbeitnehmern vereinbart werden.

Im Rahmen einer Mikrozensusbefragung im April 1972 wurde eine Zusatzbefragung über den Fragenkomplex der vermögenswirksamen Leistungen durchgeführt, um Aufschluß über die Form der Vereinbarung von vermögenswirksamen Leistungen und über die Anlageformen im Jahre 1971 zu erhalten. Nicht erfragt wurde die Höhe der vermögenswirksam gesparten Leistungen. Bei einem Vergleich der Lohnsteuerstatistik mit den Ergebnissen des Mikrozensus muß die unterschiedliche Abgrenzung des jeweils erfaßten Personenkreises beachtet werden. Während bei der Lohnsteuerstatistik alle im Jahre 1971 lohnsteuerpflichtigen Personen (auch Pensionäre, Betriebsrentner, Witwen- und Waisengeldempfänger) einbezogen wurden, waren es beim Mikrozensus die im April 1972 Erwerbstätigen, nicht mehr dagegen die im Laufe des Jahres 1971 bis April 1972 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen.

Da die darzustellenden Ergebnisse außerdem aus einer Repräsentativstatistik kommen, müssen bei den Aussagen gewisse Einschränkungen gemacht werden. Die Ergebnisse der Befragung wurden hochgerechnet

und auf volle Tausend auf- bzw. abgerundet. Außerdem wurden Zahlenwerte, die zwischen 5 000 und 10 000 (50 bis 100 in der Stichprobe erfaßte Fälle) liegen bzw. die daraus errechneten Prozentzahlen in Klammern gesetzt. Werte unter 5 000 und daraus errechnete Prozentzahlen sind ausgepunktet. Bei den dargestellten Übersichten kann deshalb die Addition einer Reihe oder Spalte nicht immer die ausgewiesene Summe ergeben.

53% der abhängigen Erwerbstätigen sparten vermögenswirksam

Bei der Zusatzbefragung wurden hochgerechnet knapp 1,3 Mill. abhängige Erwerbstätige (Arbeitnehmer) erfaßt. Von diesen sparten 53% im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes vermögenswirksam. Dieser Anteil ist geringer als im Bundesgebiet, wo er etwa bei 58% lag. Nimmt man Differenzierungen nach Geschlecht, Stellung im Beruf und nach dem Nettoeinkommen vor, dann zeigen sich deutliche Unterschiede. So sparten bei den weiblichen Arbeitnehmern nur 40% vermögenswirksam, bei den Männern dagegen 59 Prozent. Die Abhängigkeit des Sparens von der Stellung im

Abhängige Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Vereinbarungsformen 1971

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Sparer im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes					Nicht-Sparer
		zusammen	Vereinbarungsform				
			Zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers	Teile des Lohns/ Gehalts	Zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers und Teile des Lohns/Gehalts		
	1 000	% 1)	% 2)			% 1)	
Land- und Forstwirtschaft	21	(6)	(29)	(.)	(.)	(.)	71
Produzierendes Gewerbe	628	360	57	31	7	62	43
Handel und Verkehr	224	107	48	27	11	62	52
Dienstleistungen	396	194	49	26	7	67	51
Insgesamt	1 268	666	53	29	8	64	47

1) Anteil an abhängigen Erwerbstätigen, - 2) Anteil an Sparern.

Sparer im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes
nach Altersgruppen und Anlageformen 1971

Altersgruppe	Ins- gesamt	Anlageform		
		Sparvertrag nach dem Spar- prämien- gesetz	Bauspar- vertrag	Übrige Anlage- formen
	1 000	%		
unter 25 Jahre	148	61	22	18
25 - 35 "	161	48	35	16
35 - 45 "	167	57	29	14
45 - 55 "	126	65	23	13
55 - 65 "	60	75	23	(.)
65 und mehr "	(.)	(.)	(.)	(.)
Insgesamt	666	59	27	14

Beruf zeigt sich in den unterschiedlichen Anteilen. Während bei den Beamten (65%) und bei den Angestellten (57%) der weitaus größere Teil der Erwerbstätigen die Vorteile der Vermögensbildung ausnützte, waren es bei den Arbeitern nur die Hälfte und bei den Auszubildenden nur ein Drittel. Die Gründe dafür können zum einen in der geringeren Informiertheit der zweiten Gruppe liegen, zum anderen aber auch in den durchschnittlich niedrigeren Einkommen dieser Personen. Das zeigt die Übersicht nach Nettoeinkommensgruppen. Hier wird deutlich, daß mit zunehmendem Einkommen die Sparneigung und auch die Sparmöglichkeit deutlich zunimmt.

Zusätzliche Leistungen der Arbeitgeber zur Vermögensbildung beeinflussen die Sparneigung der Arbeitnehmer positiv

Die in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen oder Einzelverträgen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten vermögenswirksamen Leistungen des Arbeitgebers sind ein deutlicher Anreiz für die Arbeitnehmer und verfehlen ihre Wirkung auf deren Sparverhalten nicht.

Von den über 600 000 Arbeitnehmern, die 1971 im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes sparten, erhielten 93 Prozent von ihrem Arbeitgeber zusätzliche Leistungen, während der Rest nur eigene Teile des Lohns bzw. Gehalts sparte. Von den Erwerbstätigen, die zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers erhielten, legten 55 Prozent noch darüber hinaus Teile ihres Lohns bzw. Gehalts vermögenswirksam an, während sich 45 Prozent mit der Anlage der Leistungen des Arbeitgebers begnügte.

Nach vier Wirtschaftsbereichen aufgegliedert zeigt sich, daß zusätzlich vereinbarte Leistungen der Arbeitgeber - läßt man die Land- und Forstwirtschaft außer Betracht - am seltensten im Bereich von Handel und Verkehr sind (89%), während in den anderen Bereichen 93 Prozent der vermögenswirksam sparenden Arbeitnehmer zusätzlich Leistungen des Arbeitgebers erhielten. Nach der Stellung im Beruf erbrachten Beamte am häufigsten über die Leistungen des Arbeitgebers hinausgehende Beträge aus dem eigenen Gehalt und leg-

ten diese im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes an.

Häufigste Anlageform war der Sparvertrag nach dem Sparprämiengesetz

Die häufigste Anlageform war mit 59 Prozent der Sparvertrag nach dem Sparprämiengesetz, gefolgt von der Anlageform des Bausparvertrags (27%). Die übrigen Anlageformen werden hier wegen ihrer geringeren Bedeutung zwar zusammengefaßt ausgewiesen, aber es handelt sich dabei vorwiegend um das vermögenswirksame Sparen in der Form von Beiträgen zu Lebensversicherungen. Die Vergleichszahlen aus dem Bundesgebiet sind bei der Form des Sparvertrags mit 64 Prozent höher als in Rheinland-Pfalz, dafür hat der Bausparvertrag mit 24% eine geringere Bedeutung als in unserem Lande.

Auch die Anlageformen der vermögenswirksamen Leistungen werden vom Alter, von der Stellung im Beruf und vom Nettoeinkommen der Erwerbstätigen bestimmt. So wählten in der Gruppe der 35- bis unter 45jährigen, die am meisten von der Vermögensbildung Gebrauch machten (61%), 57% die Anlageform des Sparvertrags, 29% wählten die Bausparvertragsform. Mit 75%

Sparer im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes
nach Stellung im Beruf und Anlageformen 1971

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Anlageform		
		Sparvertrag nach dem Spar- prämien- gesetz	Bauspar- vertrag	Übrige Anlage- formen
	1 000	%		
Beamte	89	51	38	11
Angestellte	225	58	32	10
Arbeiter	325	60	23	17
Auszubildende	28	71	(.)	(18)
Insgesamt	666	59	27	14

legte die Gruppe der 55- bis unter 65jährigen Arbeitnehmer am häufigsten ihre vermögenswirksamen Leistungen in der Form von Prämiensparverträgen an, während bei den Bausparverträgen die Gruppe der 25- bis unter 35jährigen mit 35% dominierte. Unter den Beamten und Angestellten wählten 38 bzw. 32% den Bausparvertrag als Anlage ihrer vermögenswirksamen Leistungen, bei den Arbeitern dagegen betrug der Anteil nur 23%.

Bei der Aufgliederung nach Nettoeinkommensgruppen wird deutlich, daß höherverdienende Arbeitnehmer eher zu einer Anlage in Form eines Bausparvertrages geneigt und in der Lage sind, als die unteren Einkommensgruppen. Bei diesen herrscht deutlich die Form des Sparvertrags nach dem Sparprämiengesetz vor. Während bei den Erwerbstätigen mit einem Nettoeinkommen von unter 800 DM weit über 60 Prozent die Anlageform des

Sparvertrags bevorzugen, sind es bei den Arbeitnehmern mit mehr als 1 600 DM Nettoeinkommen weniger als die Hälfte. Dafür legen hier 40% ihre Sparleistungen in Bausparverträgen an, bei der anderen Gruppe dagegen nur jeder Fünfte.

Der Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt - trotz der teilweise unterschiedlichen Prozentsätze - doch im ganzen gesehen ein gleichartiges Verhalten der entsprechenden Alters- und Einkommensgruppen.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1974

Die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau hat ihre Rechtsgrundlage in dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704). Sie erfaßt alle Aufträge der öffentlichen Hand ab 25 000 DM, wobei von den Gemeinden nur solche ab 5 000 Einwohner als Auftraggeber in die Erhebung einbezogen werden. Private Tiefbauaufträge bleiben grundsätzlich unberücksichtigt weil ihnen nur geringe Bedeutung zukommt. Als Bauherr ist der Auftraggeber genannt, der aber nicht mit dem Geldgeber identisch sein muß. Daher sind beispielsweise die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände in deren Zahlen enthalten, so daß die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich höher sind als hier ausgewiesen.

Konjunkturverlauf beeinflusste Auftragsvolumen

In Rheinland-Pfalz wurden 1974 von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge von 1,0 Mrd. DM vergeben; das sind 17% mehr als im Jahr zuvor. Nach dem Rekordergebnis des Jahres 1972 mit Auftragsvergaben von 1,075 Mrd. DM wurde im Berichtsjahr nominell das zweithöchste Ergebnis seit 1961 ermittelt. Unter Berücksichtigung der eingetretenen Preissteigerungen erhöhte sich 1974 der Vergabewert gegenüber dem Vorjahr real allerdings in entsprechend geringerem Maße. Nicht enthalten ist in der Vergabesumme das von den Bauherren gestellte Material im Werte von 19,4 Mill. DM.

Auch 1974 hing die Höhe der von den einzelnen Bauherren bereitgestellten Gelder in nicht unerheblichem Maße von der konjunkturellen Situation ab, die in der Bundesrepublik durch sinkende Kapazitätsauslastung in einzelnen Wirtschaftsbereichen und zunehmende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Um einem kumulativen Abschwung vorzu-

beugen, hob die Bundesregierung die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend auf. Öffentliche Aufträge, die zuvor gestreckt worden waren, wurden nun zügiger vergeben. Um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken blieb der monetären Politik allerdings aufgegeben, das Geldangebot knapp zu halten.

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1970 - 1974

Bauherr	1970	1971	1972	1973	1974
1 000 DM					
Insgesamt					
Bund	378 168	332 800	702 969	524 080	596 620
Land	65 352	35 382	111 902	88 939	110 620
Gemeinden	184 769	175 460	185 665	129 443	188 518
Gemeindeverbände	46 198	32 836	35 345	52 253	64 344
Sonst. Bauherren	48 444	46 150	38 936	62 983	39 841
Insgesamt	722 931	622 628	1 074 817	857 698	999 943
Straßenbauten					
Bund	154 549	118 581	383 384	226 925	318 844
Land	48 176	23 752	99 835	71 712	95 313
Gemeinden	62 973	71 148	57 901	51 063	88 208
Gemeindeverbände	30 456	21 977	25 014	35 632	46 027
Sonst. Bauherren	7 360	2 591	2 899	7 082	5 959
Zusammen	303 514	238 049	569 033	392 414	554 351
Straßenbrückenbauten					
Bund	98 408	151 546	261 004	227 077	173 693
Land	14 159	9 154	10 025	16 021	14 457
Gemeinden	22 325	9 146	43 798	3 880	8 107
Gemeindeverbände	189	551	1 527	4 335	13 950
Sonst. Bauherren	947	177	941	-	-
Zusammen	136 028	170 574	317 295	251 313	210 207
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen					
Bund	35 059	5 639	9 926	5 916	45 855
Land	123	50	-	-	-
Gemeinden	1 603	1 496	520	928	-
Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
Sonst. Bauherren	-	-	-	-	-
Zusammen	36 785	7 185	10 446	6 844	45 855
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten					
Bund	800	1 734	1 303	1 159	573
Land	1 030	670	455	1 021	850
Gemeinden	88 454	81 721	73 746	71 749	82 746
Gemeindeverbände	13 621	10 125	8 655	10 893	4 367
Sonst. Bauherren	34 008	38 743	30 502	55 098	30 632
Zusammen	137 913	132 993	114 661	139 920	119 168
Sonstige Tiefbauten					
Bund	89 352	55 300	47 352	63 003	57 655
Land	1 864	1 756	1 587	185	-
Gemeinden	9 414	11 949	9 700	1 823	9 457
Gemeindeverbände	1 932	183	149	1 393	-
Sonst. Bauherren	6 129	4 639	4 594	803	3 250
Zusammen	108 691	73 827	63 382	67 207	70 362

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen 1972 - 1974

Baumaßnahme	1972		1973		1974	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	569 033	52,9	392 414	45,8	554 351	55,4
Straßenbrückenbauten	317 295	29,5	251 313	29,3	210 207	21,0
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	10 446	1,0	6 844	0,8	45 855	4,6
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	114 661	10,7	139 920	16,3	119 168	11,9
Sonst. Tiefbauten	63 382	5,9	67 207	7,8	70 362	7,1
Insgesamt	1 074 817	100,0	857 698	100,0	999 943	100,0

Baumaßnahme	Insgesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Vom Bauherren gestelltes Material
		bis 3 Monate	über 3 - 6 Monate	über 6 - 12 Monate	über 12 Monate	
	1 000 DM					
Insgesamt						
Straßenbauten	554 351	81 158	104 504	215 159	153 530	1 114
Straßenbrückenbauten	210 207	1 887	7 168	40 244	160 908	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	45 855	543	1 006	306	44 000	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	119 168	20 755	49 758	26 844	21 811	4 355
Sonstige Tiefbauten	70 362	26 297	24 073	10 351	9 641	13 907
Insgesamt	999 943	130 640	186 509	292 904	389 890	19 376
Bund						
Straßenbauten	318 844	30 828	48 954	136 844	102 218	-
Straßenbrückenbauten	173 693	625	3 928	31 602	137 538	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	45 855	543	1 006	306	44 000	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	573	78	271	224	-	-
Sonstige Tiefbauten	57 655	18 610	20 883	8 521	9 641	13 898
Zusammen	596 620	50 684	75 042	177 497	293 397	13 898
Land						
Straßenbauten	95 313	11 102	23 525	45 124	15 562	-
Straßenbrückenbauten	14 457	386	1 708	5 646	6 717	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	850	421	429	-	-	30
Sonstige Tiefbauten	-	-	-	-	-	-
Zusammen	110 620	11 909	25 662	50 770	22 279	30
Gemeinden						
Straßenbauten	88 208	31 291	12 246	10 565	34 106	1 104
Straßenbrückenbauten	8 107	748	497	-	6 862	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	82 746	15 245	30 175	21 158	16 168	4 325
Sonstige Tiefbauten	9 457	7 365	635	1 457	-	9
Zusammen	188 518	54 649	43 553	33 180	57 136	5 438
Gemeindeverbände						
Straßenbauten	46 027	5 347	16 410	22 626	1 644	-
Straßenbrückenbauten	13 950	128	1 035	2 996	9 791	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	4 367	958	1 785	1 624	-	-
Sonstige Tiefbauten	-	-	-	-	-	-
Zusammen	64 344	6 433	19 230	27 246	11 435	-
Sonstige Bauherren						
Straßenbauten	5 959	2 590	3 369	-	-	10
Straßenbrückenbauten	-	-	-	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	30 632	4 053	17 098	3 838	5 643	-
Sonstige Tiefbauten	3 250	322	2 555	373	-	-
Zusammen	39 841	6 965	23 022	4 211	5 643	10

Drei Viertel der Finanzmittel für Straßenverkehrsbauteile

Wie in den früheren Jahren lag das Schwergewicht der Auftragsvergaben bei den Straßen- und Straßenbrückenbauten, auf die ein Anteil von zusammen 76% entfiel. Eine kräftige Zunahme konnte namentlich bei den Straßenbauten verzeichnet werden, für welche mit 554 Mill. DM nicht weniger als 55% aller Auftragswerte ausgewiesen wurden gegenüber 392 Mill. DM oder 46% im Jahr zuvor. Diese Vergaben betreffen zu einem nicht unerheblichen Teil den Bau der linksrheinischen Autobahn Krefeld-Ludwigshafen (A 14), von der das im Bau befindliche Stück von Mendig bis nach Bad Neuenahr sowie das Reststück zwischen Bingen und Fran-

kenthal Ende 1975 fertiggestellt sein sollen. Dann ist die linksrheinische Autobahn von der nördlichen bis zur südlichen Landesgrenze durchgängig befahrbar.

Die Aufträge für Straßenbrückenbauten, welche 1972 und 1973 einen im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich hohen Betrag erreichten, verminderten sich im Berichtsjahr um 41 Mill. DM auf 210 Mill. DM oder 21% der gesamten Tiefbauvergaben. Davon betreffen allein 110 Mill. DM die Rheinbrücke Neuwied.

Für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen, deren Vergaben seit 1961 besonders großen Schwankungen unterlagen, wurden 45,9 Mill. DM oder 4,6% bereitgestellt gegenüber nur 6,8 Mill. DM oder 0,8%

im Jahre 1973. Davon waren allein 44 Mill. DM für Bauarbeiten an der Rheinstrecke Lorch-Oberwesel vorgesehen. Rückläufig entwickelten sich die Auftragswerte für wasserwirtschaftliche Tiefbauten, die sich um 20,7 Mill. DM verminderten und nur noch 119 Mill. DM oder 11,9% aller Vergaben ausmachten. Für sonstige Tiefbauten, die in den Jahren 1969 bzw. 1970 mit 135 Mill. DM bzw. 109 Mill. DM die bisher höchsten Werte erreicht hatten, wurden im Berichtsjahr 70,4 Mill. DM zur Verfügung gestellt; das entspricht einem Anteil von 7,1% aller Aufträge.

Im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohe Ausgaben je Einwohner

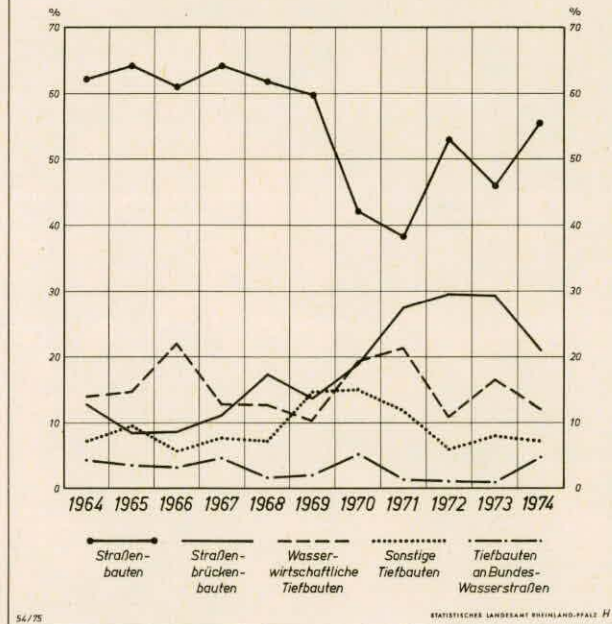
Im gesamten Bundesgebiet erhöhten sich 1974 die Tiefbauaufträge einschließlich des von Bauherren gestellten Materials um 1,7 Mrd. DM oder 13% auf 15,5 Mrd. DM. Innerhalb der einzelnen Bundesländer liegt Nordrhein-Westfalen mit Aufträgen von 4,0 Mrd. DM an der Spitze, während Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 6,6% den sechsten Platz der Länderskala einnimmt. Wird als Vergleichsmaßstab für die regionale Tiefbautätigkeit der je Einwohner ausgegebene Betrag herangezogen, ergibt sich folgendes Bild: Im Bundesdurchschnitt wurden im Berichtsjahr je Einwohner Aufträge in Höhe von 250 DM (1973 = 222 DM) vergeben. Auch in den einzelnen Bundesländern erhöhten sich die Werte gegenüber dem Vorjahr. Rheinland-Pfalz steigerte die Ausgaben pro Kopf von 240 DM auf 276 DM und erreichte hinter Bremen (309 DM) und Hessen (284 DM) den dritten Rang der Länderskala. Dieses Ergebnis ist vor allem auf die hohe Vergabesumme im rheinland-pfälzischen Straßen- und Straßenbrückenbau zurückzuführen. Während im Bundesgebiet für Straßen- und Straßenbrückenbauten je Einwohner 143 DM bereitgestellt wurden, waren es hierfür in Rheinland-Pfalz 207 DM; an zweiter Stelle unter den Bundesländern folgt Hessen mit 172 DM.

Bund mit drei Fünfteln aller Vergaben größter Bauherr

Unter den einzelnen Bauherren nahm der Bund erneut eine herausragende Stellung ein. Im Berichtsjahr stammten 597 Mill. DM oder knapp drei Fünftel der gesamten Auftragsvergaben aus Bundesmitteln gegenüber 524 Mill. DM oder 61% im Jahr zuvor. Die Aufträge des Bundes erhöhten sich somit nominal um 14%. Das Land, welches noch 1973 seine Aufträge um rund ein Fünftel eingeschränkt hatte, verzeichnete eine Zunahme um 21,7 Mill. DM oder 24% auf 111 Mill. DM. Die im Vorjahr ermittelte Quote an den gesamten Tiefbauaufträgen von 10% stieg auf 11% an.

Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände steigerten ihre Vergaben absolut als auch relativ am stärksten. Mit einem Auftragswert von 253 Mill. DM ergab sich eine Ausweitung gegenüber 1973 um 71 Mill. DM oder nahezu zwei Fünftel. Der Anteil an allen Vergaben der öffentlichen Hand erhöhte sich in den Jahren 1972 bis 1974 von 20,6% über 21,2% auf 25,3%. Eine Ge-

Tiefbaumaßnahmen 1964-1974



genüberstellung der Tiefbauaufträge der einzelnen Gebietskörperschaften im langjährigen Vergleich zeigt, daß bei den Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern und den Gemeindeverbänden die Höhe der jährlichen Werte den geringsten Schwankungen unterworfen war. Dringliche Aufgaben auf dem Gebiet der kommunalen Infrastruktur dürften nur in geringem Maße eine Erhöhung oder Drosselung der geplanten Tiefbaumaßnahmen aus konjunkturellen Gründen erlaubt haben.

Den Schwerpunkt der eingesetzten Mittel bildete bei allen Auftragsvergaben, ausgenommen die sonstigen Bauherren, der Straßenbau, wobei vor allem der Bund sowie die Gemeinden über 5 000 Einwohner und Gemeindeverbände mit 41% bzw. 55% kräftige Steigerungsraten gegenüber 1973 aufzuweisen haben. Der Bund als Bauherr für Bundesautobahnen, Bundesstraßen und teilweise auch für Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen setzte im Berichtsjahr zusätzliche Geldmittel hauptsächlich für diese Bauprojekte ein. Bei den Vergaben für Straßenbrückenbauten sowie sonstige Tiefbauten ergaben sich für den Bund mit 83% bzw. 82% die weitaus größten Anteile. Wasserwirtschaftliche Tiefbauten fallen ganz überwiegend in das Aufgabengebiet der Gemeinden und Gemeindeverbände; auf sie entfielen von den Aufträgen des Jahres 1974 in Höhe von insgesamt 119 Mill. DM mit 87 Mill. DM nicht weniger als 73%. Sonstige Bauherren, bei denen wasserwirtschaftliche Tiefbauten schon seit vielen Jahren eine erhebliche Rolle spielen, brachten es auf 31 Mill. DM oder ein Viertel der Vergabesumme.

Zunehmende Tendenz für langfristige Aufträge

In der amtlichen Tiefbaustatistik wird eine Unterteilung der vorgesehenen Ausführungszeiten in vier Gruppen vorgenommen. Dabei werden unterschieden

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Wertgrößenklassen, vorgesehenen Ausführungszeiten, Bauherren und Arten der Baumaßnahmen 1974

Ausführungszeit Bauherr Arten der Baumaßnahme	Ins- gesamt		Mit einem Auftragswert von ... DM (ohne gestelltes Material)											
			unter 50 000		50 000 — 100 000		100 000 — 300 000		300 000 — 500 000		500 000 — 1 Mill.		1 Mill. und mehr	
	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM
Vorgesehene Ausführungszeit														
bis 3 Monate	1 058	130 640	403	13 885	312	22 073	273	45 618	45	16 668	16	10 647	9	21 749
über 3 - 6 Monate	667	186 509	57	1 995	112	8 253	295	54 932	104	39 992	81	53 151	18	28 186
über 6 - 12 Monate	353	292 904	7	245	18	1 266	83	17 339	75	29 940	111	77 790	59	166 324
über 12 Monate	76	389 890	3	140	3	218	2	396	4	1 550	19	14 177	45	373 409
Bauherr														
Bund	991	596 620	277	9 670	218	15 541	264	48 442	79	30 500	86	60 096	67	432 371
Land	292	110 620	29	1 061	50	3 535	95	17 968	52	19 694	49	34 825	17	33 537
Gemeinden	534	188 518	116	3 842	112	8 130	173	29 853	51	19 446	50	33 727	32	93 520
Gemeindeverbände	202	64 344	28	1 024	36	2 575	72	13 300	32	12 460	25	16 210	9	18 775
Sonstige Bauherren	135	39 841	20	668	29	2 029	49	8 722	14	6 050	17	10 907	6	11 465
Art der Tiefbaumaßnahme														
Straßenbauten	1 128	554 351	177	6 216	222	15 803	363	67 465	149	57 692	145	100 845	72	306 330
Straßenbrückenbauten	124	210 207	13	549	11	847	22	4 191	24	9 561	27	18 094	27	176 965
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	13	45 855	4	157	1	75	5	837	2	786	-	-	1	44 000
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	399	119 168	76	2 538	81	5 886	131	23 079	42	16 044	46	30 498	23	41 123
Sonstige Tiefbauten	490	70 362	200	6 805	130	9 199	132	22 713	11	4 067	9	6 328	8	21 250
Insgesamt	2 154	999 943	470	16 265	445	31 810	653	118 285	228	88 150	227	155 765	131	589 668

Sofortaufträge mit einer Bearbeitungszeit bis zu drei Monaten (Typ A), kurzfristige Aufträge von drei bis sechs Monaten (Typ B), mittelfristige von sechs bis zwölf Monaten (Typ C) und langfristige Objekte mit einer Fertigungszeit von mehr als einem Jahr (Typ D). Eine Aufgliederung der Aufträge nach der vertraglich vorgesehenen Bauzeit ermöglicht Prognosen über die Beschäftigungslage im Tiefbaugewerbe.

Für rund zwei Fünftel der Vergabewerte war eine Abwicklungsdauer von über 12 Monate vorgesehen. Seit 1966 läßt sich eine deutliche Tendenz zur Erhöhung des Anteils langfristiger Aufträge feststellen, die 1972 mit 49% bisher am höchsten ausgefallen war. Mittelfristige Aufträge erreichten 1974 eine Quote von 29% (1973: 30%), kurzfristige kamen auf 19% (18%) und Sofortaufträge auf 13% (12%).

Von den einzelnen Bauherren erteilte der Bund die meisten langfristigen Aufträge. Fast die Hälfte seiner Auftragssumme gehörte zur Kategorie D, während es bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nur 27% und beim Land 20% waren. Die Zuständigkeit des Bundes für Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen bedingt die Vergabe von wertmäßig hohen und eine längere Bauzeit erfordernden Bauprojekten. Gemeinden und Gemeindeverbände vergeben hingegen oft kleinere und schneller abzuwickelnde Aufträge, vor allem für den Straßenbau sowie den wasserwirtschaftlichen Tiefbau. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden kam auch im Berichtsjahr den Sofortaufträgen und kurzfristigen Aufträgen eine nicht unerhebliche Bedeutung zu, für die Anteile von 24 bzw. 25% ermittelt wurden. Beim Land do-

minierten abermals mittelfristige Tiefbauvergaben (46%). In der Unterscheidung nach Baumaßnahmen lagen, ebenso wie im Vorjahr, die höchsten Prozentsätze für Straßenbauten beim Typ C (39%). Bei Straßenbrückenbauten (77%) sowie Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (96%) erlangte Typ D vorrangige Bedeutung, bei wasserwirtschaftlichen Tiefbauten Typ B (42%) und bei sonstigen Tiefbauten Typ A (37%).

Bund vergab die meisten Großaufträge

Nicht nur die Länge der Bauzeit für die einzelnen Vorhaben, sondern auch die Darstellung der Wertgrößenklassen gibt Hinweise auf die wirtschaftliche Situation des Tiefbaugewerbes. Insgesamt gesehen ergaben sich bei den Wertgrößenklassen gegenüber dem Vorjahr nur geringe Abweichungen. Von den 2 154 Tiefbauaufträgen des Berichtsjahres lagen 43% unter 100 000 DM gegenüber 47% im Jahr zuvor. Weitere 51% (Vorjahr 47%) befanden sich in den Größenklassen von 100 000 DM bis 1 Mill. DM und die restlichen 6% betrafen Baumaßnahmen über 1 Mill. DM. Auf letztere entfielen jedoch mit 590 Mill. DM knapp drei Fünftel der gesamten Auftragssumme. Die meisten Großaufträge über 1 Mill. stammten vom Bund; insgesamt waren es 67, die zusammen einen Wert von 432 Mill. DM erreichten und überwiegend den Straßenbau sowie den Straßenbrückenbau betrafen. Die vergebenen Aufträge hatten im Durchschnitt einen Wert von 464 000 DM (1973 = 388 000 DM). Für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen wurden mit 3 527 000 DM die durchschnittlich größten Aufträge erteilt.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973		1974				1975	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 701	3 700	3 699	3 691	3 688
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	1 941	1 112	1 414	1 421	1 856	1 873 ^p	1 561 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	6,2	3,5	5,0	4,7	5,9	6,0 ^p	5,5 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	2 889	2 886	2 685	2 686	3 007	3 149 ^p	2 848 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	9,2	9,2	9,5	8,9	9,6	10,0 ^p	10,1 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 823	3 633	3 403	3 461	4 266	4 119 ^p	4 239 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	12,2	11,6	12,0	11,4	13,6	13,1 ^p	15,0 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	90	93	52	63	75
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	31,2	32,2	19,4	23,5	24,9
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 934	- 747	- 718	- 775	- 1 259	- 970 ^p	- 1 391 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 3,0	- 2,4	- 2,5	- 2,6	- 4,0	- 3,1 ^p	- 4,9 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	6 944	8 420	6 892	7 888	6 444
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	7 986	8 637	7 135	8 773	7 901
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	- 1 042	- 217	- 243	- 885	- 1 457
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 508	10 958	9 936	11 789	8 834	10 845	8 838
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	30,7	37,6	38,1	49,1	59,9	71,6	73,3
* Männer	1 000	7,8	8,5	20,7	25,1	25,2	30,9	39,8	48,7	50,3
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	1 837	1 461	1 395	457	1 120	1 562	1 653
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	3 388	4 779	5 024	5 670	7 265	9 616	9 932
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	13 823	16 474	16 946	21 756	27 434	31 946	33 023
Offene Stellen	Anzahl	27 090	28 810	13 995	15 064	15 929	9 717	8 479	10 385	11 778
Männer	Anzahl	16 842	18 662	8 829	9 419	9 683	5 369	4 358	5 393	6 156
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	161	197	201	136	96	177	211
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	530	848	780	369	232	509	523
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	5 705	5 816	6 018	3 070	2 546	3 252	3 798
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693	693	.	.	.	684	.	.
* Milchkühe	1 000	251	250	250	.	.	.	242	.	.
* Schweine	1 000	744	737	737	.	.	.	711	.	.
* Zuchtsauen	1 000	70	71	71	.	.	.	69	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	45	.	.	.	45	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	18	19	15	19	20	20	19
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	104	97	84	100	109	100	86
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	32	26	20	28	31	27	20
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,1	10,5	10,7	10,8	9,3	10,7	11,4	11,2	10,1
* Rinder	1 000 t	4,3	4,3	4,6	4,8	4,0	4,7	4,9	5,2	4,7
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,6	6,2	5,9	5,9	5,2	5,9	6,3	5,9	5,3
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	165	167	57	168	153	67	53	131	156
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	61	68	68	105	83	81	99	163	102
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	69	73	71	64	68	71	69
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	82,7	83,3	82,5	81,4	82,0	82,8	82,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	8,9	9,5	10,1	8,5	8,7	9,5	10,2

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973		1974				1975	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	2 981	2 959	2 944	2 882	2 879	2 809	2 804
* Beschäftigte	1 000	404	407	405	402	401	391	387	383	382
* Arbeiter 2)	1 000	298	299	295	293	292	282	278	275	274
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	40 759	44 936	42 166	42 537	37 311	40 490	38 299
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	844	655	616	828	944	695	664
* Löhne	Mill. DM	384	434	510	422	386	510	560	436	408
* Gehälter	Mill. DM	207	235	334	232	230	318	384	259	256
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	103	98	94	95	81	74	68
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	95	92	84	97	95	98	101
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	1	2	2	3	3	2	2
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	94	90	82	94	92	96	99
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	230	214	191	209	182	196	189
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	41	41	38	37	35	37	39
* schweres Heizöl	1 000 t	167	177	189	173	153	172	147	159	150
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	848	894	854	867	816	839	800
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	294	294	289	291	267	277	267
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	3 226	3 419	3 301	3 649	3 479	3 449	3 427
* Auslandsumsatz	Mill. DM	637	757	910	920	944	1 068	1 137	1 007	1 074
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	114	122	118	114	119	126	108	102 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	124	123	118	123	127	111	106 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	114	123	122	117	121	126	109	104	112 ^P
Energiewirtschaft	1970 = 100	128	138	165	155	156	161	161	153 ^P	...
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	118	127	114	122	129	115	96	102	113 ^P
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	114	112	70	67	78	100	73	63	70 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	121	131	120	130	143	112	92	106	119 ^P
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	109	120	138	110	114	146	136	105	112 ^P
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	108	115	155	100	114	138	162	103	104 ^P
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	114	120	115	109	117	117	100	102	110 ^P
Schuhindustrie	1970 = 100	92	80	66	82	85	77	62	75	80 ^P
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	109	120	131	127	110	143	128	121	116 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	113	88	88	95	118	92	83	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970=100	98	97	97	.	.	.	92	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970=100	120	134	164	.	.	.	164	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	309	328	287	311	270
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 606	1 638	1 556	1 665	1 737
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	639	634	610	705	740
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 260	1 313	1 214	1 255	1 250
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	133	176	166	147	169	174	180	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	120	133	177	166	147	170	174	180	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	84 487	81 822	79 386	76 085	73 855	71 402	69 856
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	46 831	45 478	44 366	42 039	40 960	39 923	39 125
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	22 478	21 289	20 076	19 198	18 134	16 901	16 270
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	8 300	9 580	9 346	11 009	8 581	8 814	8 284
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	4 936	5 813	5 546	6 230	4 969	5 191	4 675
* Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	3 119	3 838	3 595	4 242	3 274	3 420	2 961
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	45	66	67	100	77	59	75
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	1 772	1 909	1 884	1 888	1 618	1 712	1 639
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	3 364	3 767	3 800	4 779	3 612	3 623	3 609
Hochbau	1 000	1 346	1 142	802	879	914	1 088	865	878	872
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	2 562	2 888	2 886	3 691	2 747	2 745	2 737
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	1 202	1 287	1 247	1 837	1 330	1 224	1 235
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	124	122	110	141	127	119	108
* Löhne	Mill. DM	118	124	106	106	95	124	109	103	93
* Gehälter	Mill. DM	13	15	18	16	15	17	18	16	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	495	256	287	418	548	373	251

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 9 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtete Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973		1974				1975	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	409	974	792	787	433	1 156	753
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	365	859	733	746	398	1 100	713
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	526	1 242	1 085	924	528	1 139	865
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	91	213	193	173	99	214	160
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	94	219	182	158	88	184	134
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	119	270	208	194	116	225	151
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	512	1 050	725	899	538	1 432	562
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	79	163	114	155	119	265	60
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	98	191	126	144	87	225	82
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	1 386	2 616	2 218	1 800	1 245	2 005	1 634
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	.	.	137	137	.	.	134
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	.	.	206	209	.	.	207
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	.	.	215	216	.	.	213
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	.	.	218	226	.	.	228
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	.	.	195	199	.	.	191
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	.	.	199	200	.	.	195
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	.	.	159	171	.	.	170
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	.	.	230	243	.	.	232
Deckenputz	1962 = 100	191	214	.	.	221	236	.	.	229
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	.	.	236	250	.	.	247
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	.	.	193	213	.	.	208
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	182	202	.	.	221	222	.	.	224
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	939,2	1 068,0	1 065,4	1 185,0	1 150,2
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	34,2	43,5	38,2	46,4	37,8
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	905,0	1 024,6	1 027,2	1 138,6	1 112,3
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	9,7	11,9	10,3	11,8	9,7
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	49,2	63,8	73,5	65,5	58,2
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	846,1	948,9	943,4	1 061,3	1 044,5
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	298,8	354,6	358,7	389,1	334,0
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	547,3	594,3	584,7	672,2	710,5
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	416,7	505,3	509,4	463,6	417,2
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	142,5	171,1	159,6	137,5	133,2
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	60,1	64,5	73,8	66,9	58,9
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	70,8	94,3	103,1	92,3	72,3
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	76,9	99,3	91,0	83,4	75,4
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	45,0	53,3	56,1	65,2	59,9
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	1,8	3,6	3,0	1,9	2,0
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	19,6	19,3	22,9	16,3	15,1
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	34,9	37,2	40,3	39,9	38,2
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	48,7	54,0	52,8	52,2	45,5
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	50,1	50,0	51,9	63,4	51,3
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	154,3	196,7	167,9	275,8	300,6
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	69,9	54,7	57,7	85,4	89,7
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	535,4	694,6	654,6	715,2	639,4
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	106,8	115,7	92,2	114,1	127,1
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	428,6	578,9	562,4	601,1	512,3
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	110	108	106	105	106	104	...
* Umsatz	1970 = 100	122	135	180	126	116	161	188	138	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	217	130	114	192	228	159	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	170	129	125	153	170	138	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	200	124	96	170	202	137	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	203	125	134	193	229	133	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	312	128	116	183	335	128	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	70	82	85	97	92	95	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973		1974				1975	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	91	89	93	95	87	92	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	117	115	104	108	115	108	107	107	...
* Umsatz	1970 = 100	112	116	101	90	102	96	110	91	...
Übernachtungsumsatz	1970 = 100	113	120	83	80	89	86	94	81	...
Beköstigungsumsatz	1970 = 100	109	116	113	98	112	104	122	99	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	108	114	119	164	116	118	...
* Auslandsgäste	1 000	54	49	11	13	13	17	14	13	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	447	445	472	586	467	444	...
* Auslandsgäste	1 000	134	122	32	30	32	32	35	27	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	2 537	2 518	2 637	2 701	2 350	1 854	...
* Gütereingang	1 000 t	1 555	1 677	1 505	1 355	1 389	1 461	1 333	1 038	...
* Gütersend	1 000 t	1 544	1 466	1 032	1 163	1 248	1 240	1 017	815	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr										
an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	2 872	3 089	2 942	2 871	2 381	2 567	2 641
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	2 433	2 487	2 404	2 614	2 289	2 325	2 333
Auslastungsgrad der beladenen										
Schiffe	%	65	72	81	79	81	87	89	87	83
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	3 514	2 672	3 446	3 250	2 681	3 015	2 976
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 156	1 273	1 456	1 509	1 095	1 263	1 278
Auslastungsgrad der beladenen										
Schiffe	%	60	70	76	74	78	85	87	87	84
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr-										
zeuge	Anzahl	11 664	11 174	4 413	7 003	8 207	7 302	5 925	8 436	...
Kraftfahr- und Motorroller	Anzahl	165	212	22	76	149	42	45	127	...
* Personen- und Kombinations-										
kraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	3 868	6 256	7 249	6 562	5 320	7 633	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	270	330	368	342	274	284	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	189	291	390	294	244	342	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	153	249	269	174	200	224	...
Personenverkehr der Straßenverkehrs-										
unternehmen										
Beförderung Personen	1 000	28 074	29 796	34 948	31 071	35 856	32 647	33 162	32 533	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	29 728	25 851	29 540	26 436	27 580	26 770	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	4 885	4 986	5 999	5 805	5 267	5 482	...
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	938	1 026	1 007	1 049	865	902	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	335	234	317	406	315	281	...
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	77	40	54	73	57	51	...
Ferienziel - Reisen	1 000	3	3	1	0	1	1	2	1	...
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	257	194	262	332	256	229	...
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	11 211	12 171	11 528	12 736	11 525	32 533	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	7 595	7 256	6 637	5 277	5 454	7 462	7 261	6 010	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 912	1 802	1 309	1 205	1 233	1 779	1 668	1 500	...
bis 1 000 DM bei jedem Betei-										
ligten	Anzahl	5 683	5 454	5 328	4 072	4 221	5 683	5 593	4 510	...
über 1 000 DM bei einem Betei-										
ligten	Anzahl	4 470	4 832	4 232	3 123	3 259	4 244	4 234	3 234	...
* Getötete Personen										
Pkw - Insassen	Anzahl	1 213	1 215	1 096	949	962	1 439	1 359	1 276	...
Fußgänger	Anzahl	101	90	62	61	50	93	106	84	...
* Verletzte Personen										
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	30	28	19	44	51
Fußgänger	Anzahl	24	23	24	22	15	32	43
Schwerverletzte	Anzahl	2 759	2 559	1 786	1 580	1 675	2 471	2 301	2 031	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 158	993	1 019	1 692	1 541
Fußgänger	Anzahl	331	318	280	267	255	302	362
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	563	544	602	788	750	626	...
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	336	305	322	489	454
Fußgänger	Anzahl	169	155	120	130	132	135	174
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	45 305	44 347	39 420	39 572	44 155
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	1 754	941	918	1 037	1 603
Telegramme	1 000	40	36	32	29	28	26	29
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1293 905	1344 859	1157 830	1450 740	1484 781
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1300 031	1343 074	1140 443	1416 131	1513 621
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	20 724	27 130	22 337	23 130	27 381
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	34 686	29 417	27 727	29 386	37 427
Hörfunk- und Fernsehnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 115	1 117	1 118	1 122	1 124
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	1 001	1 004	1 005	1 011	1 014

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973		1974				1975	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	26 531	29 977	29 977	29 696	29 721	32 038	32 378	32 311	32 487
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	26 265	29 811	29 811	29 524	29 549	31 778	32 122	32 048	32 211
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	7 607	7 515	7 502	8 063	8 116	7 957	8 033
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	7 430	7 338	7 327	7 797	7 838	7 677	7 715
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	176	177	174	265	278	281	311
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 395	3 207	3 058	3 544	3 536	3 509	3 477
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	2 999	2 815	2 668	2 873	2 853	2 845	2 814
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	395	391	390	671	683	664	662
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	18 810	18 803	18 989	20 171	20 470	20 581	20 703
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	14 121	14 093	14 255	14 981	15 258	15 315	15 418
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	4 689	4 710	4 734	5 189	5 212	5 266	5 284
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	23 587	26 828	26 828	26 795	27 034	28 323	29 290	29 568	30 048
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	10 561	10 513	10 689	11 255	11 248	11 339	11 587
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	8 817	8 744	8 860	9 476	9 456	9 497	9 595
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 744	1 769	1 829	1 779	1 792	1 841	1 992
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	14 711	14 720	14 773	15 439	16 404	16 581	16 801
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 861	8 851	8 882	9 258	9 847	9 921	10 029
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	757	778	1 530	957	745	793	1 922	1 221	942
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	800	949	692	629	965	1 052	722
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	17	22	34	17	42	27	36	41	28
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	39 705	7 930	19 771	9 567	41 002	28 435	16 562
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	2	4	1	3	2	3	-
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 536	1 604	1 949	1 928	1 806	1 656	1 750	1 393	1 211
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	7 093	6 862	7 990	5 860	6 206	5 417	4 337
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	976 022	557 170	645 375	710 002	1140 764	619 278	681 210
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	770 101	346 715	428 251	509 810	937 206	378 584	458 055
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	207 791	264 818	377 407	282 395	369 344	436 742	499 532	324 546	411 398
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	-	-	162 802	159 611	-	-	187 882
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	282 608	45 076	16 126	31 580	296 978	40 513	19 399
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	2 416	3 718	5 517	2 197	3 060	2 659	4 170
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	39 522	56 522	107 670	15 526	37 264	39 291	137 636	10 866	23 088
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	-	-	27 722	21 982	-	-	18 695
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	205 921	210 455	217 124	200 192	203 558	240 694	223 155
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	144 721	172 196	162 834	140 025	123 262	196 567	173 272
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	61 200	38 259	54 290	60 167	80 296	44 127	49 883
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	157 713	89 451	106 461	93 990	148 853	104 991	101 602
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	7 968	5 355	6 229	7 551	9 043	6 694	6 439
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	131 011	77 425	94 823	79 358	116 180	89 994	91 155
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	38 558	46 263	58 724	63 672	43 304	42 764	58 655
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	4 343	4 997	28 214	27 185	3 561	1 666	26 066
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	22 578	30 839	21 497	23 309	25 307	29 927	22 916
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	5 721	6 095	5 090	6 195	5 532	6 293	5 161
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	281 926	328 243	352 060
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	7 857
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	34 377	37 647	34 297
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) ¹⁰⁾	1 000 DM	198 901	237 996	270 632
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	19 359
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	675 553	379 186	435 237	446 784	738 363	421 993	440 719
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	338 850	150 435	187 142	222 123	412 847	163 745	198 891
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	136 167	134 605	138 417	127 267	129 579	149 234	138 360
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	42 823	4 695	3 217	3 404	47 084	4 023	1 866
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	524 842	309 626	344 311	389 201	592 181	333 334	365 277
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	338 297	150 435	183 612	222 123	409 907	162 967	198 264
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹¹⁾	1 000 DM	80 995	89 104	105 164	108 233	98 758	100 002	91 886	123 580	106 492
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	42 823	4 695	3 217	3 404	47 084	4 023	1 866
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	482 009
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹²⁾	1 000 DM	122 457	148 511	96 048
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	304 534

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973		1974				1975		
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar		
Löhne und Gehälter											
Arbeiter											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste	DM	312	344	.	339	
* Männliche Arbeiter	DM	341	375	.	368	
* Facharbeiter	DM	364	397	.	390	
* Angelernte Arbeiter	DM	329	364	.	357	
* Hilfsarbeiter	DM	287	317	.	304	
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228	.	236	
* Hilfsarbeiter	DM	197	215	.	224	
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96	.	8,23	
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50	.	8,79	
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98	.	9,30	
* Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25	.	8,54	
* Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23	.	7,36	
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75	.	6,04	
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41	.	5,73	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0	.	41,2	
* Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1	.	41,8	
* Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4	.	39,0	
Angestellte											
Bruttomonatsverdienste											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971	.	2 035	
* männlich	DM	1 517	1 744	.	1 810	
* weiblich	DM	1 824	2 105	.	2 180	
* männlich	DM	1 187	1 345	.	1 401	
Technische Angestellte	DM	1 932	2 223	.	2 287	
* männlich	DM	1 989	2 271	.	2 336	
* weiblich	DM	1 358	1 510	.	1 561	
im Handel, Kredit und Versicherungs-											
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341	.	1 413	
* männlich	DM	1 150	1 319	.	1 395	
* weiblich	DM	1 504	1 711	.	1 794	
* weiblich	DM	915	1 021	.	1 103	
in Industrie und Handel zusammen											
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674	.	1 757	
* männlich	DM	1 301	1 481	.	1 564	
* weiblich	DM	1 657	1 880	.	1 972	
Technische Angestellte	DM	1 013	1 131	.	1 211	
* männlich	DM	1 910	2 191	.	2 250	
* weiblich	DM	1 968	2 239	.	2 303	
* weiblich	DM	1 331	1 482	.	1 536	
Öffentliche Sozialleistungen											
Soziale Krankenversicherung ¹⁾											
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 122	1 111	1 116	1 116	1 114	1 105	1 105	1 105	...	
Pflichtmitglieder	1 000	676	677	678	678	675	663	661	660	...	
Rentner	1 000	366	370	374	374	375	379	380	381	...	
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,6	4,6	4,6	6,3	5,5	5,2	4,3	...	
Männer	%	5,0	5,7	4,7	4,7	6,3	5,7	5,3	4,5	...	
Frauen	%	4,6	5,3	4,3	4,3	6,2	5,5	5,1	4,2	...	
Arbeiterrentenversicherung ²⁾											
Rentenempfänger	Anzahl	394 570	409 369	415 674	414 567	415 891	426 004	427 043	427 671	426 883	
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911	150 244	162 189	160 062	161 182	185 270	184 484	184 127	182 696	
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe											
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	14 958	26 090	27 597	30 857	36 497	53 398	57 882	
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	13 871	24 676	25 951	27 646	32 839	48 556	52 032	
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	
Kriegsopferversorgung											
Rentenempfänger	1 000	153	149	148	.	.	.	145	.	.	
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	43 620	42 739	44 276	48 549	48 177	47 797	47 781	

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekassen und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				1975
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 976	62 126	62 101	62 098
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 884	28 811	30 093	16 963 ^p	31 205 ^p	24 807 ^p	29 065 ^p	26 563 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 969	48 406	49 872	50 804 ^p	51 735 ^p	46 732 ^p	48 198 ^p	51 608 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919	60 393	64 750	62 242 ^p	62 824 ^p	60 700 ^p	65 259 ^p	66 869 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 950	-11 987	-14 878	-11 438 ^p	-11 089 ^p	-13 968 ^p	-17 061 ^p	-15 261 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	332	486	620	672	799	946	1 154
Männer	1 000	141	150	170	294	383	356	449	565	719
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 452	.	20 452	.	.	.	20 235 ^r	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	300	286	310	345	316	315	331
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	1 464	1 594	1 715	1 520	1 461	1 594	1 689
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 406	8 304	8 267	8 068	7 996	7 908	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	976	885	919	942	870	763	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	60 293	52 942	57 949	69 758	64 227	61 134	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	13 456	11 401	13 470	16 573	15 390	15 542	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	106	113	124	119	105	112	120	107	96 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	106	113	124	121	107	113	120	108	97 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	105	112	122	118	104	110	117	105	93 ^p
Energiewirtschaft	1970 = 100	124	140	163	173	164	166	179	176	174 ^p
Bergbau	1970 = 100	93	92	97	94	97	95	98	91	93 ^p
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	105	113	123	119	104	110	118	105	93 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	106	116	124	110	109	116	115	99	95 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	102	110	123	129	101	105	118	109	90 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	110	112	121	116	102	108	118	103	91 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	107	112	125	115	106	117	126	111	105 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	109	110	117	87	77	110	112	87	71 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112	8 229	7 017	8 640	8 759	8 099	7 269	8 558
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888	10 666	10 884	11 236	11 052	11 434	12 122	12 131
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069	3 241	3 113	3 296	3 529	3 394	3 170	3 311
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596	4 127	4 301	3 955	4 363	4 681	4 449	3 955	4 212
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059	3 202	2 732	3 427	3 606	3 149	2 695	3 054
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	27 885	28 426	28 996	28 996	28 473	27 940 ^p	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	4 156	4 286	4 255	4 251	4 110	4 160 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 483	1 429	1 363	1 325	1 304	1 261	1 188
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	200	128	148	195	174	131	132
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	7 510	9 060	5 134	7 345	7 157	9 254	5 027
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	43 045	32 302	29 170	37 071	27 449
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	131	147	173	121	154	157	183 ^p	...
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	112	128	143	135	134	162	150	143	138
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	148	155	146	177	155	163 ^p	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	13 395	12 029	13 946	16 769	15 740	14 872	...
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	16 611	15 059	17 518	21 388	19 669	20 159	...
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	3 215	3 030	3 572	4 619	3 929	5 287	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innerereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Ungerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				1975
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	93	98	112	95	107	114
Binnenschifffahrt	1970 = 100	95	102	106	92	93
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	97	108	114	112	109	113
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	103	102	103	101	108
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	104	107	119	113	110	118
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	45 767	47 429	48 118	47 429	44 735	48 885	51 880	51 524	49 831 ^p
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	681 676	756 976	742 693	756 976	756 485	795 191	804 319	814 886	811 470 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	569 672	631 587	620 709	631 587	629 654	659 622	664 125	672 294	666 582 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	112 004	125 389	121 984	125 389	126 831	135 569	140 194	142 592	144 888 ^p
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	565 845	634 201	606 790	634 201	630 110 ^x	644 099	653 010	680 655	672 355 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	261 673	280 486	261 192	280 486	280 694	289 557	291 836	310 733	312 770 ^p
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	101,6	95,6	86,4	82,0	85,2	74,9	76,6	80,5	83,8
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	79,4	70,8	68,6	69,7	70,4	62,3	63,2	67,2	69,6
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	7 133	8 385	6 587	12 383	8 348	7 649	7 177	18 611	9 285
Lohnsteuer	Mill. DM	4 095	5 105	5 798	7 916	6 458	6 262	6 174	5 926	7 450
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 915	4 152	5 133	6 308	4 917	5 072	5 473	6 421	5 062
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 846	2 938	3 036	3 262	3 745	2 455	2 955	3 050	3 666
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 498	2 812	3 042	4 678	1 307	2 871	2 996	4 434	1 358
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,7	118,8	122,7	124,5	120,6	116,7	118,9 ^p	119,4 ^p	117,6 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	127,3	139,8	134,9	138,0	140,2	146,3	147,8	148,5 ^x	149,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	107,0	114,1	117,3	118,3	121,8	132,9	133,0	133,0	134,4
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	189,8	.	.	.	203,4	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	131,6	.	.	.	144,8	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	111,1	118,8	121,8	122,9	123,7	128,8	129,7	130,1	131,3
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	119,1	120,0	121,4	123,8	124,8	125,4	126,5
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	124,2	124,5	125,3	132,3	133,6	133,9	134,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	121,3	121,6	122,6	126,5	126,9	127,1	128,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	149,9	161,3	153,4	153,0	153,5	153,0	158,8
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	116,3	117,0	118,9	125,6	127,6	128,3	129,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	114,0	122,6	125,1	126,4	126,4	137,5	138,0	138,3	139,6
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	124,4	125,0	126,1	135,3	136,0	136,5	137,4
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	115,6	116,0	118,9	126,2	126,8	127,3	128,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	121,0	121,0	121,4	126,4	126,5	126,6	126,9
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	110,7	118,2	121,1	121,9	122,9	127,9	128,9	129,3	130,5
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	.	.	130,1
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	.	.	137,0
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	.	.	138,2
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	.	.	141,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	.	.	94,3
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	.	.	96,7

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Außenhandelswachstum 1974 durch Hochkonjunktur in den Handelspartnerländern begünstigt

Die Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik ist vor allem von der Konjunkturlage in unseren wichtigsten Handelspartnerländern abhängig, die bis Mitte des Jahres noch überwiegend auf Hochtouren lief. Die Stabilitätsbemühungen dieser Länder wurden durch die Ölverteuerung, die sie ohnehin schon hohen Außenhandelsdefizite weiter vergrößerte, zusätzlich erschwert. Dies führte dazu, daß die rheinland-pfälzische Ausfuhr im vergangenen Jahr um 36,1% auf 14,2 Mrd. DM anwuchs. Bei der Einfuhr, die sich in noch stärkerem Maße als die Ausfuhr, und zwar um 39,1% auf 17,7 Mrd. DM erhöhte, ist die erhebliche Verteuerung der Erdöleinfuhren gegenüber dem Vorjahr zu berücksichtigen.

Zu dem hohen rheinland-pfälzischen Exportwachstum trugen wie im Vorjahr vor allem die Lieferungen in die EG- und Entwicklungsländer bei. Die EG-Partner bezogen 1974 für 1,4 Mrd. DM (+ 29,6%) mehr Waren aus Rheinland-Pfalz als im Vorjahr. Die Ausfuhr in die Ostblockländer (+ 55%) hat sich im Berichtsjahr wieder verstärkt, wenn sie auch die hohe Wachstumsrate von 1972 (+ 62%) nicht mehr erreichte. Bemerkenswert ist dagegen das relativ geringe Wachstum der Exporte in die Vereinigten Staaten, das sich nur auf + 5,9% belief gegenüber noch + 10,1% im Vorjahr.

An der hohen Importsteigerung um 2,5 Mrd. DM oder 9,1% waren, abgesehen von den EG-Partnern (+ 23,8%), vor allem die Erdölexportländer aus dem arabischen Raum beteiligt. So konnten die Hauptlieferländer von Erdöl nach Rheinland-Pfalz - Libyen, Saudi-Arabien, Algerien und Nigeria - ihren Anteil am gesamten rheinland-pfälzischen Import von 6,7% im Jahre 1973 auf 12,3% erhöhen. Alle Entwicklungsländer zusammen steigerten damit ihre Verkäufe in die rheinland-pfälzische Wirtschaft um 109% auf 1,9 Mrd. DM.

Einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung des Außenhandels übte im vergangenen Jahr die Veränderung der Ausfuhr- und Einfuhrpreise aus. So erhöhte sich der Gesamtindex der Ausfuhrpreise im Bundesgebiet im Jahresdurchschnitt 1974 gegenüber dem Vorjahr um 17%, derjenige der Einfuhrpreise sogar um annähernd 29%. mc

Nur 0,7% der Schlachttiere beanstandet

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1974 im Rahmen der Schlachttier- und Fleischschau rund 1,34 Mill. Schlachttiere auf ihre Eignung zum menschlichen Verzehr untersucht. Bei mehr als 4 800 Tieren war darüber hinaus noch eine bakteriologische Untersuchung zur Feststellung von übertragbaren Krankheitserregern notwendig. Hierbei erfuhren lediglich 8 800 oder 0,7% der Tierkörper eine Beanstandung. Als völlig untauglich wurden 1 600 Schlachtkörper eingestuft, 200 galten als bedingt tauglich und 4 200 als minderwertig. Etwas mehr als 1 700 mit Finnen behaftete Tiere konnten nach entsprechender Behandlung für tauglich erklärt werden. Als Mängel, die zur Untauglichkeit führten, sind vor allem Blutvergiftung sowie Geruchs- und Geschmacksabweichungen zu nennen. Trichinen konnten sowohl bei den 1,11 Mill. Schweinen als auch bei 5 120 Wildschweinen in keinem Fall festgestellt werden. Die Zahl der beanstandeten Tierkörperanteile, vor allem aus dem Bereich der Eingeweide, belief sich auf rund 380 000. lx

kurz + aktuell

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand um 17% gestiegen

In Rheinland-Pfalz wurden 1974 von der öffentlichen Hand für 1,0 Mrd. DM Tiefbauaufträge vergeben; das sind 17% mehr als im Jahr zuvor. Nicht enthalten sind in dieser Summe Aufträge unter 25 000 DM und solche von Gemeinden unter 5 000 Einwohnern. Nach dem Rekordergebnis des Jahres 1972 mit einem Vergabewert von 1,075 Mrd. DM wurde im Berichtsjahr damit nominell das zweithöchste Ergebnis seit 1961 ermittelt. Das Schwergewicht der Aufträge lag erneut bei Straßen- und Straßenbrückenbauten, auf die ein Anteil von zusammen 76% entfiel. Eine kräftige Zunahme ergab sich namentlich bei den Straßenbauten, für welche mit 554 Mill. DM nicht weniger als 55% aller Auftragswerte ausgewiesen wurden gegenüber 392 Mill. DM oder 46% im Jahre 1973. Diese Vergaben betreffen zu einem nicht unerheblichen Teil den Bau der linksrheinischen Autobahn Krefeld-Ludwigshafen (A 14), von der das im Bau befindliche Stück von Mendig bis nach Bad Neuenahr sowie das Reststück zwischen Bingen und Frankenthal Ende 1975 fertiggestellt sein sollen. Die Vergabesumme für Straßenbrückenbauten ist überwiegend für die Rheinbrücke Neuwied vorgesehen.

Wie schon in den vergangenen Jahren nahm unter den Bauherren der Bund mit 60% des gesamten Vergabevolumens die erste Stelle ein, gefolgt von den Gemeinden und Gemeindeverbänden (25%), dem Land (11%) und den sonstigen Bauherren (4%). Die von Bund und Land verausgabten Mittel fanden hauptsächlich Verwendung für Straßenbauten (53 bzw. 86%) und Straßenbrückenbauten (29 bzw. 13%). Gemeinden und Gemeindeverbände setzten Prioritäten für Straßenbauten (53%) und wasserwirtschaftliche Tiefbauten (34%). Langfristige Tiefbauaufträge mit einer vorgesehenen Ausführungszeit von mehr als zwölf Monaten bezifferten sich auf rund 390 Mill. DM. Die im Berichtsjahr vergebenen Aufträge hatten im Durchschnitt einen Wert von 464 000 DM (1973: 388 000 DM). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 97

Realer Umsatzrückgang im Gastgewerbe 1974

Das Wachstum des Umsatzes im rheinland-pfälzischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe lag mit + 3,7% im vergangenen Jahr noch unter der niedrigen Rate des Vorjahres (+ 4,5%). Dabei schnitt das Beherbergungsgewerbe (+ 5,0%) wieder besser ab als das Gaststättengewerbe (+ 2,7%). Im Beherbergungsgewerbe verzeichneten lediglich die Fremdenheime und Pensionen (+ 12,2%) eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Zuwachsrate. Im Gaststättengewerbe wiesen die Gast- und Speisewirtschaften (+ 1,1%), die Eisdielen (+ 1,5%), die Bars, Tanz- und Vergnügungslokale (+ 0,2%), sowie die Trink- und Imbißhallen (— 2,1%) stagnierende bis rückläufige Umsätze auf. Berücksichtigt man die auch im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe nicht unerheblichen Preisanstiege, dann ergibt sich eine überwiegend rückläufige Tendenz. So erhöhten sich beispielsweise die Übernachtungspreise im August gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat durchschnittlich um 7%. Die gängigen Gerichte (Wiener Schnitzel, Schweinekotelett, Rumpsteak, Rindergulasch, Spiegeleier) verteuerten sich gleichzeitig um 7 bis 8%, Fischgerichte sogar bis 13%. mc

Abgeschwächte Geschäftstätigkeit im Einzelhandel

Während der Außenhandel im vergangenen Jahr wegen der hohen Nachfrage im Ausland noch erheblich expandieren konnte, zeigte sich die Inlandsnachfrage, insbesondere durch den privaten Verbraucher, zurückhaltend. So erhöhte sich der Umsatz des rheinland-pfälzischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahr nominal (zu jeweiligen Preisen) zwar noch um 6,6% (Vorjahr + 10,1%). Mißt man die Umsatzentwicklung zu Preisen von 1970, so ergab sich sogar ein Rückgang um 0,9% (Vorjahr + 3,6%). In der ersten Jahreshälfte lag der Umsatz auf einem besonders niedrigen Niveau (nominal + 5,3%, real — 1,6% gegenüber dem ersten Halbjahr 1973), während in der zweiten Jahreshälfte eine leichte Umsatzbelebung eintrat.

Die Umsätze des Einzelhandels mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (— 9,0 bzw. — 15,6%) und des Einzelhandels mit sonstigen Waren (— 3,2 bzw. — 11,3%), zu welchem vor allem die Geschäfte mit Blumen, Lacken, Farben und Tapeten rechnen, gingen sowohl nominal als auch real zurück. Dagegen konnten die übrigen Einzelhandelsgruppen zumindest ein nominales Umsatzwachstum verbuchen. Am besten schnitt der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (+ 17,4%) und hier insbesondere derjenige mit Hauptnahrungsmitteln (+ 42,7%) ab, der sich weitgehend mit der Gruppe der Warenhausunternehmen deckt. Ein positives reales Wachstum wurde außerdem im Einzelhandel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen (+ 1,8%), mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 3,0%), mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 3,6%) sowie mit Kohle und Mineralöl (+ 0,3%) erzielt. Bei letzteren trug die Ölverteuerung jedoch zu einer nominalen Umsatzsteigerung von + 19,0% bei. Reale Umsatzeinbußen verzeichneten dagegen die Bereiche Nahrungs- und Genußmittel (— 1,7%), Textilwaren und Schuhe (— 1,9%) sowie Hausrat und Wohnbedarf (— 1,8%).mc

In vier Jahren 21 000 Kindergartenplätze mehr

In Rheinland-Pfalz, das als erstes Bundesland den Ausbau des Kindergartenwesens auf eine gesetzliche Grundlage stellte, ist in den vier Jahren seit Verkündung des Kindergartengesetzes von 1970 die Zahl der Kindergärten um 236 auf 1 404 und die der Kindergartenplätze um rund 21 000 oder knapp 30% auf 95 000 gestiegen, die am Stichtag 1974 ausnahmslos belegt waren. Gut ein Drittel der erfaßten Kinder war fünf Jahre alt, zwei Fünftel waren Drei- und Vierjährige, jedes fünfte zählte bereits sechs Jahre.

Die Erhöhung des Angebotes an Kindergartenplätzen lief parallel mit dem Bemühen um eine intensivere Betreuung der Kinder in kleineren Gruppen. Der Erfolg der Bemühungen läßt sich daran ablesen, daß das in den Kindergärten tätige Personal in den vier Jahren eine über doppelt so hohe Steigerungsrate (+ 69%) aufweist wie die Platzzahl. 1974 standen insgesamt 6 100 Leiterinnen der Einrichtungen, Gruppenleiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung der Kinder zur Verfügung. Für die Gehälter und Löhne der im Erziehungs- und Wirtschaftsdienst eingesetzten Kräfte wurden nach der Jahresrechnung 1973 über 100 Mill. DM verausgabt, der weitaus größte Teil der 116 Mill. DM Gesamtkosten. Die Einnahmen zur Deckung dieser Kosten setzen sich zusammen aus Elternbeiträgen (22%), Zuschüssen der öffentlichen

Hand (46%), Eigenleistungen der verschiedenen Träger (24%) und des Spitzenverbandes (6%) sowie sonstigen Zuwendungen (2%).

Bemerkenswert ist im kindergärtnerischen Bereich das Gewicht der sogenannten freien Träger (Kirchen und sonstige Wohlfahrtsverbände), denen das rheinland-pfälzische Kindergartengesetz das Recht auf Errichtung und Unterhaltung von Kindergärten belassen hat. Allein den Trägern der freien Jugendhilfe unterstanden 1 090 oder drei Viertel der Kindergärten in Rheinland-Pfalz. ku

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1974

Von Mai bis November 1974 haben sich die durchschnittlichen effektiven Bruttostundenverdienste aller männlichen Arbeiter in neun ausgewählten Handwerkszweigen um 3% auf 8,88 DM und ihre Wochenverdienste - die bezahlte Arbeitszeit nahm um 0,7% zu - um 14 DM oder 3,7% auf 388 DM erhöht. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum war mit + 2,6% bei den Wochenverdiensten eine etwas geringere Zunahme als bei den Stundenverdiensten (+ 3%) zu verzeichnen gewesen.

Vollgesellen und die Gruppe der sogenannten übrigen Arbeiter schnitten mit + 2,9 bzw. + 2,7% besser ab als die Junggesellen, deren Bruttostundenlohn im Schnitt nur um 1,8% stieg. Offenbar wird die Lohnentwicklung gerade in der zuletzt genannten Kategorie durch Änderungen in der personellen Besetzung der einzelnen Zweige erheblich beeinflusst.

Am günstigsten entwickelten sich die Verdienste im Handwerkszweig Fleischerei. Vollgesellen erreichten hier durchschnittlich 9,56 DM (+ 8%), übrige Arbeiter kamen auf 7,31 DM (+ 9,1%) und Junggesellen verdienten dort 6,63 DM (+ 8,2%). Lohnrückgänge waren vor allem bei Junggesellen und übrigen Arbeitern zu beobachten. Sie betrugen im Handwerkszweig Elektroinstallation jeweils — 1,7%, im Schlosserhandwerk — 7,2 (Junggesellen) und — 2,5% (übrige Arbeiter). Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß die Zahl der erfaßten Beschäftigten - mit Ausnahme der Elektroinstallation (Junggesellen) - relativ gering ist und eine repräsentative Aussage daher nur mit Einschränkungen möglich ist.

Die bezahlte Arbeitszeit erhöhte sich gegenüber Mai 1974 um 0,3 Stunden. Sie betrug im November 1974 insgesamt 43,7 Stunden; der Anstieg der Mehrarbeitszeit um 0,3 Stunden dürfte dafür ausschlaggebend gewesen sein. hä

Rund 2% der Bevölkerung mit Hochschulabschluß

Am Volkszählungstichtag (27. Mai 1970) lebten in Rheinland-Pfalz 66 600 Personen, die als höchsten schulischen Abschluß ein Examen an einer Hochschule angegeben hatten. Gemessen an der Wohnbevölkerung entspricht das einem Anteil von 1,8%. Mit 43 820 ist die Zahl der männlichen Akademiker fast doppelt so hoch wie die der weiblichen. Kamen 1961 auf 1 000 der Bevölkerung 14 Hochschulabsolventen, so sind es 1970 bereits 18. Stärker als bei den Männern erhöhte sich die Zahl der akademisch Ausgebildeten bei den Frauen; denn die auf 1 000 der Bevölkerung bezogene Akademikerzahl stieg bei der männlichen Bevölkerung nur um drei, bei der weiblichen Bevölkerung aber um vier Personen. ne

Themen der letzten Hefte**Heft 3/März 1974**

Straßenverkehrsunfälle 1973
Meldepflichtige Krankheiten 1973
Bauhauptgewerbe 1973
Tiefbauaufträge 1973
Arbeitnehmerverdienste 1973
Verkehrsmittel und Wegezeiten der Pendler
Pendlerverflechtung

Heft 4/April 1974

Industrie 1973
Vermögensmillionäre 1972
Ausbildung und Religionszugehörigkeit
Berufspendler
Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz
Teil II: Technische Konzeption
Tierische Produktion 1973

Heft 5/Mai 1974

Einpendlerzentren
Lohnsteuerpflichtiges Einkommen 1971
Nutztviehhaltung 1973
Tuberkuloseerkrankungen 1950 - 1972

Heft 6/Juni 1974

Kommunalwahlen am 17. März 1974
Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz
Teil III: Auswertungsphase
Pendelwanderung der Schüler und Studierenden
Baumobstanbau 1972

Heft 7/Juli 1974

Schichtung der Erwerbseinkommen
Konfessionell gemischte Ehen
Gehalts- und Lohnstruktur der Arbeiter 1972
Baulandmarkt 1973
Jugendhilfe 1973
Schlacht- und Fleischbeschau 1973

Heft 8/August 1974

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Ernteaussichten für 1974
10 Jahre Moselschiffahrt
Lehrernachwuchs 1974
Angestellte 1972
Gartenbau 1972

Heft 9/September 1974

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Lohnsteuerliche Belastung 1971
Einzelhandel 1970 - 1973
Erwerbstätigkeit 1973
Berufswünsche der Abiturienten 1974

Heft 10/Okttober 1974

Volkshochschulen 1973
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen:
Beschäftigte und Produktivität
Bruttolöhne in den Verwaltungsbezirken 1971
Industriearbeiter 1972
Berufswechsel
Altersstruktur der Erwerbstätigen

Heft 11/November 1974

Bevölkerungsentwicklung 1973
Berufsstruktur
Hallen- und Freibäder 1974
Weinbau 1972
Umsätze nach Größenklassen und Verwaltungsbezirken 1972
Hochbautätigkeit 1973

Heft 12/Dezember 1974

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1974
Investitionen 1973
Sozialer Wohnungsbau 1973
Krebssterblichkeit 1953 - 1972

Heft 1/Januar 1975

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1974
Weinausbau und Weinabsatz 1972
1%-Wohnungstichprobe 1972
Wohngeldzahlungen 1973
Anstalten
Ausländer

Heft 2/Februar 1975

Volkssentscheide am 19. 1. 1975
Index der industriellen Nettoproduktion
Zahlungsschwierigkeiten 1974
Regionale Einzelhandelsumsätze 1972
Allgemeinbildende Schulen 1974/75
Meldepflichtige Krankheiten 1974

Heft 3/März 1975

Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern
Geburtenhäufigkeit
Bauhauptgewerbe 1974
Handwerk 1962 - 1974
Jahresverdienste 1972 und 1973

Themen der nächsten Hefte

Straßenverkehrsunfälle 1974
Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft
Erwerbstätigkeit 1974
Industrie 1974
Regionales Sozialprodukt 1961 - 1972
Abgeschlossene Hochschulausbildung

In Kürze erscheint in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

Band 230

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE STRUKTUR DER BEVÖLKERUNG IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 204 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 11,--

Die Volks- und Berufszählung 1970 erbrachte erstmalig wieder seit der letzten Volkszählung im Jahre 1961 Aufschluß über die wirtschaftliche und soziale Struktur der Bevölkerung in tiefer regionaler und sachlicher Gliederung.

Der Band enthält Ergebnisse über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben, die Quellen des Lebensunterhalts und die Wohnbevölkerung nach beruflicher Stellung und wirtschaftlicher Tätigkeit des Ernährers. Ergänzend dazu werden die Themenkreise "Bevölkerung in Anstalten", "Vertriebene und Deutsche aus der DDR" sowie "Ausländer" dargestellt.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSCHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.